

STADA Arzneimittel
Aktiengesellschaft

JAHRESABSCHLUSS
ZUM
31. DEZEMBER 2015
UND LAGEBERICHT
FÜR DAS
GESCHÄFTSJAHR
2015

12♥
JAHRE

STADA

ALLES GUTE



JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2015

BILANZ	04
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	06
ANHANG ZUM STADA ARZNEIMITTEL AG- JAHRESABSCHLUSS 2015	07
ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS 2015	10
Bilanz	10

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2015

GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS	28	VERGÜTUNGSBERICHT	39
Geschäftsmodell und Unternehmensstruktur	28	NACHTRAGSBERICHT	53
Steuerungssystem	28	CHANCENBERICHT	54
Forschung und Entwicklung	29	RISIKOBERICHT	57
Mitarbeiter	30	PROGNOSEBERICHT	74
Umweltschutz und Sicherheit	30	ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289a HGB	76
WIRTSCHAFTSBERICHT	31	ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN	77
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	31	BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	79
Lage	33	BERICHT DES AUFSICHTSRATS	80
Ertragslage	33	VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	86
Vermögenslage	35	GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS	87
Finanzlage	37	IMPRESSUM	88
Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf	38		

BILANZ

Bilanz zum 31. Dezember in €			
Aktiva		31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		229.954.468,21	268.714.260,49
2. Geschäfts- oder Firmenwert		56.490.137,08	79.837.690,16
3. Geleistete Anzahlungen		68.827.743,56	50.448.974,60
		355.272.348,85	399.000.925,25
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		40.743.081,84	42.171.236,35
2. Technische Anlagen und Maschinen		11.931.551,94	11.794.647,32
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		10.983.957,54	12.386.357,86
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		670.617,22	955.216,15
		64.329.208,54	67.307.457,68
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		1.270.760.911,51	1.279.044.510,24
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		559.363.183,43	544.525.127,13
3. Beteiligungen		11.934.883,51	9.692.690,51
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	3.320.000,00
		1.842.058.978,45	1.836.582.327,88
		2.261.660.535,84	2.302.890.710,81
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		9.368.382,77	8.162.159,21
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		6.070.157,15	4.617.844,40
3. Fertige Erzeugnisse und Waren		44.075.869,07	52.917.566,97
4. Geleistete Anzahlungen		2.201.914,11	879.402,35
		61.716.323,10	66.576.972,93
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		2.526.518,74	3.119.019,16
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		371.775.892,35	207.653.417,45
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		201.683,96	308.736,60
4. Sonstige Vermögensgegenstände		26.648.347,53	37.765.611,13
		401.152.442,58	248.846.784,34
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
		5.610.451,60	50.296.444,21
		468.479.217,28	365.720.201,48
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		4.965.962,26	4.114.373,29
		2.735.105.715,38	2.672.725.285,58

Bilanz zum 31. Dezember in € Passiva	31.12.2015	31.12.2014
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	162.090.344,00	157.629.420,00
Eigene Anteile	-226.873,40	-233.571,00
Ausgegebenes Kapital Bedingtes Kapital 69.188.340 € (Vorjahr: 73.773.492 €)	161.863.470,60	157.395.849,00
II. Kapitalrücklage	519.538.625,57	495.744.898,97
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	376.883,98	376.883,98
2. Andere Gewinnrücklagen	150.517.757,00	150.478.473,00
IV. Bilanzgewinn	59.139.388,83	49.317.995,91
	891.436.125,98	853.314.100,86
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	7.627.938,91	6.928.299,46
2. Steuerrückstellungen	1.929.879,07	1.882.970,13
3. Sonstige Rückstellungen	116.114.570,52	145.760.841,90
	125.672.388,50	154.572.111,49
C. Verbindlichkeiten		
1. Anleihen, davon konvertibel 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)	650.000.000,00	700.000.000,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	672.926.911,93	652.544.944,20
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.015.062,72	29.920.541,76
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	321.945.863,03	250.129.806,59
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.920.000,00	0,00
6. Sonstige Verbindlichkeiten – davon aus Steuern 1.359.297,96 € (Vorjahr: 1.449.535,12 €) – davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €)	31.189.363,22	32.243.780,68
	1.717.997.200,90	1.664.839.073,23
	2.735.105.715,38	2.672.725.285,58

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember in €	2015	2014
1. Umsatzerlöse	393.338.531,75	420.259.915,92
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	1.253.608,27
Reduzierung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.091.100,04	0,00
3. Sonstige betriebliche Erträge davon aus Währungsumrechnungen: 51.636.909,26 € (Vorjahr: 21.313.561,90 €)	111.229.461,40	87.229.663,37
	502.476.893,11	508.743.187,56
4. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	164.449.759,00	183.918.038,16
5. Personalaufwand		
a) Gehälter	78.057.327,45	78.378.425,30
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 1.751.691,51 € (Vorjahr: 3.163.275,55 €)	12.208.795,84	13.688.064,04
	90.266.123,29	92.066.489,34
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	74.300.584,70	81.369.067,54
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen davon aus Währungsumrechnungen 51.879.360,56 € (Vorjahr: 24.504.481,05 €)	257.256.824,09	206.154.470,22
8. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen 60.300.000,00 € (Vorjahr: 22.511.793,76 €)	60.300.000,00	22.511.793,76
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	61.855.894,08	24.624.770,76
10. Erträge aus Ausleihungen davon aus verbundenen Unternehmen 35.589.324,58 € (Vorjahr: 32.213.454,05 €)	35.597.427,36	32.661.187,35
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen 30.967.645,05 € (Vorjahr: 15.483.255,64 €)	33.923.718,48	18.421.205,01
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	20.153.598,73	14.360.000,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen 64.524,29 € (Vorjahr: 353.773,93 €)	40.634.078,12	54.582.385,49
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	47.092.965,10	-25.488.306,31
15. Außerordentliche Aufwendungen	66.935,45	2.008.943,20
16. Außerordentliches Ergebnis	66.935,45	2.008.943,20
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.391.999,13	-344.385,51
18. Sonstige Steuern	-358.591,98	275.528,01
19. Jahresüberschuss	49.776.620,76	-27.428.392,01
20. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	9.362.768,07	76.746.387,92
21. Bilanzgewinn	59.139.388,83	49.317.995,91

ANHANG ZUM STADA ARZNEIMITTEL AG-JAHRESABSCHLUSS 2015

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Gemäß § 267 HGB gehört die STADA Arzneimittel AG zu den großen Kapitalgesellschaften. Neben den allgemeinen Vorschriften über die Handelsbücher (§§ 238 ff. HGB) kommen auch die ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften zum Jahresabschluss und Lagebericht (§§ 264 ff. HGB) und die ergänzenden Bestimmungen des Aktiengesetzes zur Anwendung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige und soweit erforderlich außerplanmäßige Abschreibungen bewertet. Dabei kommt grundsätzlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Für immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird eine Nutzungsdauer von drei bis 15 Jahren angesetzt. Unter immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurden bei der STADA Arzneimittel AG arzneimittelrechtliche Zulassungen, Marken, Lizenzen, Vertriebsrechte, Software sowie Geschäfts- oder Firmenwerte ausgewiesen. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände werden nicht aktiviert.

Das Sachanlagevermögen wird ebenfalls zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer angesetzt und grundsätzlich linear abgeschrieben. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen beinhalten direkt zurechenbare Kosten sowie angemessene Teile von Gemeinkosten. Soweit erforderlich, sind außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen worden.

Nutzungsdauer Sachanlagen	Erwartete Abschreibungsdauer
Fabrik-, Geschäftsbauten	15 bis 50 Jahre
Betriebsvorrichtungen	10 bis 15 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 13 Jahre

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände bis 150 € werden im Jahr ihres Zugangs voll abgeschrieben. Abnutzbare, selbständig nutzbare bewegliche Vermögensgegenstände ab 150 € bis 1.000 € werden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre aufgelöst wird. Zum Zeitpunkt der vollständigen Abschreibung werden diese Vermögensgegenstände im Anlagespiegel als Abgang ausgewiesen. Aus Vereinfachungsgründen wird der steuerliche Sammelposten auch in der Handelsbilanz ausgewiesen.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten oder, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung, zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Sind die Gründe für eine Wertminderung ganz oder teilweise entfallen und wurde in den Vorjahren eine Wertberichtigung vorgenommen, erfolgt eine Wertaufholung bis höchstens zu den Anschaffungskosten.

Die Vorräte sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten sind neben den Einzelkosten auch Fertigungs- und Materialgemeinkosten sowie anteilige Verwaltungskosten einbezogen worden. In die Herstellungskosten sind keine Zinsen für Fremdkapital einbezogen worden. Zum Abschlussstichtag werden die Vorräte abgewertet, sofern die Wiederbeschaffungskosten bzw. der Marktwert niedriger ist. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer ergeben, werden berücksichtigt.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel werden zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen sind erkennbare Risiken durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch eine Pauschalwertberichtigung ausreichend Rechnung getragen. Niedrig- bzw. unverzinsliche Positionen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden abgezinst. Bestehende liquide Mittel in fremder Währung werden mit dem Devisenkassamittelkurs bewertet.

Für Finanzinstrumente, die in einer Bewertungseinheit (Grund- und Sicherungsgeschäft) stehen, wurde die Einfrierungsmethode bzw. die Durchbuchungsmethode angewandt, d.h., es erfolgte keine Buchung von unrealisierten Verlusten, die aus den abgesicherten Risiken entstehen, soweit diesen unrealisierte Gewinne im gleichen Betrag gegenüberstehen.

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ist das Disagio enthalten, welches aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungsbetrag sowie dem niedrigeren Ausgabebetrag einer Finanzverbindlichkeit resultiert. Das Disagio wird planmäßig über die Laufzeit der Finanzverbindlichkeit abgeschrieben.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte versicherungsmathematisch nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC – Projected-Unit-Credit-Methode). Bei den Pensionsverpflichtungen wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, als Abzinsungssatz den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz mit einer 15-jährigen Laufzeit zu verwenden. Das Deckungsvermögen wurde mit den Pensionsrückstellungen verrechnet. Das verrechnete Deckungsvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die Steuer- und sonstigen Rückstellungen sind mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Zukünftig erwartete Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit über einem Jahr wurden entsprechend dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden zum Nennwert oder zum höheren Erfüllungsbetrag bilanziert. Ist der Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit höher als der Ausgabebetrag, erfolgt der Ausweis als Rechnungsabgrenzungsposten mit einer erfolgswirksamen Verteilung der Verbindlichkeit auf die jeweilige Laufzeit.

Die Fremdwährungsumrechnung erfolgt am Entstehungstag bei Forderungen mit dem Geldkurs bzw. bei Verbindlichkeiten mit dem Briefkurs.

Die Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten, die auf fremde Währungen lauten, erfolgt mit dem Nennbetrag bzw. dem Erfüllungsbetrag zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag. Gewinne werden nur berücksichtigt, soweit sie Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen.

ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS 2015

Bilanz

1. Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens im Jahr 2015 einschließlich der kumulierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der kumulierten Abschreibungen wird auf den nachfolgend dargestellten Anlagespiegel verwiesen.

Anlagespiegel der STADA Arzneimittel AG zum 31.12.2015 in €	Stand am 1.1.2015	Historische Anschaffungskosten		Stand am 31.12.2015	
		Zugänge 2015	Z		Abgänge Umbuchungen 2015
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	590.167.279,65	19.750.730,03	Z	19.750.581,75 A 7.019.670,60 U	597.187.098,53
2. Geschäfts- oder Firmenwert	103.882.170,91	0,00	Z	9.033.866,58 A	94.848.304,33
3. Geleistete Anzahlungen	84.303.816,60	26.342.949,78	Z	285.000,00 A 7.036.748,65 U	103.325.017,73
	778.353.267,16	46.093.679,81		29.086.526,38	795.360.420,59
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	69.084.188,92	416.190,31	Z	69.576,34 A 695.462,35 U	70.126.265,24
2. Technische Anlagen und Maschinen	32.108.728,99	1.685.337,31	Z	914.904,60 A 812.588,19 U	33.691.749,89
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.060.228,09	1.306.603,91	Z	3.417.826,69 A 125.952,21 U	44.074.957,52
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	955.216,15	1.332.325,77	Z	1.616.924,70 U	670.617,22
	148.208.362,15	4.740.457,30		4.385.229,58	148.563.589,87
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.341.871.124,12	11.870.000,00	Z	0,00 A	1.353.741.124,12
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	544.525.127,13	14.838.056,30	Z	0,00 A	559.363.183,43
3. Beteiligungen	19.349.690,51	0,00	Z	0,00 A	19.349.690,51
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.320.000,00	0,00	Z	3.320.000,00 A	0,00
	1.909.065.941,76	26.708.056,30		3.320.000,00	1.932.453.998,06
	2.835.627.571,07	77.542.193,41		36.791.755,96	2.876.378.008,52

Stand am 1.1.2015	Kumulierte Abschreibungen				Stand am 31.12.2015	Restbuchwert 31.12.2015	Restbuchwert 31.12.2014
	Zugänge Zuschreibungen 2015	Z ZS	Abgänge Umbuchungen 2015	A U			
321.453.019,16	49.673.085,32	Z	4.199.409,30 305.935,14	A U	367.232.630,32	229.954.468,21	268.714.260,49
24.044.480,75	15.882.066,11	Z	1.568.379,61	A	38.358.167,25	56.490.137,08	79.837.690,16
33.854.842,00	1.233.367,31	Z	285.000,00 305.935,14	A U	34.497.274,17	68.827.743,56	50.448.974,60
379.352.341,91	66.788.518,74		6.052.788,91		440.088.071,74	355.272.348,85	399.000.925,25
26.912.952,57	2.523.107,16	Z	52.876,33	A	29.383.183,40	40.743.081,84	42.171.236,35
20.314.081,67	2.275.241,50	Z	866.623,37 37.498,15	A U	21.760.197,95	11.931.551,94	11.794.647,32
33.673.870,23	2.713.717,30	Z	3.259.089,40 37.498,15	A U	33.090.999,98	10.983.957,54	12.386.357,86
0,00	0,00		0,00	A	0,00	670.617,22	955.216,15
80.900.904,47	7.512.065,96		4.178.589,10		84.234.381,33	64.329.208,54	67.307.457,68
62.826.613,88	20.153.598,73	Z	0,00	A	82.980.212,61	1.270.760.911,51	1.279.044.510,24
0,00	0,00	Z	0,00	A	0,00	559.363.183,43	544.525.127,13
9.657.000,00	2.242.193,00	ZS	0,00	A	7.414.807,00	11.934.883,51	9.692.690,51
0,00	0,00	Z	0,00	A	0,00	0,00	3.320.000,00
72.483.613,88	17.911.405,73		0,00		90.395.019,61	1.842.058.978,45	1.836.582.327,88
532.736.860,26	92.211.990,43		10.231.378,01		614.717.472,68	2.261.660.535,84	2.302.890.710,81

Die Nutzungsdauer von zwölf Jahren für Geschäfts- oder Firmenwerte trägt den künftigen wirtschaftlichen Nutzungspotenzialen der immateriellen Vermögensgegenstände Rechnung. Die Nutzungsdauern der einzelnen Geschäfts- oder Firmenwerte werden durch die wirtschaftlich zu erwartende Nutzung der erworbenen Geschäfte bestimmt und orientieren sich an den durch die Akquisition erworbenen, gutachterlich bewerteten Nutzungsdauern von Produktrechten.

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Der Posten enthält Forderungen in Höhe von 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Zum Bilanzstichtag bestehen Darlehensforderungen in Höhe von 63.362.959,74 € (Vorjahr: 87.437.833,60 €) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle weiteren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (141.496.519,35 €; Vorjahr 81.177.027,26 €) sowie weitere Darlehen gegenüber verbundenen Unternehmen (166.916.413,26 €; Vorjahr: 39.038.556,59 €) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Der Posten „Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ enthält analog zum Vorjahr ausschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

4. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten in Höhe von 26.648.347,53 € (Vorjahr: 37.765.611,13 €) enthält Steuerrückforderungen in Höhe von 9.887.137,15 € (Vorjahr: 16.167.794,35 €). Die sonstigen Vermögensgegenstände haben analog zum Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

5. Antizipative Posten

Aus der Abgrenzung von Zinsgeschäften bestehen zum Bilanzstichtag antizipative Forderungen in Höhe von 4,7 Mio. € und antizipative Verbindlichkeiten in Höhe von 14,3 Mio. €.

6. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält ein Disagio in Höhe von 2.584.433,92 € (Vorjahr: 1.191.171,90 €) sowie anteiligen Aufwand für das künftige Jahr in Höhe von 2.381.528,34 € (Vorjahr: 2.923.201,39 €).

7. Latente Steuern

Latente Steuern werden ab 2010 für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Der zur Steuerabgrenzung verwendete Ertragsteuersatz (bestehend aus Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer) beträgt 28,32%. Die Differenz zum Vorjahr ergibt sich aus der Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbeertragsteuer. Bei den latenten Steuern wird von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den sich aus dem Vergleich der Bilanzposten nach Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern ergebenden Aktivüberhang nicht anzusetzen.

Latente Steuern sind demzufolge auch nicht im Steueraufwand enthalten.

Passive Steuerlatenzen resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenständen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger. Aktive Latenzen resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Rückstellungen sowie der steuerlich abweichenden Nutzungsdauer im Rahmen der planmäßigen Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts.

8. Eigenkapital

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt 162.090.344,00 € (Vorjahr: 157.629.420,00 €) und ist eingeteilt in 62.342.440 Stück vinkulierte Namensaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,60 € je Aktie. Zum 31.12.2014 war das Grundkapital noch mit 60.626.700 vinkulierten Namensaktien begeben. Die Erhöhung des Grundkapitals resultiert aus der Ausübung von Optionsscheinen. Saldiert mit den eigenen Anteilen in Höhe von 226.873,40 € ergibt sich zum 31.12.2015 ein bilanziertes Grundkapital von 161.863.470,60 €.

Zum 31.12.2015 waren der Gesellschaft folgende Meldungen über einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3% bekannt:

Die LSV Asset Management, Wilmington, Delaware, USA, meldete gemäß § 21 Abs. 1 WpHG einen Stimmrechtsanteil von 3,07% seit 23.06.2014. Davon sind 0,36% der Stimmrechte dem Aktionär gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 2,71% der Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.

Die Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH, Frankfurt, Deutschland, meldete gemäß § 21 Abs. 1 WpHG einen Stimmrechtsanteil von 5,04% seit 06.05.2015. Davon sind 0,15% der Stimmrechte dem Aktionär gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.

The Goldman Sachs Group Inc., Wilmington, Delaware, USA, meldete gemäß § 25a Abs. 1 WpHG in der Fassung gültig bis 25.11.2015 einen Stimmrechtsanteil von 4,64% seit 02.06.2015.

Die Société Générale S.A., Paris, Frankreich, meldete gemäß § 25 Abs. 1 WpHG in der Fassung gültig ab 26.11.2015 einen Stimmrechtsanteil von 3,70% seit dem 18.12.2015.

Bis zum 31.12.2015 erhielt die Gesellschaft keine weiteren Meldungen der soeben aufgeführten Gesellschaften.

Genehmigtes Kapital

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 05.06.2013 besteht ein genehmigtes Kapital in Höhe von 77.134.304,00 €. Demnach ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 04.06.2018 einmalig oder mehrmalig um bis zu 77.134.304,00 € durch die Ausgabe von bis zu 29.667.040 Stück vinkulierten Namensaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen.

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital ist um bis zu 69.188.340,00 € durch Ausgabe von bis zu 26.610.900 Stück vinkulierten Namensaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber oder Gläubiger von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen, die auf Grund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 5. Juni 2013 von der Gesellschaft oder einem nachgeordneten Konzernunternehmen begeben werden (Bedingtes Kapital 2013). Eine weitere Option zur Ausgabe von vinkulierten Namensaktien (Bedingtes Kapital 2004/1) ist zum 26. Juni 2015 ausgelaufen.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beträgt 519.538.625,57 € (Vorjahr: 495.744.898,97 €). Die Veränderung zum Vorjahr resultiert aus der Ausübung von Optionsscheinen (23.762.999,00 €) sowie aus dem Gewinn aus der Veräußerung eigener Anteile im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms (30.727,60 €).

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen in Höhe von 150.517.757,00 € (Vorjahr: 150.478.473,00 €) beinhalten im Wesentlichen Einstellungen aus den Jahresüberschüssen. Die Veränderung zum Vorjahr resultiert aus der Veräußerung eigener Anteile im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms (39.284,00 €).

Eigene Anteile

Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag 87.259 eigene Aktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,60 € je Aktie. Dies entspricht einem Grundkapital von 226.873,40 € bzw. einem Anteil von 0,14% am Grundkapital. Zum 31. Dezember 2014 wurden 89.835 eigene Aktien gehalten.

Im Jahr 2015 wurden 2.576 Aktien verkauft und keine Aktien gekauft. Der hieraus resultierende Gewinn in Höhe von 30.727,60 € wurde in die Kapitalrücklage eingestellt. Die eigenen Aktien wurden im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms ausschließlich an Mitarbeiter ausgegeben. Der Erlös aus der Veräußerung eigener Anteile ist vollständig dem operativen Geschäft zugeflossen.

Die eigenen Anteile können gegen Sachleistung veräußert werden, insbesondere auch im Zusammenhang mit Unternehmenszusammenschlüssen, Unternehmenserwerb oder dem Erwerb von Unternehmensbeteiligungen.

Die Gesellschaft ist nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 05.06.2013 gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, vom 06.06.2013 bis zum 05.06.2018 eigene Aktien bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Bislang hat der Vorstand von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Veräußerung eigener Aktien

Veräußerungszeitpunkt	Anzahl	% vom Grundkapital	Rechnerischer Anteil vom Grundkapital (in €)	Veräußerungspreis (in €)	Veräußerungsergebnis (in €)
Januar	461	0,0%	1.198,60	11.781,21	3.552,36
Februar	485	0,0%	1.261,00	13.134,75	4.477,50
März	413	0,0%	1.073,80	11.843,86	4.471,81
Juni	186	0,0%	483,60	5.525,92	2.205,82
Juli	91	0,0%	236,60	2.805,65	1.181,30
August	9	0,0%	23,40	301,68	141,03
September	152	0,0%	395,20	4.614,09	1.900,89
Oktober	110	0,0%	286,00	3.577,88	1.614,38
November	352	0,0%	915,20	11.796,12	5.512,92
Dezember	317	0,0%	824,20	11.328,04	5.669,59
Summe	2.576	0,0%	6.697,60	76.709,20	30.727,60

9. Rückstellungen

Aus der Umstellung auf Grund des BilMoG war für die Bilanzposition „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ eine Zuführung in Höhe von 67 T € erforderlich, die im Geschäftsjahr im außerordentlichen Ergebnis erfasst wurde. Bei der Bilanzierung der Pensionsverpflichtungen wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die durch die BilMoG-Umstellung entstandenen Aufwendungen auf einen Zeitraum von 15 Jahren zu verteilen.

Durch die Diskontierung der Pensionsverpflichtung gemäß dem durch die Deutsche Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre war eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 495 T € erforderlich.

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der biometrischen Tabellen 2005 G von Dr. Klaus Heubeck sowie der Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 3,89% p.a., einem Rententrend von 1,75% p.a. und einem Gehaltstrend von 3,00% p.a. errechnet worden.

Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert (Rückdeckungsversicherungen). Die dem Zugriff übriger Gläubiger entzogenen Vermögensgegenstände wurden mit den zu Grunde liegenden Verpflichtungen verrechnet.

Der Gesamterfüllungsbetrag (abzüglich BilMoG-Verteilung) der Pensionszusagen beträgt 11.494 T €. Der beizulegende Zeitwert der verpfändeten Rückdeckungsversicherung beträgt 3.866 T €. Im Berichtsjahr wurden Aufwendungen in Höhe von 495 T € mit Erträgen in Höhe von 189 T € im Finanzergebnis verrechnet.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich insbesondere aus Aufwendungen für den Personalbereich (11.921 T €), für Gewährleistungen (11.162 T €) und für ausstehende Abrechnungen der Krankenkassen auf Grund der Krankenkassenrabattverträge (49.529 T €) zusammen.

10. Anleihe

Im Jahr 2010 wurde eine nicht konvertible Anleihe im Nominalwert von 350 Mio. € ausgegeben. Die Anleihe hatte eine Laufzeit von fünf Jahren und wurde in 2015 getilgt.

Eine zweite, ebenfalls nicht konvertible Anleihe über einen Nominalwert von 350 Mio. € wurde im Jahr 2013 ausgegeben. Die Laufzeit dieser Anleihe beträgt ebenfalls fünf Jahre.

Im Jahr 2015 wurde eine dritte, nicht konvertible Anleihe über einen Nominalwert von 300 Mio. € mit einer Laufzeit über 7 Jahre ausgegeben.

11. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Mio. €	bis 1 Jahr (Vorjahr)	1 bis 5 Jahre (Vorjahr)	ab 5 Jahre (Vorjahr)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	238,9 (50,5)	434,0 (602,0)	0,0 (0,0)

12. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten

Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten in Mio. €	bis 1 Jahr (Vorjahr)	1 bis 5 Jahre (Vorjahr)	ab 5 Jahre (Vorjahr)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	321,9 (250,1)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8,9 (0,0)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33,0 (29,9)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
Sonstige Verbindlichkeiten	31,1 (32,1)	0,1 (0,1)	0,0 (0,0)

In den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 232 Mio. € (Vorjahr: 187 Mio. €) enthalten, die restlichen Verbindlichkeiten resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, entsprechen Darlehensverbindlichkeiten.

13. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse 2015 der STADA Arzneimittel AG in Höhe von 393.339 T € enthalten einen Auslandsanteil von 155.453 T €. Davon entfallen 146.450 T € auf Europa, 3.327 T € auf MENA und 5.676 T € auf Asien. Die Umsatzerlöse gliedern sich nach folgenden Tätigkeitsbereichen auf:

in T €	2015	2014	2013
Umsatzerlöse aus Warenlieferungen	288.652	293.215	338.671
Lizenzzerlöse	24.755	24.634	24.251
Zulassungsverkäufe	0	0	30.013
Dienstleistungen	79.932	102.411	19.961
Summe	393.339	420.260	412.896

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen für das Geschäftsjahr 2015 31.174 T € (Vorjahr: 32.600 T €). Außerplanmäßige Abschreibungen für Finanzanlagen betragen für das Geschäftsjahr 2015 20.154 T € (Vorjahr: 14.360 T €).

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen wurden periodenfremde Erträge aus Gutschriften in Höhe von 154 T € (Vorjahr: 217 T €) sowie ein Betrag von 1.893 T € (Vorjahr: 3.892 T €) aus der Auflösung von Rückstellungen ausgewiesen.

Des Weiteren sind sonstige betriebliche Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen in Höhe von 0 T € (Vorjahr: 158 T €) sowie Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen in Höhe von 2.242 T € (Vorjahr: 4.314 T €) ausgewiesen.

In dem sonstigen betrieblichen Aufwand sind mitarbeiterbezogene periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 324 T € (Vorjahr: 59 T €) enthalten.

Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 67 T € resultiert ausschließlich aus dem genutzten Wahlrecht, den Unterschiedsbetrag auf Grund der BilMoG-Umstellung bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen auf einen Zeitraum von 15 Jahren zu verteilen.

Die laufenden Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie auf periodenfremde Steuern.

14. Sonstige Erläuterungen und Angaben

2015 waren durchschnittlich 918 Arbeitnehmer beschäftigt, darunter

- 33 Arbeitnehmer in Lager und Versand
- 288 Arbeitnehmer in der Produktion und Verpackung
- 597 Arbeitnehmer in der Verwaltung

Die Ernennung und Abberufung des Vorstands ist nach den gesetzlichen Vorschriften des § 84 AktG geregelt. Dem Vorstand gehören an:

- Hartmut Retzlaff, Vorsitzender
- Helmut Kraft, Vorstand Finanzen
- Dr. Matthias Wiedenfels, Vorstand Unternehmensentwicklung & Zentrale Dienste

Die Vorstandsmitglieder hatten im Geschäftsjahr 2015 folgende Mandate inne:

Hartmut Retzlaff ist zugleich Mitglied im Verwaltungsrat der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Mitglied im Aufsichtsrat (Supervisory Board bzw. Board of Directors) der S.A. Eurogenerics N.V., STADA Pharmaceuticals (Asia) Ltd., Clonmel Healthcare Limited, STADA Financial Investments Limited sowie STADA Vietnam J.V. Co., Ltd.

Helmut Kraft ist zugleich Mitglied im Regionalbeirat Mitte der Commerzbank AG, Mitglied im Aufsichtsrat der BIOCEUTICALS Arzneimittel AG, Mitglied im Aufsichtsrat (Supervisory Board bzw. Board of Directors) der STADA Vietnam J.V. Co., Ltd. und war Mitglied der Geschäftsführung der STADAvita GmbH (bis 14.01.2015).

Dr. Matthias Wiedenfels ist zugleich Mitglied der Geschäftsführung der STADA LUX S.à R.L. und Mitglied im Aufsichtsrat (Supervisory Board bzw. Board of Directors) der Spirig HealthCare AG sowie der Pegach AG.

15. Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2015 in der STADA Arzneimittel AG insgesamt 4.937 T €¹⁾ (Vorjahr: 8.001 T €²⁾).

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2015 in der STADA Arzneimittel AG insgesamt 1.073 T € (Vorjahr: 1.045 T €).

Die Bezüge früherer Mitglieder des Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf insgesamt 297 T €.

Die Rückstellungen für laufende Pensionen für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2015 vor Verrechnung mit dem Deckungskapital 9.365 T €.

Den Mitgliedern des Vorstands und Aufsichtsrats der STADA Arzneimittel AG waren zum Bilanzstichtag keine Kredite gewährt. Auch wurden seitens STADA keine Haftungsverhältnisse zu Gunsten der Organmitglieder der STADA Arzneimittel AG eingegangen.

1) Für das Geschäftsjahr 2015 wurden keine Abschlagszahlungen auf die variable Langzeitsonderversgütung geleistet.
2) Davon End- bzw. Abschlagszahlungen auf variable Langzeitsonderversgütung in Höhe von insgesamt 2.759.275 € auf Grund Erreichung der jeweiligen einzelvertraglichen Jahresend- bzw. Jahreszwischenziele für das Geschäftsjahr 2014.

16. Angaben zum Aufsichtsrat der Gesellschaft

Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Dem Aufsichtsrat gehörten während des Geschäftsjahres 2015 an:

- Dr. Martin Abend, Rechtsanwalt, Dresden (Vorsitzender)
- Carl Ferdinand Oetker, Bankier, Düsseldorf (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Eckhard Brüggemann, Arzt im Ruhestand, Herne
- Halil Duru, Lagerfachkraft, Frankfurt am Main
- Dr. K. F. Arnold Hertzsch, selbständiger Apotheker, Dresden
- Dieter Koch, Apotheker, Kiel
- Constantin Meyer, selbständiger Fachapotheker und Apotheker, Seelze
- Dr. Ute Pantke, Director Interne Kommunikation, Wettenberg
- Jens Steegers, freigestellter Betriebsrat, Bad Vilbel

Halil Duru, Dr. Ute Pantke und Jens Steegers sind die von den Arbeitnehmern in den Aufsichtsrat gewählten Vertreter.

Mandate von Aufsichtsratsmitgliedern

Carl Ferdinand Oetker

- Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten
 - König & Bauer AG
(Mitglied des Aufsichtsrats sowie Mitglied des Prüfungsausschusses seit dem 21.05.2015)
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 - Cloverfield Inc. (Chairman of the Board of Directors, non-executive)
 - Dale Investment Advisors GmbH (Vorsitzender des Beirats bis 31.01.2015)
 - Erfurter Teigwaren GmbH (Mitglied des Beirats seit Februar 2015)
 - EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG (Vorsitzender des Beirats)
 - Hela Gewürzwerk Hermann Laue GmbH (Mitglied des Beirats)
 - Lampe Asset Management GmbH (Mitglied des Beirats bis 31.01.2015)
 - Lampe Privatinvest Management GmbH (Mitglied des Beirats)
 - Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG (Vorsitzender des Beirats)

Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder üben außer dem Mandat bei der STADA Arzneimittel AG keine weiteren Mandate im Zusammenhang mit Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten oder in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen aus.

17. Angaben zum Beirat der Gesellschaft

Zusammensetzung des Beirats

Dem Beirat gehörten während des Geschäftsjahres 2015 an:

- Dr. Thomas Meyer, Apotheker, Seelze (Vorsitzender)
- Dr. med. Frank-R. Leu, Arzt, Gießen (stellvertretender Vorsitzender)
- Rika Aschenbrenner, Apothekerin, Mainburg
- Wolfgang Berger, Apotheker, Gießen
- Gerd Berlin, Apotheker, Haßloch
- Alfred Böhm, Apotheker, München
- Jürgen Böhm, Arzt, Kirchhain
- Axel Boos, Apotheker, Darmstadt
- Dr. Wolfgang Schlags, Apotheker, Mayen
- Jürgen Schneider, Geschäftsführer, Offenbach
- Reimar Michael von Kolczynski, Apotheker, Stuttgart

18. Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB

Am Bilanzstichtag bestanden Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB in Höhe von 52.164.337,45 € (Vorjahr: 156.470.848,90 €). Hiervon entfallen 26.481.752,19 € (Vorjahr: 117.987.357,54 €) auf Haftungsverhältnisse aus Bürgschaften zu Gunsten verbundener Unternehmen.

Auf Grund einer ständigen Evaluierung der Risikosituation und in Anbetracht der bis zum Bilanzstichtag erlangten Erkenntnisse geht die STADA Arzneimittel AG davon aus, dass die den Haftungsverhältnissen zu Grunde liegenden Verpflichtungen erfüllt werden können. Eine Inanspruchnahme der Haftungsverhältnisse wird als nicht wahrscheinlich betrachtet.

19. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Leasing-, Miet- und anderen Serviceverträgen betragen 45.450.944,51 €.

Fälligkeit der übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen:

in Mio. €	
2016	20,6
2017	9,7
2018	5,1
2019	4,7
2020	4,7
Nach 2020	0,7

Die STADA Arzneimittel AG hat zum Bilanzstichtag einen Großteil der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zur Verbesserung der Liquidität an einen fremden Dritten übertragen. Da durch den Vertrag ebenfalls die Risiken der Einbringlichkeit an den Käufer übertragen wurden (echtes Factoring), bestehen für die STADA Arzneimittel AG aus dieser Übertragung keine zu bilanzierenden Verpflichtungen.

Es besteht ein Bestellobligo aus Verpflichtungen für künftige Aufwendungen und Investitionen in Höhe von 55,1 Mio. €.

20. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB der STADA Arzneimittel AG

In der nachfolgenden Aufstellung werden die Ergebnisse der Gesellschaften unabhängig von der Höhe des Anteils am Kapital erfasst.

1) Direkte Beteiligungen der STADA Arzneimittel AG

	Ergebnis 2015	Eigenkapital	Kapitalanteil in %
Deutschland¹⁾			
BEPHA Beteiligungsgesellschaft für Pharmawerte mbH, Bad Vilbel	0 EUR	253 TEUR	100%
BIOCEUTICALS Arzneimittel AG, Bad Vilbel	10.918 TEUR	35.915 TEUR	15,86%
Mobilat Produktions GmbH, Pfaffenhofen	0 EUR	256 TEUR	100%
STADA GmbH, Bad Vilbel	0 EUR	359 TEUR	100%
STADA Pharma International GmbH, Bad Vilbel	0 EUR	31 TEUR	100%
STADapharm GmbH, Bad Vilbel	0 EUR	154 TEUR	100%
Ausland²⁾			
AO Nizhpharm, Nizhny Novgorod/Russland ³⁾	1.464.225 TRUB	15.077.714 TRUB	100%
Cicum Farma, Unipessoal, LDA, Paco de Arcos/Portugal	351 TEUR	5.106 TEUR	100%
Crinos S.p.A., Mailand/Italien	374 TEUR	26.568 TEUR	96,77%
EG Labo - Laboratoires Eurogenerics SAS, Boulogne-Billancourt/Frankreich	931 TEUR	40.802 TEUR	100%
EG S.p.A., Mailand/Italien	2.989 TEUR	78.205 TEUR	98,87%
Grunenthal Ukraine LLC, Kiew/Ukraine ⁴⁾	-	-	100%
Laboratorio STADA, S.L., Barcelona/Spanien	7.573 TEUR	64.187 TEUR	100%
OOO Hemofarm, Obninsk/Russland	478.003 TRUB	2.396.217 TRUB	10%
OOO STADA Marketing, Nizhny Novgorod/Russland ³⁾	-289.910 TRUB	-22.280 TRUB	10%
Oy STADA Pharma Ab, Helsinki/Finnland	3.180 TEUR	3.624 TEUR	100%
SCIOTEC Diagnostic Technologies GmbH, Tulln an der Donau, Österreich ³⁾	509 TEUR	1.699 TEUR	100%
STADA Arzneimittel Gesellschaft m.b.H., Wien/Österreich ³⁾	914 TEUR	5.129 TEUR	100%
STADA d.o.o., Ljubljana/Slowenien	39 TEUR	425 TEUR	100%
STADA d.o.o., Zagreb/Kroatien	583 THRK	3.727 THRK	100%
STADA Egypt Ltd., Kairo/Ägypten	-692 TEGP	12.577 TEGP	83,33%
STADA LUX S.à R.L., Luxemburg/Luxemburg	1 TEUR	6 TEUR	100%
STADA PHARMA Bulgaria EOOD, Sofia/Bulgarien ³⁾	326 TBGN	1.832 TBGN	100%
STADA PHARMA CZ s.r.o., Prag/Tschechische Republik	15.896 TCZK	236.662 TCZK	100%
STADA Pharma Services India Private Limited, Mumbai/Indien	611 TINR	11.224 TINR	85%
STADA PHARMA Slovakia, s.r.o., Bratislava/Slowakei	281 TEUR	2.605 TEUR	100%
STADA Pharmaceuticals (Asia) Ltd., Hongkong/Volksrepublik China	48.107 THKD	228.109 THKD	100%
STADA Pharmaceuticals Australia Pty Ltd, Sydney/Australien ⁴⁾	-	-	100%
STADA Poland Sp. z o.o. Piaseczno/Polen	1.395 TPLN	8.428 TPLN	100%
STADA Service Holding B.V., Eetten-Leur/Niederlande	59.366 TEUR	656.547 TEUR	100%
STADA (Shanghai) Company Management Consulting Co. Ltd., Schanghai/Volksrepublik China	146 TCNY	953 TCNY	100%
STADA UK Holdings Ltd., Reading/Großbritannien	20.955 TEUR	438.930 TEUR	100%

1) Bei den deutschen Gesellschaften mit einem Ergebnis von 0 besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

2) Für die ausländischen Gesellschaften wurde jeweils das Eigenkapital in Landeswährung und nach lokalem Recht dargestellt.

3) Werte aus Geschäftsjahr 2014.

4) Verzicht auf Angaben gem. § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB.

2) Indirekte Beteiligungen der STADA Arzneimittel AG

	Ergebnis 2015	Eigenkapital	Kapitalanteil in %
Deutschland¹⁾			
ALIUD PHARMA GmbH, Laichingen	0 EUR	52 TEUR	100%
Blitz F15-487 GmbH, Bad Vilbel	0 EUR	414 TEUR	100%
cell pharm Gesellschaft für pharmazeutische und diagnostische Präparate mbH, Bad Vilbel	0 EUR	229 TEUR	100%
Grippostad GmbH, Bad Vilbel	0 EUR	25 TEUR	100%
Hemopharm GmbH Pharmazeutisches Unternehmen, Bad Homburg	-304 TEUR	-31 TEUR	100%
PharmaSwyzz Deutschland GmbH, Bad Homburg	-1 TEUR	15 TEUR	100%
STADAVita GmbH, Bad Homburg	0 EUR	25 TEUR	100%
STADA CEE GmbH, Bad Vilbel	0 EUR	223 TEUR	100%
STADA Medical GmbH, Bad Vilbel	0 EUR	103 TEUR	100%
Ausland²⁾			
AELIA SAS, Saint Brieu/Frankreich ³⁾	107 TEUR	1.332 TEUR	20%
Britannia Pharmaceuticals Ltd., Reading/Großbritannien	13.326 TGBP	52.683 TGBP	100%
Brituswip Limited (J.V.), Newbury/Großbritannien	0 TGBP	140 TGBP	50%
Centrafarm B.V., Etten-Leur/Niederlande	4.415 TEUR	10.279 TEUR	100%
Centrafarm Nederland B.V., Etten-Leur/Niederlande	5.492 TEUR	36.967 TEUR	100%
Centrafarm Services B.V., Etten-Leur/Niederlande	-1.543 TEUR	20.325 TEUR	100%
CIG (Hong Kong) Limited, Hongkong/Volksrepublik China	-2 THKD	63 THKD	70%
Clonmel Healthcare Limited, Clonmel/Irland	6.566 TEUR	20.964 TEUR	100%
CNRD 2009 Ireland Ltd., Dublin/Irland	17 TEUR	-110 TEUR	50%
Crinos S.p.A., Mailand/Italien	374 TEUR	26.568 TEUR	3,23%
Croma Medic, Inc., Manila/Philippinen	19.225 TPHP	314.078 TPHP	100%
Crosspharma Ltd., Belfast/Großbritannien	-146 TEUR	-1.823 TEUR	100%
Dak Nong Pharmaceutical JSC, Dak Nong/Vietnam ³⁾	334.267 TVND	2.195.060 TVND	43%
DIALOGFARMA LLC, Moskau/Russland ³⁾	5.691 TRUB	18.383 TRUB	50%
EG S.p.A., Mailand/Italien	2.989 TEUR	78.205 TEUR	1,13%
Fresh Vape Electronic Cigarettes Limited, Chesterfield/Großbritannien	1 TGBP	12 TGBP	100%
Genus Pharmaceuticals Holdings Ltd., Huddersfield/Großbritannien	8.740 TGBP	12.222 TGBP	100%
Genus Pharmaceuticals Ltd., Huddersfield/Großbritannien	0 TGBP	34.311 TGBP	100%
Healthypharm B.V., Etten-Leur/Niederlande	829 TEUR	4.393 TEUR	100%
Hemofarm A.D., Vrsac/Serbien ³⁾	2.773.874 TRSD	18.635.105 TRSD	100%
Hemofarm Arabia Ltd., Damaskus/Syrien ⁴⁾	-	-	50%
Hemofarm Banja Luka d.o.o., Banja Luka/Bosnien-Herzegowina ³⁾	4.394 TBAM	59.000 TBAM	91,5%
Hemofarm Komerc d.o.o., Skopje/Mazedonien ⁴⁾	-	-	99,18%
Hemofarm S.a.r.l., Constantine/Algerien ⁴⁾	-	-	40%
Hemomont d.o.o., Podgorica/Montenegro ³⁾	-406 TRSD	11.752 TRSD	71,02%
HTP Huisapotheek B.V., Etten-Leur/Niederlande	0 TEUR	11 TEUR	100%
Internis Pharmaceuticals Limited, Huddersfield/Großbritannien	4.970 TGBP	53.857 TGBP	100%
Jinan Hemofarm Pharmaceuticals, Jinan/Volksrepublik China ⁴⁾	-	-	35,5%
LAS Trading Limited, Chesterfield/Großbritannien	0 TGBP	1 TGBP	100%
LCM Limited, Huddersfield/Großbritannien	0 TGBP	0 TGBP	100%
Lowry Solutions Limited, Huddersfield/Großbritannien	-47 TEUR	-43 TGBP	100%

1) Bei den deutschen Gesellschaften mit einem Ergebnis von 0 besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

2) Für die ausländischen Gesellschaften wurde jeweils das Eigenkapital in Landeswährung und nach lokalem Recht dargestellt.

3) Werte aus Geschäftsjahr 2014.

4) Verzicht auf Angaben gem. § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB.

	Ergebnis 2015	Eigenkapital	Kapitalanteil in %
Ausland¹⁾			
Millipharma Produtos Médicos e Farmacêuticos Ltda., Vargem Grande Paulista/Brasilien ²⁾	-	-	100%
Neocare B.V., Etten-Leur/Niederlande	-467 TEUR	21 TEUR	100%
Nizhpharm-Kazakhstan TOO DO, Almaty/Kasachstan	-133.745 TKZT	-1.736.735 TKZT	100%
Nizhpharm-Ukraine DO, Kiew/Ukraine	309.265 TUAH	282.287 TUAH	100%
OOO Aqualor, Moskau/Russland ³⁾	25 TRUB	104 TRUB	100%
OOO Hemofarm, Obninsk/Russland	478.003 TRUB	2.396.217 TRUB	90%
OOO STADA CIS, Nizhny Novgorod/Russland ³⁾	24.916 TRUB	-104.292 TRUB	100%
OOO STADA Marketing, Nizhny Novgorod/Russland ³⁾	-289.910 TRUB	-22.280 TRUB	90%
OOO STADA PharmDevelopment, Nizhny Novgorod/Russland ³⁾	75.592 TRUB	32.525 TRUB	100%
Pegach AG, Egerkingen/Schweiz	-5 TCHF	357 TCHF	100%
Pharm Ortho Pedic SAS, Trélazé/Frankreich ³⁾	257 TEUR	2.661 TEUR	25%
Phu Yen Export Import Pharmaceuticals JSC, Phu Yen/Vietnam ³⁾	636.885 TVND	25.188.353 TVND	20%
PYMEPHARCO JOINT STOCK COMPANY, Tuy Hoa/Vietnam	183.612.528 TVND	1.088.418.065 TVND	59%
Quang Tri Pharmaceutical Joint Stock, Quang-Tri-Provinz/Vietnam ³⁾	312.500 TVND	3.956.695 TVND	22%
Quatropharma Holding B.V., Etten-Leur/Niederlande ²⁾	-	-	100%
S.A. Eurogenerics N.V., Brüssel/Belgien	5.896 TEUR	93.626 TEUR	100%
Slam Trading Limited, Huddersfield/Großbritannien	127 TGBP	231 TGBP	100%
Socialites E-Commerce Limited, Huddersfield/Großbritannien	5 TGBP	2 TGBP	100%
Socialites Real Limited, Chesterfield/Großbritannien	34 TGBP	116 TGBP	100%
Spirig HealthCare AG, Egerkingen/Schweiz	-1.144 TCHF	5.373 TCHF	100%
STADA (Thailand) Co. Ltd., Bangkok/Thailand	19.459 TTHB	66.957 TTHB	60%
STADA Aesthetics AG, Bottighofen/Schweiz	-182 TCHF	-82 TCHF	100%
STADA Egypt Ltd., Kairo/Ägypten	-692 TEGP	12.577 TEGP	16,67%
STADA Financial Investments Limited, Clonmel/Irland	-1.450 TEUR	91.417 TEUR	100%
STADA Genericos, S.L., Barcelona/Spanien	1 TEUR	2 TEUR	100%
STADA HEMOFARM S.R.L., Temeswar/Rumänien ³⁾	671 TRON	13.618 TRON	100%
STADA Import/Export International Ltd., Hongkong/Volksrepublik China	1.122 TUSD	1.945 TUSD	51%
STADA IT Solutions d.o.o., Belgrad/Serbien ³⁾	25.301 TRSD	37.289 TRSD	100%
STADA M&D S.R.L., Bukarest/Rumänien ³⁾	-7.848 TRON	-3.480 TRON	100%
STADA MENA DWC-LLC, Dubai/Vereinigte Arabische Emirate	15.431 TAED	41.281 TAED	100%
STADA Nordic ApS, Herlev/Dänemark ³⁾	8.031 TDKK	107.161 TDKK	100%
STADA Pharma Services India Private Limited, Mumbai/Indien	611 TINR	11.224 TINR	15%
STADA Pharmaceuticals (Beijing) Ltd., Beijing/Volksrepublik China	9.409 TCNY	54.661 TCNY	83,351%
STADA Vietnam J.V. Co., Ltd., Ho-Chi-Minh-Stadt/Vietnam	255.356.276 TVND	883.917.462 TVND	50%
STADA, LDA, Paco de Arcos/Portugal ²⁾	-	-	100%
Sundrops Limited, Huddersfield/Großbritannien	1.892 TGBP	7.493 TGBP	100%
Thornton & Ross Ireland Limited, Clonmel/Irland	0 TEUR	0 TEUR	100%
Thornton & Ross Limited, Huddersfield/Großbritannien	22.122 TGBP	223.623 TGBP	100%
UAB STADA-Nizhpharm-Baltija, Vilnius/Litauen	198 TEUR	1.163 TEUR	100%
Velefarm A.D., Belgrad/Serbien ²⁾	-	-	15%
Vetfarm A.D., Belgrad/Serbien ²⁾	-	-	19,65%
Well Light Investment Services JSC, Ho-Chi-Minh-Stadt/Vietnam	-24.205 TVND	134.419.784 TVND	49%
ZAO Makiz-Pharma, Moskau/Russland ³⁾	-5.924 TRUB	1.073.547 TRUB	100%
ZAO Skopinpharm, Ryazanskaya obl./Russland ³⁾	-4.510 TRUB	337.426 TRUB	100%
Zeroderma Limited, Huddersfield/Großbritannien	2.447 TGBP	4.246 TGBP	100%

1) Für die ausländischen Gesellschaften wurde jeweils das Eigenkapital in Landeswährung und nach lokalem Recht dargestellt.

2) Verzicht auf Angaben gem. § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB.
3) Werte aus Geschäftsjahr 2014.

21. Umrechnungskurse

Die der Währungsumrechnung zu Grunde liegenden Wechselkurse, die für die STADA Arzneimittel AG eine wesentliche Währung außerhalb des Euro-Raums darstellen, entwickelten sich wie folgt:

in €	Durchschnittskurs		Stichtagskurs	
	2015	2014	31.12.2015	31.12.2014
1 Schweizer Franken (CHF)	0,93664	0,82318	0,92293	0,83167
1 britisches Pfund (GBP)	1,37733	1,24008	1,36258	1,28386
1 Hongkong-Dollar (HKD)	0,11624	0,09696	0,11852	0,10619
1 serbischer Dinar (RSD)	0,00828	0,00853	0,00822	0,00827
1 russischer Rubel (RUB)	0,01470	0,01963	0,01240	0,01382
1 US-Dollar (USD)	0,90114	0,75194	0,91853	0,82366

22. Honorar für den Abschlussprüfer

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB ist in der entsprechenden Anhangsangabe des Konzernabschlusses enthalten.

23. Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben in Erfüllung von § 161 des deutschen Aktiengesetzes die jährliche gemeinsame Entsprechenserklärung zum „Deutschen Corporate Governance Kodex“ abgegeben. Den Aktionären ist ein dauerhafter Zugriff zu dieser Erklärung über die Internetseite der Gesellschaft (www.stada.de in deutscher bzw. www.stada.com in englischer Sprache) gewährleistet. Darüber hinaus wird diese Entsprechenserklärung auch im Geschäftsbericht der Gesellschaft publiziert.

24. Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente

Den Risiken aus zins- und währungsbedingten Zahlungsstromschwankungen wird durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente begegnet, die ausschließlich zur Absicherung der aus operativen Tätigkeiten, Finanztransaktionen und Investitionen resultierenden Zins- und Währungsrisiken eingesetzt werden. Zu Spekulationszwecken werden derivative Finanzinstrumente weder gehalten noch begeben.

Durch den Einsatz der Derivate sollen Änderungen der beizulegenden Zeitwerte und/oder Zinszahlungsströme aus den zugeordneten Grundgeschäften (Forderungen gegen verbundene Unternehmen, verzinsliche Verbindlichkeiten und eine zukünftige Investition) ausgeglichen werden.

Zur Begrenzung des Währungsrisikos werden bei STADA Devisentermingeschäfte oder -optionen abgeschlossen. Die Kurssicherung im Jahr 2015 betraf insbesondere den russischen Rubel, den US-Dollar, den Schweizer Franken und das britische Pfund. Zum Stichtag waren, bis auf ein Devisentermingeschäft, die Devisentermingeschäfte jeweils in einer Bewertungseinheit mit Darlehen bzw. Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen. Ein Devisentermingeschäft diente der Sicherung einer zukünftigen US-Dollar-Kaufpreiszahlung.

Zur Sicherung des Zinsrisikos der Schuldscheindarlehen werden bei STADA Zinsswaps abgeschlossen. Zum Stichtag waren alle Zinsswaps in einer Bewertungseinheit mit Schuldscheindarlehen.

Zur Absicherung der Zahlungsströme aus Darlehen an verbundene Unternehmen (Zins- und Währungsrisiko) hat STADA Zins-/Währungsswaps abgeschlossen. Zum Stichtag waren alle Zins-/Währungsswaps jeweils in einer Bewertungseinheit mit Darlehen an verbundene Unternehmen.

Die Bewertung der Zinssicherungsgeschäfte ergibt sich aus dem Barwert der abgezinsten Cashflows, d.h. feste gegen variable Zinssätze.

Durch Bewertungseinheiten gesicherte Grundgeschäfte:

Grundgeschäft	Marktwerte	
	Gesichertes Risiko	Gesicherter Betrag des Grundgeschäfts (Buchwert) in Mio. €
Vermögensgegenstände	Zinsänderungen/Währungsrisiko	69,34
	Währungsrisiko	121,49
Schulden	Zinsrisiko	66,50
	Währungsrisiko	24,71
		282,03

Die Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente, die alle in einer Sicherungsbeziehung stehen, stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	2015	2014
Devisentermingeschäfte	3,1	0,7
Zinsswaps	-1,3	-2,7
Zins-/Währungsswaps	21,0	32,1
	22,7	30,1

Bei allen Bewertungseinheiten handelt es sich um Mikro-Hedges.

Für alle Bewertungseinheiten wird von einer hohen Effektivität ausgegangen, da die wesentlichen Ausstattungsmerkmale nahezu identisch sind (Critical-Terms-Match).

Die durch Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken – nicht gebildete Drohverlustrückstellungen, Zuschreibungen auf Verbindlichkeiten in Fremdwährungen und Abschreibungen aus Forderungen in Fremdwährung:

in T €	
Zinsänderungs-/Währungsrisiko	20.663,9
Währungsrisiko	7.450,0
Gesamt abgesichertes bilanzielles Risiko	28.113,9

Die Beurteilung der Effektivität der Bewertungseinheiten am Stichtag erfolgt nach der Critical-Terms-Match-Methode.

Die abgesicherten Risiken werden sich künftig voraussichtlich ausgleichen, weil die Grund- und Sicherungsgeschäfte demselben Risiko ausgesetzt sind, auf das identische Faktoren in gleicher Weise einwirken, und weil die Sicherungsgeschäfte keine anderen Risiken aufweisen als die Grundgeschäfte. Der Ausgleich sollte weitestgehend bis zum 31.12.2017 erfolgt sein.

Bad Vilbel, 21. März 2016

STADA Arzneimittel Aktiengesellschaft

Der Vorstand



H. Retzlaff

Vorstandsvorsitzender



H. Kraft

Vorstand Finanzen



Dr. M. Wiedenfels

Vorstand Unternehmensentwicklung
& Zentrale Dienste

GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Geschäftsmodell und Unternehmensstruktur

Die STADA Arzneimittel AG (im Folgenden kurz STADA AG oder STADA) hält als börsennotierte Muttergesellschaft direkt und indirekt die Anteile an den zum STADA-Konzern gehörenden Gesellschaften.

Das operative Geschäft der STADA AG stellt nur einen Teil des globalen Geschäfts des STADA-Konzerns dar. Bei der Bewertung des Ergebnisses der STADA AG ist das operative Ergebnis aus den Aktivitäten der AG in den Kernsegmenten Generika und Markenprodukte zu berücksichtigen. Die internationale Vertriebsstruktur des STADA-Konzerns setzt sich aus zahlreichen national ausgerichteten und damit marktnahen Vertriebsgesellschaften zusammen, die innerhalb der vier STADA-Marktregionen regional gesteuert und durch zentrale Konzernfunktionen unterstützt werden. Dieses sich an Marktregionen orientierende Vertriebskonzept ermöglicht es STADA, kurzfristig auf Veränderungen in den einzelnen Märkten der jeweiligen Marktregion zu reagieren und den lokalen Vertrieb zeitnah an die entsprechenden Anforderungen anzupassen. Einen signifikanten Einfluss auf das Ergebnis haben die Serviceleistungen aus der Funktion der AG als Muttergesellschaft bzw. Holding des STADA-Konzerns, die Warenlieferungen an andere Konzerngesellschaften mit einschließen. Diese strategischen Leistungen werden der STADA AG von den in Anspruch nehmenden Konzerngesellschaften vergütet und bei der STADA AG im Umsatz ausgewiesen. Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der STADA AG wird darüber hinaus durch Erträge aus Beteiligungen beeinflusst. Die operative Verantwortung im STADA-Konzern wird durch die vier Marktregionen Deutschland, Zentraleuropa, CIS-Staaten/Osteuropa¹⁾ sowie Asien/Pazifik & MENA²⁾ getragen. Einen vollständigen Einblick gewährt der Abschluss des STADA-Konzerns.

Steuerungssystem

Zu den wesentlichen finanziellen Steuerungsgrößen der STADA AG zählen der Umsatz und der Jahresüberschuss.

Der Umsatz ist eine wesentliche Größe zur Sicherung des Erfolgs der STADA AG. Eine wichtige Rolle für den künftigen Erfolg spielen unter anderem Top-Line-Programme zur Steigerung des Umsatzes, die insbesondere auf Markenprodukte ausgerichtet sind. Finanzieller Leistungsindikator ist der ausgewiesene Umsatz, da die STADA AG darauf abzielt, auch durch eine aktive Akquisitionspolitik weiteres Umsatzwachstum zu erzielen.

Der Jahresüberschuss wurde als finanzieller Leistungsindikator und Steuerungsgröße definiert, da dieser eine Kennzahl für den Erfolg der STADA AG darstellt und u.a. auch die Dividendenfähigkeit der STADA AG sicherstellen soll.

1) CIS/Osteuropa bezeichnet die Märkte Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kasachstan, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Russland, Serbien, Ukraine (CIS: Commonwealth of Independent States).

2) Seit dem 01.01.2015 werden wesentliche Aktivitäten der MENA-Region anstatt in der Marktregion Deutschland in der erweiterten Marktregion Asien/Pazifik & MENA ausgewiesen.

Forschung und Entwicklung

Auf Grundlage des Geschäftsmodells betreibt die STADA AG bewusst keine Forschung. Der Fokus liegt auf der Entwicklung von in der Regel pharmazeutischen Wirkstoffen, die keinen gewerblichen Schutzrechten unterliegen. Das Fundament für profitables Wachstum und den langfristigen Firmenerfolg liegt in der kontinuierlichen Markteinführung von Generika-Produkten zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Patentablauf und den bestmöglichen Herstellungskosten in den einzelnen Ländern. Eine maßgebliche Rolle dabei spielen die konzerneigenen Entwicklungszentren, die von Auftragsentwicklungen sowie einer Zusammenarbeit mit externen Entwicklungspartnern ergänzt werden. Ein entscheidender strategischer Erfolgsfaktor bei der termingerechten Produktentwicklung des Konzerns bildet die Koordination eines internationalen Netzwerks mit in- und externen Entwicklungspartnern.

Neben klassischen Generika erweitert der STADA-Konzern kontinuierlich seine Produkt-Pipeline mit Spezialprojekten. Zu diesen gehören u.a. auch Biosimilar-Produkte, die in Kooperation mit hochspezialisierten Partnern entwickelt werden. STADA konzentriert sich aus Gründen der Risiko- und Kostenabwägung auf die Vermarktung. Biosimilars werden im Generika-Markt zukünftig eine immer wichtigere Rolle spielen, da biologische Therapeutika bereits heute einen hohen Anteil an den Kosten der einzelnen nationalen Gesundheitsmärkte ausmachen – und das mit steigender Tendenz. Biosimilars sind im Vergleich zum Erstanbieterprodukt eine qualitativ gleichwertige, aber preiswertere Alternative mit nachgewiesener therapeutischer Äquivalenz. Seit der Markteinführung des Epoetin-Produktes SILAPO® durch die STADA-Tochtergesellschaft cell pharm in 2008 gehört hierzu die mit der ungarischen Gedeon Richter geschlossene Lizenz- und Kooperationspartnerschaft zur Entwicklung und Vermarktung eines Rituximab-Biosimilars. Mit den Einlizenzierungen eines Filgrastim-Produkts der kanadischen Pharmafirma Apotex sowie eines Teriparatid-Produkts der deutschen Richter-Helm BioTec GmbH & Co. AG für den europäischen Markt konnte STADA ihr Engagement im Bereich Biosimilars im Oktober 2013 bzw. November 2014 sukzessive ausbauen. Das Filgrastim-Produkt Grastofil® wurde im 3. Quartal 2014 in den Markt eingeführt. Im November 2014 unterzeichnete STADA einen „Letter of Intent“ über die Einlizenzierung von Adalimumab mit dem Biotech-Spezialisten mAbxience. Schließlich schloss STADA am 6. August 2015 ein Lizenz- und Vertriebsabkommen zur nicht-exklusiven Vermarktung des Biosimilars Pegfilgrastim in Europa mit der Gedeon Richter PLC ab.

Der Markenproduktbereich genießt strategische Priorität, da er im Vergleich zum Generika-Segment in der Regel weniger regulatorischen Eingriffen unterliegt und sich entsprechend durch attraktivere Gewinnmargen auszeichnet. Unsere Mitarbeiter entwickeln Produkte, die eine gegenüber dem Wettbewerb differenzierende Positionierung und sukzessive Internationalisierung des Portfolios erlauben. Hierbei spielt das „Center of OTC Excellence“ der STADA Arzneimittel AG eine zentrale Rolle. Ziel ist die langfristige Pipeline- und Portfolioentwicklung in den Bereichen OTC und Dermatologie. Unterstützt wird dieses als Denkfabrik konzipierte Innovationszentrum der STADA Arzneimittel AG durch die Expertise der britischen STADA-Tochtergesellschaft Thornton & Ross.

In 2015 betragen die Entwicklungsaufwendungen im STADA-Konzern 65,0 Mio. € (Vorjahr: 56,9 Mio. €). Die Innovationskraft des Konzerns spiegelt sich in weltweit 578 Produkteinführungen in 2015 wider (Vorjahr: 626). Mehr als 1.300 laufende Zulassungsverfahren für über 150 pharmazeutische Wirkstoffe und Wirkstoffkombinationen für mehr als 55 Länder befanden sich zum 31.12.2015 im Zulassungsprozess.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiter der STADA AG haben mit ihrem Fachwissen, ihrer Erfahrung und ihrem Engagement sowie ihrer Vielfalt einen großen Anteil am langjährigen Erfolg. STADA verfolgt im Personalmanagement grundsätzlich eine langfristige Personalpolitik mit dem Ziel, die Beschäftigten optimal zu fördern und die besten Talente zu gewinnen und zu halten. STADA bietet jungen Menschen Praktika und verschiedene Ausbildungsberufe auf der pharmazeutischen Ebene an. Fortbildungen, Fremdsprachenförderung sowie fachspezifische Workshops und Seminare tragen zur Weiterentwicklung und zu einem aktuellen Wissensstand der Mitarbeiter in den einzelnen Fachbereichen bei.

Das Personalmanagement ist im STADA-Konzern dezentral organisiert, um den unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen an den Standorten gerecht zu werden. Diese sind, im Rahmen der Unternehmensrichtlinien, in vielen Bereichen der Personalpolitik weitgehend autonom. Weitere Hintergrundinformationen werden jährlich im Personal- und Sozialbericht auf der Website des Konzerns unter www.stada.de veröffentlicht.

Durch ein variables Vergütungssystem werden Mitarbeiter entsprechend den mit ihnen persönlich vereinbarten Leistungszielen und gemessen am Unternehmenserfolg belohnt. STADA-Mitarbeiter in Deutschland können im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsmodells jährlich eine Maximalanzahl von Aktien erwerben, was durch einen Zuschuss unterstützt wird.

Der Personalstand der STADA AG reduzierte sich maßgeblich auf Grund des Betriebsübergangs der Logistikaktivitäten auf den Dienstleister DHL im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 10,1% auf 918 Beschäftigte (Vorjahr: 1.021 Beschäftigte).

Umweltschutz und Sicherheit

Die STADA AG setzt sich grundsätzlich für Umweltschutz ein. Verfahren und Prozesse werden kontinuierlich verbessert, um Umweltbelastungen und Gesundheitsrisiken zu minimieren. Operativ wird der Verantwortung für Nachhaltigkeit, insbesondere in Bezug auf Umweltbelange, im Konzern über den gesetzlichen Rahmen hinausgehend, projektbezogen Rechnung getragen.

Auf Grund der Entwicklung von Generika als nach Umsatz größtem Geschäftssegment trägt STADA maßgeblich zu einer effizienten Gesundheitsversorgung bei. Auch das Markenproduktsegment entlastet auf Grund des hohen Selbstzahleranteils die Gesundheitssysteme in den einzelnen Ländern.

Als Gesundheitsunternehmen misst die STADA AG der Produktqualität und Produktsicherheit höchste Priorität zu. Dies betrifft gleichermaßen fertige Produkte, Rohstoffe, Serviceleistungen wie auch Arbeitsbedingungen. Die STADA AG hat dafür internationale Qualitätsmanagementsysteme wie Good-Manufacturing-Practice-Standards (GMP) oder ISO-Normen eingeführt.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

In 2015 blieb die weltweite wirtschaftliche Entwicklung gedämpft. Der graduelle Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in China, die stark rückläufigen Öl- und Rohstoffpreise sowie die geldpolitischen Entscheidungen der Notenbanken prägten die Finanzmärkte.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF)¹⁾ nahm die weltweite Wirtschaftsleistung in 2015 um 3,1% zu und lag damit um 0,3% unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Dabei näherten sich die Wachstumsraten der fortgeschrittenen Länder mit 1,9% und die Schwellenländer mit 4,0% leicht an. Diese Entwicklung unterstützt allgemein die Kaufkraft von Patienten, die in diesen Märkten als so genannte „Selbstzahler“ im Gesundheitsbereich agieren. Das BIP im Euro-Raum, in dem STADA in einzelnen Ländern führende Positionen im Generika- und Markenproduktmarkt (insbesondere OTC-Markt) einnimmt, profitierte von einem auflebenden privaten Konsum, niedrigeren Ölpreisen sowie einem günstigen Finanzierungsumfeld und konnte damit einen schwächelnden Export mehr als ausgleichen (+1,5%; +0,6% gegenüber Vorjahr). Im Heimatmarkt Deutschland sowie in Spanien, Frankreich und Italien entwickelte sich das BIP mit +1,5%, +3,2%, +1,1% bzw. +0,8% positiv. Das BIP-Wachstum im so genannten Emerging and Developing Europe²⁾ betrug 3,4%. Serbien³⁾ konnte dabei mit einem Wachstum von +0,5% den negativen Wachstumstrend des Vorjahres umkehren. Die so genannten CIS-Länder (Commonwealth of Independent States) rutschten mit einem BIP von -2,8% in eine tiefe Rezession, wobei insbesondere Russland mit -3,7% unter den deutlich rückläufigen Energiepreisen und den Sanktionen des Westens litt. Die damit einhergehende Liquiditätsverknappung und starke Abwertung der russischen Währung führten zu einer Dämpfung der Konsumentenstimmung bzw. des Endverbraucherhaltens. Die übrigen für STADA wichtigen Schwellenländer-Regionen ASEAN-5 bzw. Mittlerer Osten und Nordafrika verzeichneten mit 4,7% und 2,5% in 2015 ein erfreuliches Wachstum.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Der Gesundheits- und Pharmamarkt profitiert allgemein vom weltweiten Anstieg der Bevölkerung, der demographischen Entwicklung mit einer Überalterung der Gesellschaft und vom medizinischen Fortschritt. In 2015 verzeichneten die weltweiten Gesundheits- und Pharmamärkte weitere Zuwächse. So erhöhte sich der Umsatz des internationalen Pharmamarkts verglichen mit dem Vorjahr um ca. 8,9% auf ca. 987 Mrd. €⁴⁾. Der Umsatz des weltweiten Generika-Markts stieg in 2015 im Vorjahresvergleich um ca. 8,5% auf ca. 169,8 Mrd. €⁴⁾. Der Marktanteil von Generika am globalen Pharmamarkt betrug 17,2%⁴⁾. Zu den Treibern, aus denen der Sektor sein Wachstum bezieht, gehören kontinuierlich ablaufende Patentrechte. Zusätzlich ist die Generika-Penetration in manchen Ländern Europas, in denen STADA eine führende Position einnimmt, noch relativ niedrig und steigt voraussichtlich vor dem Hintergrund der Sparzwänge im Rahmen der Euro-Staatsschuldenkrise an. Allerdings werden diese Volumengewinne in einigen Märkten durch staatliche Eingriffe in das Preisgefüge teilweise wieder aufgezehrt. Auch in Deutschland wächst der Generika-Markt volumenmäßig. Diese Zunahme wird jedoch durch den intensiven Preiswettbewerb gemindert, insbesondere bei Ausschreibungen von Rabattverträgen der gesetzlichen Krankenkassen. Der deutsche Generika-Markt verzeichnete in Euro – bei Betrachtung der Listenpreise – in 2015 eine leichte Zunahme von 4,9%⁵⁾.

Der Umsatz des weltweiten OTC-Markts nahm im Vorjahresvergleich um ca. 7,8% auf 69,03 Mrd. € zu⁶⁾. Der Marktanteil von OTC-Produkten am globalen Pharmamarkt belief sich auf 7,7%⁶⁾. Der Markenproduktbereich ist kaum von staatlicher Preisregulation betroffen und wesentlich von Nachfrage und Kaufkraft so genannter „Selbstzahler“ sowie der eingesetzten Vermarktung abhängig. Das Segment kann allgemein von einer relativ freien Preisgestaltung profitieren. Ungeachtet dessen unterliegt das Markenprodukt-Portfolio saisonalen Schwankungen, die wesentlich durch Witterungseinflüsse beeinflusst werden (z.B. Erkältungsportfolio, Sonnenschutzmittel). Das Markenproduktsegment der STADA Arzneimittel AG in Deutschland zeigte auch deshalb in 2015 eine leicht rückläufige Entwicklung, was im Gegensatz zur positiven Entwicklung des Markts in Deutschland stand (+6,0%)⁵⁾.

1) International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook January 2016.

2) Inklusive Bulgarien, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, Serbien, Türkei und Ungarn.

3) International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook, October 2015.

4) IMS Market Prognosis, September 2015; IMS Market Prognosis Global, September 2015; IMS Syndicated Analytics Service (September) 2015; prepared for STADA February 2016.

5) IMS MIDAS (September) 2015. Daten basierend auf den STADA-Marktregionen.

6) IMS Market Prognosis, September 2015; IMS Market Prognosis Global, September 2015;

IMS Syndicated Analytics Service (September) 2015; prepared for STADA February 2016. IMS Midas (September) 2015.

Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Angesichts der relativ konjunkturunabhängigen Nachfrage im Gesundheitsmarkt haben die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Regel weniger direkte Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der STADA AG als das regulatorische Umfeld. Ungeachtet dessen wirkt sich die konjunkturelle Entwicklung in Form von Währungs- und Zinsvolatilitäten auf die Aktivitäten im Konzern aus, die im Wesentlichen über das Finanzergebnis und die Vergütung für strategische Leistungen Einfluss auf den Erfolg der STADA AG haben. STADA trifft kontinuierlich Vorkehrungen, um auf starke Schwankungen angemessen reagieren zu können.

Geschäftsverlauf

Der Umsatz hat sich in 2015 insgesamt im Einklang mit dem Prognosebericht 2014 entwickelt. Die Erlöse aus Warenlieferungen an Dritte profitierten von der Entscheidung, im deutschen Generikageschäft nur noch mit einer Tochtergesellschaft an den Ausschreibungen für Rabattverträge teilzunehmen. Neben dem Abbau von Redundanzen resultierte aus dieser Maßnahme unmittelbar ein verbesserter Produktmix mit geringeren Erlösschmälerungen in beiden Gesellschaften. Dieser positive Effekt konnte ein aus saisonalen Gründen leicht rückläufiges Markenproduktgeschäft mehr als ausgleichen. Konzerninterne Warenlieferungen inklusive der Vergütung strategischer Leistungen nahmen deutlich ab, so dass der Umsatz der STADA Arzneimittel AG insgesamt zurückging. Konzerninterne Warenlieferungen litten unter der gedämpften Endverbrauchernachfrage in den CIS-Staaten und hier insbesondere Russland. Vergütungen für strategische Leistungen wiederum wurden von rückläufigen Umsätzen in Belgien und Frankreich beeinflusst.

Der – ungeachtet des rückläufigen Umsatzes – deutliche Anstieg des Jahresüberschusses in 2015 um 77,2 Mio. € auf 49,8 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus höheren Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen und Beteiligungen sowie einem verbesserten Finanzierungsumfeld.

Zur Stärkung der mittel- und langfristigen Ertragsperspektive identifiziert und implementiert der STADA-Konzern kontinuierlich effizienzsteigernde Projekte. So entschied der Vorstand bereits in 2014, dass nur noch eine von bis dato zwei deutschen Tochtergesellschaften an den Ausschreibungen für Rabattverträge teilnimmt, was sich ungeachtet des weiterhin schwierigen Tendergeschäfts bereits in 2015 deutlich positiv auf die Ertragskraft ausgewirkt hat. Auch die Eröffnung eines neuen IT-Servicecenters in Serbien in 2013 ermöglicht der STADA AG ab 2015 jährliche Kosteneinsparungen von insgesamt 5 Mio. €. Zusätzlich gab STADA die deutschen Logistikaktivitäten an das weltweit führende Logistikunternehmen DHL ab, um sich auf sein Kerngeschäft zu fokussieren.

Der Investitionsfokus im Konzern bzw. der STADA AG richtet sich insbesondere auf den Ausbau und die Internationalisierung des margenstarken Markenproduktgeschäfts.

Lage | Ertragslage

in Mio. €	2015	2014
Umsatzerlöse	393,3	420,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	47,1	-25,5
Jahresüberschuss	49,8	-27,4

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Der Umsatz der STADA AG nahm in 2015 um 6,4% oder 26,9 Mio. € auf 393,3 Mio. € ab. Die Nettoerlöse aus Warenlieferungen an Dritte verbesserten sich substantiell, maßgeblich aufgrund einer Umsatzsteigerung im deutschen Generikasegment. Ungeachtet eines weiterhin schwierigen Tendergeschäfts führte die Entscheidung, nur noch mit einer deutschen Tochtergesellschaft für Rabattverträge zu bieten, zu einem verbesserten Produktmix mit geringeren Erlösschmälerungen in beiden Gesellschaften. Dem stand ein saisonal bedingt leicht rückläufiges Markenproduktgeschäft gegenüber. Konzerninterne Umsatzerlöse inklusive strategischer Leistungen lagen deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Bereinigt um Währungsdifferenzen hatte der Saldo von sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen einen negativen Effekt von 145,8 Mio. €. Sonstige betriebliche Aufwendungen stiegen bereinigt um Kursaufwendungen u.a. aufgrund von höheren Fremdleistungen um 23,7 Mio. € an, die an anderer Stelle die Realisierung von Kostensynergien ermöglichten. Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen bereinigt um Kurserträge um 6,3 Mio. € zu.

Der Materialaufwand entwickelte sich im Einklang mit dem Umsatz rückläufig (-10,6%). Der reduzierte Personalaufwand (-2%) wurde durch den Betriebsübergang der Logistikaktivitäten auf den Dienstleister DHL geprägt. Die Abnahme der Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen um 7,1 Mio. € hatte einen positiven Effekt. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um außerplanmäßige Abschreibungen auf Zulassungen und Marken sowie Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von insgesamt 31,2 Mio. €. Maßgeblich dafür verantwortlich war die Eintrübung der wirtschaftlichen Situation in der Region CIS, die sich insbesondere in den Währungsrelationen, den Zinssätzen und den Länderrisiken abzeichnet. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen nahmen gegenläufig um 5,8 Mio. € zu. Hier spielten Abschreibungen auf ein französisches Tochterunternehmen vor dem Hintergrund eines schwierigen Marktumfelds eine maßgebliche Rolle.

Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen verbesserten sich um 75,0 Mio. € auf 122,2 Mio. €. Sowohl Erträge aus Gewinnabführungsverträgen als Folge einer guten Performance insbesondere eines deutschen Tochterunternehmens (61,9 Mio. €, +37,2 Mio. €) als auch Erträge aus Beteiligungen infolge höherer Dividenden aus verbundenen Unternehmen maßgeblich aus den Niederlanden und Spanien (60,3 Mio. €, +37,8 Mio. €) zeigten eine deutliche Steigerung. Auch Zinserträge und -aufwendungen hatten im Saldo einen substantiell positiven Effekt von 29,5 Mio. €. Dieser Effekt resultierte aus höheren Zinsen und ähnlichen Erträgen hauptsächlich aus verbundenen Unternehmen (+15,5 Mio. €) bei gleichzeitig reduzierten Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (-13,9 Mio. €) durch höhere Tilgungen von Schuldscheindarlehen und insbesondere der Anleihe sowie eine günstigere Refinanzierung. Erträge aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen blieben mit 35,6 Mio. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. In der Summe nahm das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit deutlich um 72,6 Mio. € auf 47,1 Mio. € in 2015 zu.

Jahresüberschuss

Der außerordentliche Aufwand war um 1,9 Mio. € rückläufig. Im Vorjahr kam es auf Grund der Auslagerung der Pensionsverpflichtung des Vorstandsvorsitzenden und sonstiger damit zusammenhängender Effekte noch zu einem außerordentlichen Aufwand in Höhe von 2,0 Mio. €. Nach einem Steuerertrag von insgesamt 2,8 Mio. €, der überwiegend aus periodenfremden Steuern bedingt durch den Abschluss einer steuerlichen Außenprüfung stammt, beträgt der Jahresüberschuss 49,8 Mio. € (Vorjahr: -27,4 Mio. €).

Lage | Vermögenslage

in Mio. €	2015	2014
Anlagevermögen	2.261,7	2.302,9
Umlaufvermögen	468,5	365,7
Eigenkapital	891,4	853,3
Rückstellungen	125,7	154,6
Verbindlichkeiten	1.718,0	1.664,8

Die Bilanzsumme lag mit 2.735,1 Mio. € in 2015 um 2,3% leicht über dem Vorjahresniveau.

Das Anlagevermögen reduzierte sich insgesamt um 41,2 Mio. €. Die Abnahme der immateriellen Vermögensgegenstände (-43,7 Mio. €) sowie der Sachanlagen (-3,0 Mio. €) konnte nicht durch eine leichte Erhöhung der Finanzanlagen (+5,5 Mio. €) ausgeglichen werden. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen verringerte sich die Summe der entgeltlich erworbenen Konzessionen und Schutzrechte insbesondere durch einen höheren Abschreibungsbedarf um 38,8 Mio. €. Der Geschäfts- oder Firmenwert nahm durch planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen um 23,3 Mio. € ab. Bei den Finanzanlagen haben sich neben den Anteilen an verbundenen Unternehmen (-8,3 Mio. €) die Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis verringert (-3,3 Mio. €), während sich die Ausleihungen an verbundene Unternehmen (+14,8 Mio. €) und der Beteiligungswert an assoziierten Unternehmen gegenläufig erhöhten (+2,2 Mio. €). Ausleihungen an verbundene Unternehmen dienten im Wesentlichen der Finanzierung von Akquisitionen in der Marktregion Zentraleuropa.

Das Umlaufvermögen nahm deutlich um 102,8 Mio. € zu. Im Wesentlichen ist dieser Effekt auf gestiegene Forderungen gegen verbundene Unternehmen und sonstige Vermögensgegenstände zurückzuführen. Während insbesondere auf Grund von Steuererstattungen die sonstigen Vermögensgegenstände zurückgingen (-11,1 Mio. €), nahmen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 164,1 Mio. € zu. Diese ergaben sich aus der kurzfristigen Darlehensvergabe an Tochterunternehmen. Gegenläufig gingen sowohl der Kassenbestand (-44,7 Mio. €) als auch die Vorräte (-4,9 Mio. €) zurück, die von einem Projekt zur Bestandsoptimierung profitierten.

Das Eigenkapital stieg um 38,1 Mio. € deutlich an, maßgeblich bedingt durch den Jahresüberschuss von 49,8 Mio. € sowie die Ausübung von Aktienoptionen im Jahr 2015 und die daraus resultierende Veränderung des Grundkapitals (+4,5 Mio. €) und der Kapitalrücklage (+23,8 Mio. €). Die Auszahlung der Dividende für 2014 betrug 40,0 Mio. €. Die Eigenkapitalquote blieb mit 32,6% im Vergleich zum Vorjahr stabil.

Rückstellungen nahmen im Wesentlichen als Folge der Verlagerung des deutschen Rabattgeschäfts auf eine Tochtergesellschaft um 28,9 Mio. € auf 125,7 Mio. € ab.

Die Summe der Verbindlichkeiten nahm um 53,2 Mio. € zu. Maßgeblich dafür verantwortlich war der deutliche Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 71,8 Mio. €, der insbesondere aus einem Anstieg der Cashpool-Verbindlichkeiten resultierte. Vor dem Hintergrund der Emission einer Unternehmensanleihe in 2015 zum Nominalwert von 300 Mio. €, die eine auslaufende Anleihe im Nominalwert von 350 Mio. € ersetzte, gingen die Verbindlichkeiten für Anleihen um 50 Mio. € zurück, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 20,4 Mio. € gegenläufig anstiegen. Kaum Veränderungen ergaben sich bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+3,1 Mio. €) und den sonstigen Verbindlichkeiten (-1,1 Mio. €). Neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Vermögen nutzt die STADA AG nicht bilanzierte Vermögensgegenstände. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um geleaste oder gemietete Gegenstände im üblichen Rahmen, wie z.B. Firmenfahrzeuge und angemietete Gebäudeflächen. Als außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente nutzt die STADA AG vor allem Factoring.

Lage | Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug in 2015 32,2 Mio. € (Vorjahr: 237,0 Mio. €). Dieser Rückgang ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine starke Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 164,1 Mio. €. Die Rückstellungen nahmen um 28,9 Mio. € ab (Vorjahr: -33,2 Mio. €), insbesondere als Folge der Verlagerung des deutschen Rabattgeschäfts auf eine Tochtergesellschaft.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit betrug in 2015 -37,7 Mio. € (Vorjahr: -48,1 Mio. €) und resultierte vor allem aus Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und einer Aufstockung der Ausleihungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Aus dem konzerninternen Verkauf immaterieller Vermögensgegenstände resultierten Einzahlungen von 21,5 Mio. €. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug -39,2 Mio. € (Vorjahr: -145,8 Mio. €). Im Wesentlichen wurde das Ergebnis durch den Anstieg kurzfristiger Verbindlichkeiten für die Finanzierung konzerninterner Darlehen und die Auszahlung für Anleihen (-50 Mio. €) beeinflusst. Einer Kapitalerhöhung wegen Ausübung von Optionsscheinen von 28,3 Mio. € standen Auszahlungen von Dividenden (-40 Mio. €) gegenüber. Die Nettoveränderung von Finanzverbindlichkeiten betrug +53,2 Mio. € und nahm damit deutlich gegenüber dem Vorjahr zu (Vorjahr: -46,4 Mio. €).

Durch die beschriebenen Cashflows nahm der Finanzmittelfonds von 50,3 Mio. € auf 5,6 Mio. € ab. Oberstes Ziel des Finanzmanagements ist es, die Liquidität zu jedem Zeitpunkt zu sichern und die mit der Finanzierung verbundenen Risiken zu begrenzen. Die mittel- bis langfristige Fremdkapitalfinanzierung ist kapitalmarktorientiert und beruht im Wesentlichen auf zwei Unternehmensanleihen in Euro mit Laufzeit 2018 und 2022 und Schuldscheindarlehen mit Fälligkeiten bis in das Jahr 2020. Ziel ist ein balanciertes Fälligkeitsprofil mit diversifizierter Investorenbasis und optimierten Finanzierungsbedingungen. Der durchschnittliche kapitalgewichtete Zinssatz über die zinstragenden Finanzverbindlichkeiten der STADA AG lag zum 31.12.2015 bei 2,29%.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr verzeichnete die STADA AG insgesamt eine Geschäftsentwicklung, die den im Prognosebericht 2014 veröffentlichten Ausblick für den Jahresüberschuss übertraf.

Die Umsatzerlöse lagen mit einem Rückgang um 6,4% auf 393,3 Mio. € insgesamt im Rahmen der Prognose. Positive Effekte aus der guten Performance der deutschen Tochtergesellschaften konnten aber rückläufige – durch die herausfordernde wirtschaftliche Lage in Russland und rückläufige Umsätze in Belgien und Frankreich beeinflusste – Erträge aus konzerninternen Umsatzerlösen inklusive strategischer Leistungen nicht vollständig ausgleichen. Die herausfordernde wirtschaftliche Lage in der Region CIS wirkte sich durch einen Abschreibungsbedarf von immateriellen Vermögensgegenständen negativ aus. Maßgeblicher Einfluss auf die Steigerung des Ergebnisses aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ergab sich aus einem markanten Anstieg der Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen insbesondere in deutschen bzw. zentraleuropäischen Tochterunternehmen (+75,0 Mio. €) sowie aus einem im Saldo deutlich verbesserten Zinsergebnis (+29,5 Mio. €).

Als Folge dieser Entwicklungen stieg das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -25,5 Mio. € in 2014 auf 47,1 Mio. € in 2015. Bei nur minimalem außerordentlichem Aufwand und einem Steuerertrag von insgesamt 2,8 Mio. € lag der Jahresüberschuss mit 49,8 Mio. € (+77,2 Mio. €) über der im Lagebericht 2014 gegebenen Prognose für 2015 (leichter Anstieg).

Das im Geschäftsjahr 2015 erzielte Ergebnis der STADA AG basiert damit auf strukturellen Verbesserungen und einem verstärkten Fokus des Geschäftsmodells auf Markenprodukte mit langfristigem Wachstumspotenzial und begrenzter staatlicher Regulation. Dieser strategische Fahrplan wird sich nachhaltig unterstützend auf die Profitabilität der STADA Arzneimittel AG auswirken. Indirekt profitiert die STADA AG von Erträgen aus Beteiligungen, deren Fokus auf Marktregionen mit ebenfalls langfristigem Wachstumspotenzial gerichtet ist. Momentan wird diese Entwicklung aber durch die herausfordernde wirtschaftliche Lage in der Region CIS überschattet, die sich direkt oder indirekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der STADA Arzneimittel AG auswirken kann.

VERGÜTUNGSBERICHT

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die auf die Festsetzung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands der STADA Arzneimittel AG Anwendung finden, und erläutert die Struktur sowie die Höhe der Vergütung der Vorstandsmitglieder.

Im ersten Teil des Berichts werden das im Geschäftsjahr 2015 geltende Vorstandsvergütungssystem und die Vergütung der Mitglieder des Vorstands sowohl nach den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen des deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB) und der deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) als auch nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) dargestellt. Anschließend wird das ab 01.01.2016 geltende neugestaltete Vorstandsvergütungssystem erläutert, das der ordentlichen Hauptversammlung am 09.06.2016 zur Billigung vorgelegt werden soll.

Der Bericht schließt mit einer Darstellung der für das Geschäftsjahr 2015 gewährten Vergütung des Aufsichtsrats sowie der Vergütung des Beirats.

Vergütung des Vorstands

Vorstandsvergütungssystem im Geschäftsjahr 2015

Der Gesamtaufsichtsrat legt das Vergütungssystem für den Vorstand und die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder auf Vorschlag des Personalausschusses fest und überprüft es regelmäßig. Das im Geschäftsjahr 2015 geltende Vorstandsvergütungssystem hatte der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 in Übereinstimmung mit den Neuregelungen des am 05.08.2009 in Kraft getretenen Gesetzes über die Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) beschlossen. Dieses System billigte die STADA-Hauptversammlung gemäß § 120 Abs. 4 AktG am 16.06.2011.

Grundsätze der Vergütung des Vorstands

Zielsetzung des Vergütungssystems für den Vorstand ist es, die Mitglieder des Vorstands an der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens entsprechend ihren persönlichen Aufgaben und Leistungen, der Gesamtleistung des Vorstands sowie den Erfolgen bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds angemessen teilhaben zu lassen.

Die Vergütung des Vorstands ist im Rahmen des Vergütungssystems in ihrer Gesamtheit leistungsorientiert und so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit Anreize für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit in einem dynamischen Umfeld bietet.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich im Rahmen des Vergütungssystems aus einer erfolgsunabhängigen Vergütung und einer erfolgsabhängigen Vergütung zusammen. Die erfolgsabhängige Vergütung umfasst einen variablen Jahresbonus (einjährige variable Vergütung) und eine variable Langzeitsondervergütung (mehrjährige variable Vergütung). Aktienoptionspläne oder sonstige vergleichbare Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung bestehen nicht.

Erfolgsunabhängige Komponente

Im Geschäftsjahr 2015 bestand die erfolgsunabhängige Vergütung aus einem fest vereinbarten und in zwölf gleichen monatlichen Raten ausbezahlten Grundgehalt. Dieses Jahresfestgehalt wurde bei Abschluss der jeweiligen Vorstandsanstellungsverträge gemäß den aktienrechtlichen Anforderungen unter Beachtung der marktüblichen Vergütungen festgelegt.

Sonstige Bezüge erhielten die Mitglieder des Vorstands in Form von Nebenleistungen, die im Wesentlichen aus der Privatnutzung eines Dienstwagens, Zuschüssen zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Versicherungsleistungen (u.a. Unfallversicherung) bestanden.

Im Rahmen der Vergütungsstruktur waren unter Einhaltung der Regeln des Gesetzes über die Angemessenheit der Vorstandsvergütung grundsätzlich auch einzelvertragliche Zusagen über weitere erfolgsunabhängige Vergütungskomponenten gegenüber einzelnen Vorstandsmitgliedern möglich, z.B. Pensionszusagen oder Zusagen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit.

Erfolgsabhängige Komponente

Die erfolgsabhängige Vergütung war in der bis zum Geschäftsjahr 2015 geltenden Vergütungsstruktur für alle Vorstandsmitglieder gleichartig strukturiert, differierte jedoch auf Grund einzelvertraglicher Vereinbarungen in ihrem Anteil an der Gesamtzielvergütung und der Höhe für die einzelnen Vorstandsmitglieder.¹⁾

Die erfolgsabhängige Vergütung bestand dabei in der bis zum Geschäftsjahr 2015 geltenden Vergütungsstruktur bei jedem Vorstandsmitglied aus folgenden Komponenten:

- dem variablen Jahresbonus, der sich aus einer erfolgsabhängigen und einer leistungsabhängigen Bonuskomponente zusammensetzte und für den eine Obergrenze vereinbart war. Während sich die erfolgsabhängige Bonuskomponente dieses variablen Jahresbonus am bereinigten EBITDA des Konzerns im jeweiligen Geschäftsjahr orientierte, honorierte die leistungsabhängige Bonuskomponente des variablen Jahresbonus das Erreichen von spezifischen, im Voraus schriftlich festgelegten Zielen, die mit jedem einzelnen Vorstandsmitglied für das jeweilige Geschäftsjahr individuell vereinbart worden waren (persönliche Zielvereinbarung).
- der variablen Langzeitsondervergütung, auf die von der Gesellschaft bei Erreichen von einzelvertraglich fest vereinbarten jährlichen Zwischenzielen definierte jährliche Abschlagszahlungen zu leisten waren und die insgesamt auf den Geschäftserfolg des Konzerns in einem definierten Zieljahr abzielte. Das dabei einzelvertraglich zu Grunde gelegte Langzeitziel wie auch die jährlichen Zwischenziele waren auf ein unter den für den Betrachtungszeitraum angenommenen Rahmenbedingungen herausforderndes bereinigtes EBITDA des Konzerns abgestellt; das Zieljahr für die variable Langzeitsondervergütung sollte dabei in der Regel frühestens das dritte volle Geschäftsjahr nach Vertragsbeginn des jeweiligen Vorstandsvertrags sein. Wird das vereinbarte Langzeitziel für die variable Langzeitsondervergütung unter Berücksichtigung des vereinbarten Korridors eines Zielerreichungsgrads nicht erreicht, steht der Gesellschaft bei Nichterreichen der Zwischenziele des vereinbarten Korridors ein Rückzahlungsanspruch der geleisteten Abschlagszahlungen zu. Auch für die variable Langzeitsondervergütung war eine Obergrenze vereinbart worden.

Die bis zum Bilanzstichtag geltenden Vorstandsverträge der amtierenden Vorstandsmitglieder entsprachen diesem Vergütungssystem.

In der konkreten Ausgestaltung der Vorstandsverträge der amtierenden Vorstandsmitglieder lehnten sich sowohl das Langzeitziel für die variable Langzeitsondervergütung als auch die jeweiligen Zwischenziele für alle drei Vorstandsmitglieder jeweils zunächst an die im Geschäftsjahr 2010 publizierten Langzeitziele des Konzerns für das bereinigte EBITDA im Geschäftsjahr 2014 sowie an ein jeweils steigendes bereinigtes EBITDA in den Folgegeschäftsjahren an.

¹⁾ Vgl. hierzu die Aufschlüsselung in den nachfolgenden Tabellen nach dem DCGK.

Darstellung der Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2015

Die Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2015 wird nachfolgend nach zwei unterschiedlichen Regelwerken gesondert dargestellt: zum einen nach den Maßgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex, zum anderen nach dem anzuwendenden Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 (DRS 17).

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2015 nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (Mustertabellen)

Die nachfolgende Darstellung der im Geschäftsjahr 2015 gewährten sowie zugeflossenen Vorstandsvergütung erfolgt gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 05.05.2015.

Die für die mehrjährige variable Vergütungskomponente (Langzeitsondervergütung) gewährten Zuwendungen sind hierbei anhand der Zielgröße eines mittleren Wahrscheinlichkeitsszenarios anzugeben. Dieser Wert wird als ratierlicher Wert gemäß der festgeschriebenen Laufzeit der Langzeitsonderziele auf Jahresbasis des jeweiligen Geschäftsjahres berichtet. Der nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex zu berichtende Zufluss stellt den Zufluss für das jeweilige Geschäftsjahr dar – unabhängig von dem genauen Zeitpunkt des tatsächlichen Zahlungszuflusses.

Die **Vergütung** der einzelnen im Geschäftsjahr 2015 tätigen Vorstandsmitglieder stellt sich nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex wie folgt dar:

in T €	Hartmut Retzlaff, CEO (Vorstandsvorsitzender seit 1993)					
	Gewährte Zuwendungen				Zufluss	
	2015	2014	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2015	2014
Festvergütung	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Nebenleistungen	35	142	35	35	35	142
Summe	2.035	2.142	2.035	2.035	2.035	2.142
Einjährige variable Vergütung	589	848	0	850	589	848
Mehrjährige variable Vergütung						
• Langzeitziele 2014	-	1.244	-	-	-	1.727
• Langzeitziele 2016	971	-	0	1.323	0 ¹⁾	-
Sonstiges	-	-	-	-	-	-
Summe	1.560	2.092	0	2.173	589	2.575
Versorgungsaufwand	-	-17.603	-	-	-	-17.603
Gesamtvergütung	3.595	-13.369	2.035	4.208	2.624	-12.886

Die Zuwendungen an den Vorstandsvorsitzenden aus der mehrjährigen variablen Vergütung „**Langzeitziele 2014**“ betragen insgesamt 4.146 T € und wurden für einen Zeitraum von 40 Monaten gewährt (01.09.2011 bis 31.12.2014). Bei einer ratierlichen Darstellung gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex ergab sich für das **Geschäftsjahr 2014** eine aus den Langzeitzielen 2014 gewährte **Zuwendung** in Höhe von 1.244 T € (dies entspricht einem Betrag von 12/40). Das Geschäftsjahr 2014 entsprach dem Zieljahr der „Langzeitziele 2014“ und sowohl die jeweiligen Zwischenziele in den Vorjahren als auch das Langzeitziel 2014 wurden erreicht.

¹⁾ Ein etwaiger Auszahlungsbetrag nach Endabrechnung der Langzeitziele 2016 wird im Geschäftsbericht 2016 ausgewiesen.

Nach den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex war für das **Geschäftsjahr 2014** ein **Zufluss** von 1.727 T € an den Vorstandsvorsitzenden aus den Langzeitzielen 2014 auszuweisen. Dieser Betrag entspricht der Differenz zwischen (1.) der mit Blick auf die Erreichung der „Langzeitziele 2014“ für den relevanten 40-Monats-Zeitraum insgesamt gewährten Langzeitsondervergütung von 4.146 T € abzüglich (2.) der vertraglich vereinbarten Abschlagszahlungen nach Erreichen der jeweiligen Zwischenziele in den vorherigen Geschäftsjahren in Höhe von jeweils 806 T €.

Für die nach Ablauf des Geschäftsjahres 2014 verbleibende restliche Laufzeit des bisherigen Anstellungsvertrags von Hartmut Retzlaff bis 31.08.2016 (d.h. für 20 Monate) wurden die Ziele für die variable Sondervergütung mit gegenüber dem Langzeitziel 2014 stetig ansteigenden bereinigten EBITDAs als Zwischenziel für 2015 sowie als Langzeitziel für das Zieljahr 2016 fortgeschrieben, so genannte „**Langzeitziele 2016**“.

Bezogen auf den gesamten Zeitraum von 20 Monaten belaufen sich die Zuwendungen aus der variablen Sondervergütung „Langzeitziele 2016“ insgesamt voraussichtlich auf 1.618 T €. Für das **Geschäftsjahr 2015** war daher bei einer ratierlichen Darstellung gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex eine **Zuwendung** aus den Langzeitzielen 2016 in Höhe von 971 T € auszuweisen (dies entspricht einem Betrag von 12/20).¹⁾

Als **Versorgungsaufwand** des Vorstandsvorsitzenden für das Geschäftsjahr 2014 ergab sich auf Grund der erfolgten Planänderung und der sich hieraus ergebenden Veränderungen im Vergleich zu den Leistungen gemäß dem vorherigen Versorgungsplan ein Ertrag aus nachzuerrechnendem Dienstaufwand in Höhe von 17,6 Mio. €. Darüber hinaus entstanden ein Aufwand aus Verwaltungskosten für den Versorgungsplan in Höhe von 0,7 Mio. € und ein Aufwand aus der Anpassung des Planvermögens in Höhe von 1,0 Mio. €. Saldiert ergab sich für den Konzern ein Ertrag von 15,9 Mio. €, der in den allgemeinen Verwaltungskosten erfasst wurde und sowohl als (negative) Zuwendung als auch als (negativer) Zufluss für 2014 unter den Versorgungsaufwendungen des Vorstandsvorsitzenden ausgewiesen wurde.

in T €	Helmut Kraft, Vorstand Finanzen (im Vorstand seit 01/2010)					
	Gewährte Zuwendungen				Zufluss	
	2015	2014	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2015	2014
Festvergütung	800	750	800	800	800	750
Nebenleistungen	30	26	30	30	30	26
Summe	830	776	830	830	830	776
Einjährige variable Vergütung	350	399	0	350	350	399
Mehrfjährige variable Vergütung						
• Langzeitziele 2014	-	315	-	-	-	832
• Langzeitziele 2018	303	-	0	360	0 ²⁾	-
Sonstiges	-	-	-	-	-	-
Summe	653	714	0	710	350	1.231
Versorgungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Gesamtvergütung	1.483	1.490	830	1.540	1.180	2.007

1) Mit der Verlängerung der Bestellung von Hartmut Retzlaff als Vorstandsvorsitzenden um weitere fünf Jahre bis zum 31.08.2021 (vgl. Pressemitteilung der Gesellschaft vom 08.09.2015) wurde durch einen neuen Vorstandsstellungsvertrag das Dienstverhältnis mit Wirkung ab 01.01.2016 neu geregelt. Die Regelungen im bisherigen Anstellungsvertrag, der noch bis 31.08.2016 gelaufen wäre, wurden durch den neuen Vertrag beendet bzw. ersetzt. Die nach dem alten Vertrag auf den Zeitraum vom 01.01.2015 bis 31.08.2016 bezogene Langzeitsondervergütung wird entsprechend nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 als dem Zieljahr der „Langzeitziele 2016“ noch auf Basis der tatsächlichen Zielerreichung ermittelt, jedoch nur noch für den auf den Zeitraum von 01.01.2015 bis 31.12.2015 entfallenden anteiligen Betrag von 12/20 gewährt.

2) Ein etwaiger Zahlungsbetrag nach Endabrechnung der Langzeitziele 2018 wird im Geschäftsbericht 2018 ausgewiesen.

Die Zuwendungen an Helmut Kraft aus der mehrjährigen variablen Vergütung „Langzeitziele 2014“ betragen insgesamt 1.575 T € und wurden für einen Zeitraum von 60 Monaten gewährt, entsprechend seiner damaligen Vertragslaufzeit (01.01.2010 bis 31.12.2014). Bei einer ratierlichen Darstellung gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex ergab sich für das **Geschäftsjahr 2014** eine aus den Langzeitzielen 2014 gewährte **Zuwendung** in Höhe von 315 T € (dies entspricht einem Betrag von 12/60). Das Geschäftsjahr 2014 entsprach dem Zieljahr der „Langzeitziele 2014“ und sowohl die jeweiligen Zwischenziele in den Vorjahren als auch das Langzeitziel 2014 wurden erreicht.

Nach den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex war für das **Geschäftsjahr 2014** ein **Zufluss** von 832 T € aus den Langzeitzielen 2014 auszuweisen. Dieser Betrag entspricht der Differenz zwischen (1.) der mit Blick auf die Erreichung der „Langzeitziele 2014“ für den relevanten 60-Monats-Zeitraum insgesamt gewährten Langzeitsondervergütung von 1.575 T € abzüglich (2.) der vertraglich vereinbarten Abschlagszahlungen nach Erreichen der jeweiligen Zwischenziele in den vorherigen Geschäftsjahren von insgesamt 743 T €.

Der Vorstandsvertrag von Helmut Kraft wurde am 17.01.2014 mit Wirkung ab dem 01.01.2015 bis zum 31.12.2018 verlängert.¹⁾ Im Zuge dessen wurden für die mehrjährige variable Vergütung neue Langzeitziele (so genannte „Langzeitziele 2018“) mit entsprechenden jährlichen Zwischenzielen festgelegt, bei denen jeweils auf ein gegenüber dem Langzeitziel 2014 stetig ansteigendes bereinigtes EBITDA des Konzerns abgestellt wurde.

Bezogen auf den gesamten Vertragszeitraum von 48 Monaten belaufen sich die Zuwendungen für die variable Sondervergütung „Langzeitziele 2018“ insgesamt voraussichtlich auf 1.214 T €. Für das **Geschäftsjahr 2015** war daher bei einer ratierlichen Darstellung gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex eine **Zuwendung** aus den Langzeitzielen 2018 in Höhe von 303 T € auszuweisen (dies entspricht einem Betrag von 12/48).²⁾

Dr. Matthias Wiedenfels, Vorstand Unternehmensentwicklung & Zentrale Dienste (im Vorstand seit 05/2013)						
in T €	Gewährte Zuwendungen				Zufluss	
	2015	2014	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2015	2014
Festvergütung	750	750	750	750	750	750
Nebenleistungen	33	27	33	33	33	27
Summe	783	777	783	783	783	777
Einjährige variable Vergütung	350	300	0	350	350	300
Mehrfjährige variable Vergütung						
• Langzeitziele 2016	394	394	0	495	0 ³⁾	200
Sonstiges	-	-	-	-	-	-
Summe	744	694	0	845	350	500
Versorgungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Gesamtvergütung	1.527	1.471	783	1.628	1.133	1.277

1) Vgl. Pressemitteilung der Gesellschaft vom 17.01.2014.

2) Mit der Verlängerung der Bestellung von Helmut Kraft als Vorstandsmitglied bis zum 31.12.2019 (vgl. Pressemitteilung der Gesellschaft vom 11.11.2015) wurde durch einen neuen Vorstandsanstellungsvertrag das Dienstverhältnis mit Wirkung ab 01.01.2016 neu geregelt. Die Regelungen im bisherigen Anstellungsvertrag, der noch bis 31.12.2018 gelaufen wäre, wurden durch den neuen Vertrag beendet bzw. ersetzt. Die nach dem alten Vertrag auf den Zeitraum vom 01.01.2015 bis 31.12.2018 bezogene Langzeitsondervergütung wird entsprechend nach Abschluss des Geschäftsjahres 2018 als dem Zieljahr der „Langzeitziele 2018“ noch auf Basis der tatsächlichen Zielerreichung ermittelt, jedoch nur noch für den auf den Zeitraum von 01.01.2015 bis 31.12.2015 entfallenden anteiligen Betrag von 12/48 gewährt.

3) Ein etwaiger Auszahlungsbetrag nach Endabrechnung der Langzeitziele 2016 wird im Geschäftsbericht 2016 ausgewiesen.

Die Zuwendungen an Dr. Matthias Wiedenfels aus der mehrjährigen variablen Vergütung „Langzeitziele 2016“ betragen insgesamt voraussichtlich 1.445 T € und beziehen sich auf einen Zeitraum von 44 Monaten, entsprechend der Vertragslaufzeit seines bisherigen Anstellungsvertrags (03.05.2013 bis 31.12.2016). Bei einer ratierlichen Darstellung gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex ergab sich für das **Geschäftsjahr 2014** eine aus den Langzeitzielen 2016 gewährte **Zuwendung** in Höhe von 394 T € (dies entspricht einem Betrag von 12/44).

Nach den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex war für das **Geschäftsjahr 2014** ein **Zufluss** von 200 T € aus den Langzeitzielen 2016 auszuweisen. Dieser Betrag entspricht der vertraglich vereinbarten Abschlagszahlung nach Erreichen des entsprechenden Zwischenziels für das Geschäftsjahr 2014.

Die Zuwendungen für die variable Sondervergütung „Langzeitziele 2016“ betragen unverändert insgesamt voraussichtlich 1.445 T € und beziehen sich auf einen Zeitraum von 44 Monaten. Für das **Geschäftsjahr 2015** war bei einer ratierlichen Darstellung gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex eine **Zuwendung** aus den Langzeitzielen 2016 in Höhe von 394 T € auszuweisen (dies entspricht einem Betrag von 12/44).¹⁾

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2015 nach Maßgabe des DRS 17

Die nachfolgende Darstellung der im Geschäftsjahr 2015 gewährten Vergütungen an Vorstandsmitglieder erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des DRS 17. Anders als nach den soeben dargestellten Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex erfolgt der Ausweis der Zuwendungen für mehrjährige variable Vergütungskomponenten nach DRS 17 vollständig im Jahr der endgültigen Zielerreichung und nicht auf ratierlicher Basis. Erfolgt eine Auszahlung vor dem Jahr der endgültigen Zielerreichung (z.B. als Abschlagszahlung), ist der betreffende Betrag im Jahr der Auszahlung als Vorschuss anzugeben.

Die **Vergütung** der einzelnen im Geschäftsjahr 2015 tätigen Vorstandsmitglieder stellt sich nach Maßgabe des DRS 17 demnach wie folgt dar:

in T €	Hartmut Retzlaff, CEO (Vorstandsvorsitzender seit 1993)	
	Gewährte Zuwendungen	
	2015	2014
Festvergütung	2.000	2.000
Nebenleistungen	35	142
Summe	2.035	2.142
Einjährige variable Vergütung	589	848
Mehrjährige variable Vergütung		
• Langzeitziele 2014	-	4.146
• Langzeitziele 2016	-	-
Sonstiges	-	-
Summe	589	4.994
Versorgungsaufwand	-	-17.603
Gesamtvergütung	2.624	-10.467

¹⁾ Mit der Verlängerung der Bestellung von Dr. Matthias Wiedenfels als Vorstandsmitglied bis zum 31.12.2020 (vgl. Pressemitteilung der Gesellschaft vom 08.01.2016) wurde durch einen neuen Vorstandsanstellungsvertrag das Dienstverhältnis mit Wirkung ab 01.01.2016 neu geregelt. Die Regelungen im bisherigen Anstellungsvertrag, der noch bis 31.12.2016 gelaufen wäre, wurden durch den neuen Vertrag beendet bzw. ersetzt. Die nach dem alten Vertrag auf den Zeitraum vom 03.05.2013 bis 31.12.2016 bezogene Langzeitsondervergütung wird entsprechend nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 als dem Zieljahr der „Langzeitziele 2016“ noch auf Basis der tatsächlichen Zielerreichung ermittelt, jedoch nur noch für den auf den Zeitraum vom 03.05.2013 bis 31.12.2015 entfallenden anteiligen Betrag von 32/44 gewährt.

Da das Geschäftsjahr 2014 dem im Rahmen der Langzeitziele 2014 definierten Zieljahr entsprach, wurden die an den Vorstandsvorsitzenden aus der Langzeitsondervergütung 2014 gewährten Zuwendungen vollständig im Geschäftsjahr 2014 ausgewiesen. Hierin enthalten waren dementsprechend auch die vertraglich vereinbarten Abschlagszahlungen auf die Langzeitsondervergütung in Höhe von jeweils 806 T € nach Erreichen der jeweiligen Zwischenziele in den Vorjahren.

Das definierte Zieljahr für die mehrjährige variable Vergütung „Langzeitziele 2016“ liegt im Geschäftsjahr 2016, weshalb die Zuwendungen für diese Vergütungskomponente gemäß DRS 17 dann vollständig im Bericht für das Geschäftsjahr 2016 auszuweisen sind.

		Helmut Kraft, Vorstand Finanzen (im Vorstand seit 01/2010)	
		Gewährte Zuwendungen	
in T €		2015	2014
Festvergütung		800	750
Nebenleistungen		30	26
Summe		830	776
Einjährige variable Vergütung		350	399
Mehrjährige variable Vergütung			
• Langzeitziele 2014		-	1.575
• Langzeitziele 2018		-	-
Sonstiges		-	-
Summe		350	1.974
Versorgungsaufwand		-	-
Gesamtvergütung		1.180	2.750

Da das Geschäftsjahr 2014 dem im Rahmen der Langzeitziele 2014 definierten Zieljahr entsprach, wurden die an Helmut Kraft aus der Langzeitsondervergütung 2014 gewährten Zuwendungen vollständig im Geschäftsjahr 2014 ausgewiesen. Hierin enthalten waren dementsprechend auch die vertraglich vereinbarten Abschlagszahlungen auf die Langzeitsondervergütung in Höhe von insgesamt 743 T € nach Erreichen der jeweiligen Zwischenziele in den Vorjahren.

Das definierte Zieljahr für die mehrjährige variable Vergütung „Langzeitziele 2018“ liegt im Geschäftsjahr 2018, weshalb die Zuwendungen für diese Vergütungskomponente gem. DRS 17 dann vollständig im entsprechenden Geschäftsjahr auszuweisen sind.

		Dr. Matthias Wiedenfels, Vorstand Unternehmensentwicklung & Zentrale Dienste (im Vorstand seit 05/2013)	
		Gewährte Zuwendungen	
in T €		2015	2014
Festvergütung		750	750
Nebenleistungen		33	27
Summe		783	777
Einjährige variable Vergütung		350	300
Mehrfährige variable Vergütung			
• Langzeitziele 2016		-	-
Sonstiges		-	-
Summe		350	300
Versorgungsaufwand		-	-
Gesamtvergütung		1.133	1.077

Das definierte Zieljahr für die mehrjährige variable Vergütung „Langzeitziele 2016“ liegt im Geschäftsjahr 2016, weshalb die Zuwendungen für diese Vergütungskomponente gemäß DRS 17 dann vollständig im Bericht für das Geschäftsjahr 2016 auszuweisen sind.

Zusätzlich zu den vorstehenden Vergütungen erhielten die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2015 erfolgsabhängige Vorschüsse¹⁾ von insgesamt 200.000 € (Vorjahr: 1.206.250 €); davon entfallen auf Hartmut Retzlaff 0 €²⁾ (Vorjahr: 806.250 €), auf Helmut Kraft 0 €²⁾ (Vorjahr: 300.000 €) und auf Dr. Matthias Wiedenfels 200.000 € (Vorjahr: 100.000 €).

Das prozentuale Verhältnis zwischen erfolgsunabhängiger und erfolgsabhängiger Vergütung der Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung der Vorschüsse bewegte sich dabei in einer Bandbreite von ca. 59% bis ca. 78% erfolgsunabhängiger und ca. 22% bis ca. 41% erfolgsabhängiger Vergütung.

Zusagen an Vorstandsmitglieder

Zusagen an Vorstandsmitglieder für den Fall der vorzeitigen oder regulären Beendigung der Tätigkeit und etwaige entsprechende Leistungsgewährungen

Dem Vorstandsvorsitzenden steht eine lebenslange Rente bei Erleben des vereinbarten Rentenzahlungsbeginns in Form einer monatlichen Garantierente sowie einer variablen, nicht garantierten Überschussbeteiligung, aus der eine entsprechende Leistungserhöhung resultieren kann, zu. Der Rentenbeginn kann dabei – bei entsprechender Änderung der Höhe der monatlichen Rente – grundsätzlich variabel innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums erfolgen. Darüber hinaus erfolgt im Todesfall die Zahlung einer lebenslangen Hinterbliebenenrente und einer temporären Waisenrente.

Die Pensionszusage des Vorstandsvorsitzenden wurde im Geschäftsjahr 2014 vollständig auf einen Pensionsfonds übertragen. Ungeachtet der Übertragung besteht auf Grund der Subsidiärhaftung von STADA weiterhin die Notwendigkeit, den Versorgungsplan als leistungsorientierten Plan gemäß IAS 19 zu behandeln und entsprechend zu bewerten sowie bilanziell abzubilden. Der Barwert

1) Vertraglich vereinbarte erfolgsabhängige Abschlagszahlungen auf die Langzeitsondervergütung nach Erreichen der jeweiligen Zwischenziele.

2) Da das Geschäftsjahr 2014 dem definierten Zieljahr für die Langzeitsondervergütung „Langzeitziele 2014“ entsprach, wurde der Endabrechnungsbetrag in 2015 ausgezahlt, so dass keine Abschlagszahlungen in 2015 geleistet wurden. Für die Langzeitziele 2016 bzw. 2018 wurden keine Abschlagszahlungen in 2015 ausgezahlt.

der Pensionszusage nach IFRS belief sich zum 31.12.2015 auf 31,3 Mio. € (Vorjahr: 33,7 Mio. €). Das bestehende Planvermögen führt auf Grund der vorzunehmenden Saldierung zu einer Rückstellung von null. Auf Grund der vollständigen Ausfinanzierung der Versorgungszusage wird auch in Zukunft keine Rückstellung mehr erwartet.

Ferner enthalten die aktuellen Vorstandsverträge für den Fall eines näher definierten Kontrollwechsels (Change of Control) eine Abfindungsregelung, die entsprechend den Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nicht höher als der Wert für die Restlaufzeit des Vorstandsvertrags ist und deren Höhe auf maximal drei Jahresvergütungen begrenzt ist.

Sonstige Zusagen

Die Vorstandsverträge sehen vor, dass die Gesellschaft im Fall von Dienstunfähigkeit auf Grund von Krankheit oder Unfall die Vergütung fortzahlt, wobei die Höhe der Fortzahlung im ersten Jahr nach Eintreten eines der Dienstunfähigkeit dem Jahresfestgehalt und zeitanteilig der variablen Vergütung und im zweiten bzw. dritten Jahr dem Jahresfestgehalt entspricht.

Die Gesellschaft hat für alle drei Vorstandsmitglieder jeweils eine Unfallversicherung abgeschlossen.

Für alle drei Vorstandsmitglieder besteht im Rahmen einer Gruppenversicherung eine so genannte D&O-Versicherung mit einem Selbstbehalt der Vorstandsmitglieder im gesetzlichen Rahmen.

Leistungen von konzernfremden Dritten, die Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Vorstandstätigkeit im Geschäftsjahr zugesagt oder gewährt worden sind

Im Geschäftsjahr 2015 haben nach Kenntnis der Gesellschaft konzernfremde Dritte Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Vorstandstätigkeit im Geschäftsjahr Leistungen weder zugesagt noch gewährt.

Struktur des Vorstandsvergütungssystems seit 01.01.2016

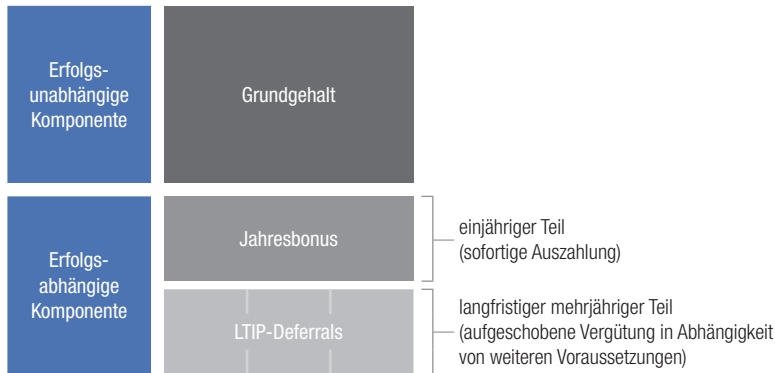
Im Geschäftsjahr 2015 hat der Aufsichtsrat der STADA Arzneimittel AG unter Hinzuziehung eines unabhängigen externen Beraters, der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, ein neues Vergütungssystem für den Vorstand entwickelt und beschlossen, das insbesondere Änderungen bei der Gestaltung der erfolgsabhängigen Vergütung vorsieht. Das überarbeitete Vergütungssystem trat mit Wirkung zum 01.01.2016 einheitlich für alle Vorstandsmitglieder in Kraft und liegt den ab diesem Zeitpunkt geltenden neuen Vorstandsverträgen zugrunde und ersetzt die bisherigen Regelungen. Es soll der ordentlichen Hauptversammlung am 09.06.2016 zur Billigung gemäß § 120 Abs. 4 AktG vorgelegt werden.

Eine wichtige Anforderung an das neue Vergütungssystem bestand darin, ein einfaches, transparentes und attraktives System zu gestalten, das die Mitglieder des Vorstands an der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts entsprechend ihren persönlichen Aufgaben und Leistungen, der Gesamtleistung des Vorstands sowie der erfolgsorientierten Unternehmensführung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds angemessen teilhaben lassen soll.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich wie bisher aus einer erfolgsunabhängigen Komponente und einer erfolgsabhängigen Komponente zusammen. Die erfolgsabhängige Vergütung umfasst zu 50% einen einjährigen Teil (Jahresbonus) und zu 50% einen mehrjährigen, langfristig anreizorientierten Teil (LTIP¹⁾-Deferrals). Der mehrjährige Teil wird hierbei unter Berücksichtigung einer

1) „Long Term Incentive Plan“.

aktienorientierten Entwicklung ermittelt. Aktienoptionspläne bestehen wie auch bisher nicht. Die folgende Darstellung gibt eine Übersicht über das neue Vergütungssystem der Vorstandsmitglieder:



Erfolgsunabhängige Komponente

Die erfolgsunabhängige Vergütung besteht wie bisher aus einem fest vereinbarten und in zwölf gleichen monatlichen Raten ausbezahlten Grundgehalt. Dieses Jahresfestgehalt wird gemäß den aktienrechtlichen Anforderungen unter Beachtung der marktüblichen Vergütungen festgelegt.

Sonstige Bezüge erhalten die Mitglieder des Vorstands in Form von Nebenleistungen, die im Wesentlichen aus der Privatnutzung eines Dienstwagens, Zuschüssen zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Versicherungsleistungen (u.a. Unfallversicherung) bestehen. Die Vergütung umfasst keine betrieblich organisierte Altersversorgung.

Unter Einhaltung der Regeln des Gesetzes über die Angemessenheit der Vorstandsvergütung sind wie bislang grundsätzlich zukünftig auch einzelvertragliche Zusagen über weitere erfolgsunabhängige Vergütungskomponenten gegenüber einzelnen Vorstandsmitgliedern möglich, z.B. Pensionszusagen oder Zusagen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit.

Erfolgsabhängige Komponente

Wie bisher ist die erfolgsabhängige Komponente für alle Vorstandsmitglieder gleichartig strukturiert, kann auf Grund einzelvertraglicher Vereinbarungen in ihrem Anteil an der Gesamtzielvergütung und der Höhe für die einzelnen Vorstandsmitglieder jedoch differieren.

Die erfolgsabhängige Vergütung hängt von dem Erreichen der vom Aufsichtsrat für den Vorstand festgelegten Zielvorgabe ab und wird in Abhängigkeit von drei Teilkomponenten – der Unternehmensleistung, der Aktienperformance und der individuellen Vorstandsleistung – angepasst. Die erfolgsbezogene Komponente beinhaltet einen einjährigen Teil („**Jahresbonus**“) und einen mehrjährigen,

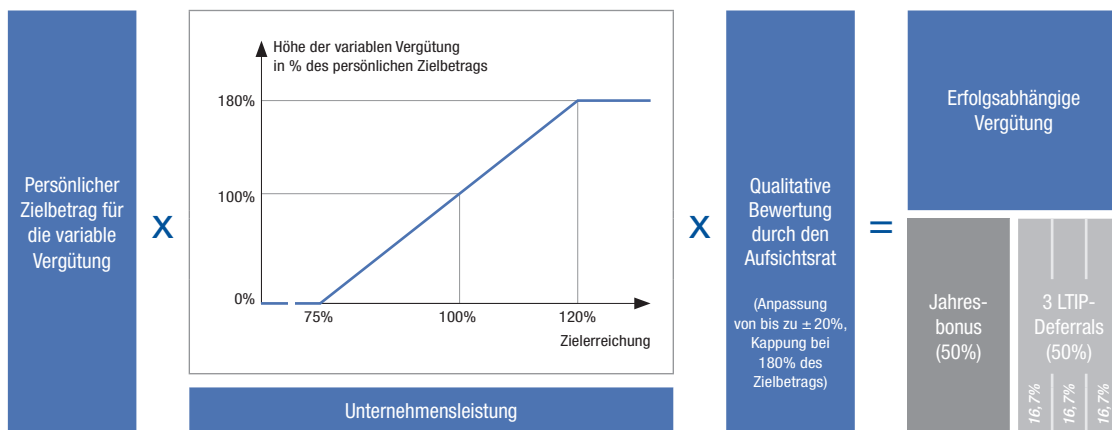
langfristig anreizorientierten Teil („LTIP-Deferrals“), der zusätzlich von der Performance der STADA-Aktie im Verhältnis zum MDAX abhängt (aktienorientierte Komponente). Die Ermittlung der Höhe der erfolgsabhängigen Vergütung sowie die Auszahlungszeitpunkte werden nachfolgend erläutert.

Leistungsparameter und Ermittlung der für ein Geschäftsjahr gewährten erfolgsabhängigen Vergütung

Der Aufsichtsrat definiert für jedes Vorstandsmitglied einen persönlichen **Zielbetrag** für die erfolgsabhängige Vergütung bei hundertprozentiger Zielerreichung. Der in den neuen Vorstandsverträgen festgelegte Zielbetrag entspricht grundsätzlich dem Festgehalt. Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres legt der Aufsichtsrat für den Gesamtvorstand hinsichtlich der Unternehmensleistung eine **Zielvorgabe** für das bevorstehende Geschäftsjahr („**Performance-Periode**“) fest, von deren Erreichen die erfolgsabhängige Vergütung für dieses Geschäftsjahr abhängt. Die Bemessungsgröße für die erfolgsabhängige Vergütung einer Performance-Periode basiert auf dem bereinigten Konzerngewinn, der aus der operativen Planung des Vorstands für den Konzerngewinn für diese Performance-Periode ermittelt und um außerordentliche Aufwendungen und Erträge angepasst wird. Die erfolgsabhängige Vergütung eines Vorstandsmitglieds entspricht dem vom Aufsichtsrat festgelegten persönlichen Zielbetrag, wenn die Zielvorgabe genau erreicht wird. Wird die Zielvorgabe um 25 Prozentpunkte oder mehr unterschritten, wird die erfolgsabhängige Vergütung im Sinne einer **Malus-Regelung** auf 0% herabgesetzt und entfällt für das jeweilige Geschäftsjahr gänzlich.¹⁾ Wird die Zielvorgabe um 20 oder mehr Prozentpunkte überschritten, beträgt die Höhe der erfolgsabhängigen Vergütung im Sinne einer **Bonus-Regelung** 180% des persönlichen Zielbetrags. Zwischenwerte werden linear ermittelt.

Zur Berücksichtigung der persönlichen Leistungen eines Vorstandsmitglieds hat der Aufsichtsrat die Möglichkeit, die rechnerische Höhe der erfolgsabhängigen Vergütung um bis zu 20% nach unten oder nach oben anzupassen, wobei die Anpassung nicht dazu führen darf, dass die erfolgsabhängige Vergütung eines Vorstandsmitglieds 180% des persönlichen Zielbetrags übersteigt.

Zur Veranschaulichung dieses Zusammenspiels dient die folgende Übersicht:



¹⁾ In dieser Konstellation entfallen für dieses Geschäftsjahr auch die drei diesem Geschäftsjahr zugehörigen LTIP-Deferrals.

Auszahlung der einjährigen erfolgsabhängigen Vergütung (Jahresbonus)

Der wie vorstehend beschrieben bestimmte Betrag wird zur Hälfte im Folgejahr als **Jahresbonus** für das jeweilige Geschäftsjahr ausbezahlt. Maximal kann der Jahresbonus eines Vorstandsmitglieds 90% des persönlichen Zielbetrags erreichen (**Höchstgrenze** der einjährigen erfolgsabhängigen Vergütung).

Auszahlung der mehrjährigen, langfristig anreizorientierten erfolgsabhängigen Vergütung (LTIP-Deferrals)

Die andere Hälfte der für dieses Geschäftsjahr (Performance-Periode) gewährten erfolgsabhängigen Vergütung wird in drei gleiche Ausgangswerte aufgeteilt („**LTIP-Deferral 1**“, „**LTIP-Deferral 2**“ und „**LTIP-Deferral 3**“), deren Auszahlung über einen Zeitraum von drei Jahren gestreckt wird (mehrjährige, langfristig anreizorientierte erfolgsabhängige Vergütung).

Jedem LTIP-Deferral ist eine so genannte **Deferral-Periode** zugeordnet. Die Deferral-Periode für das LTIP-Deferral 1 ist das Geschäftsjahr, das auf die Performance-Periode folgt, die Deferral-Periode für das LTIP-Deferral 2 ist der Zeitraum der beiden auf die Performance-Periode folgenden Geschäftsjahre und die Deferral-Periode für das LTIP-Deferral 3 ist der Zeitraum der drei auf die Performance-Periode folgenden Geschäftsjahre.

Der **Auszahlungsbetrag** eines LTIP-Deferrals wird jeweils nach Ablauf der zugehörigen Deferral-Periode ermittelt. Dazu wird die Aktienrendite der STADA-Aktie¹⁾ während der jeweiligen Deferral-Periode ins Verhältnis zur Performance des MDAX als stetiger, von einer neutralen Instanz festgelegter Performance-Index für mittelgroße börsennotierte Unternehmen wie die STADA Arzneimittel AG gesetzt.

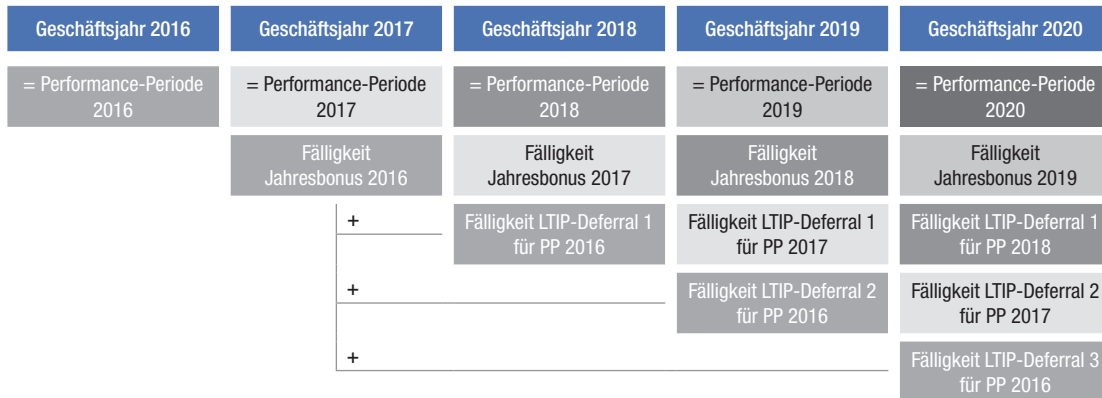
Der Auszahlungsbetrag für ein LTIP-Deferral entspricht dem Ausgangswert, wenn sich die Rendite der STADA-Aktie in der zu Grunde liegenden Deferral-Periode im gleichen Verhältnis wie der MDAX entwickelt hat. Beträgt das Verhältnis von STADA-Aktienrendite zur Entwicklung des MDAX 70% oder weniger, verfällt das LTIP-Deferral im Sinne einer **Malus-Regelung** und es kommt für dieses LTIP-Deferral zu keiner Auszahlung. Liegt das Verhältnis bei mindestens 130%, beträgt der Auszahlungsbetrag eines Deferrals im Sinne einer **Bonus-Regelung** 130% des Ausgangswerts (Höchstgrenze der mehrjährigen erfolgsabhängigen Vergütung). Zwischenwerte werden linear ermittelt. Wird in den Performance-Perioden eine überdurchschnittliche relative Aktienrendite erreicht, so dass ein prozentual entsprechend höherer LTIP-Deferral-Auszahlungsbetrag gewährt wird, kann der tatsächliche Auszahlungsbetrag aller LTIP-Deferrals zusammen die Hälfte der für ein Geschäftsjahr ermittelten erfolgsabhängigen Vergütung (d.h. bis zu 90% des persönlichen Zielbetrags, s.o.) übersteigen.

Die LTIP-Deferral-Auszahlungsbeträge werden nach Ablauf der jeweiligen Deferral-Periode am Ende des Kalendermonats fällig, der auf die Billigung des Konzernabschlusses des vorangegangenen Geschäftsjahres durch den Aufsichtsrat folgt. Das bedeutet, dass die tatsächliche Auszahlung des LTIP-Deferrals 1 im dritten Jahr, die Auszahlung des LTIP-Deferrals 2 im vierten Jahr und die Auszahlung des LTIP-Deferrals 3 im fünften Jahr erfolgt, jeweils ausgehend von dem Jahr der Performance-Periode.

1) Die Aktienrendite berücksichtigt zusätzlich zu den Kursveränderungen auch die in der jeweiligen LTIP-Deferral-Periode ausgeschütteten Dividenden. Sie wird wie folgt berechnet:

$$\text{Aktienrendite} = \frac{\text{Endkurs} + \text{Dividende}}{\text{Anfangskurs}}$$

Die folgende grafische Darstellung verdeutlicht, wann die einzelnen Bestandteile der zu einer Performance-Periode gehörenden erfolgsabhängigen Vergütung (Jahresbonus und LTIP-Deferrals 1–3) ausgezahlt werden:



Zusammenfassung

Das neugestaltete Vorstandsvergütungssystem knüpft die Vergütung der Vorstandsmitglieder an die (kurzfristige und langfristige) Entwicklung der STADA Arzneimittel AG und schafft dadurch einen Anreiz für eine erfolgreiche und nachhaltige Unternehmensführung. Durch die Anknüpfung der Ermittlung der erfolgsabhängigen Vergütung an den bereinigten Konzerngewinn wird eine operative Kennzahl berücksichtigt, die sowohl eine Steuerungsgröße darstellt als auch in der externen Finanzberichterstattung eine wichtige Rolle spielt. Mit Hilfe einer einfachen und transparenten Übersetzung der Abweichung des erreichten Ergebnisses von der Zielvorgabe wirkt die Gesamtleistung des Vorstands unmittelbar auf die Vergütungshöhe. Die festgelegten Mindest- und Obergrenzen fördern eine stetige Entwicklung des Unternehmens und vermeiden durch angemessene Höchstgrenzen (Caps) übermäßig starke Anreize zu risikoorientiertem Verhalten. Mit dem Verzicht auf eine Gewährung von Aktien oder Aktienoptionen vermeidet das neue Vorstandsvergütungssystem administrativen Aufwand, ohne auf eine Abbildung der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens am Kapitalmarkt zu verzichten.

Vergütung des Aufsichtsrats

Satzungsgemäßes Vergütungssystem für den Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem für den Aufsichtsrat regelt § 18 der Satzung der STADA Arzneimittel AG. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen für das jeweilige abgelaufene Geschäftsjahr folgende Vergütungen:

- eine jährliche feste Vergütung von 48.000,00 € und
- eine auf den langfristigen Erfolg der Gesellschaft bezogene Vergütung (langfristige variable Vergütung) in Höhe eines Betrags, der 0,02% des Durchschnitts des in den Konzernabschlüssen für die jeweils letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre ausgewiesenen Ergebnisses vor Steuern des Konzerns entspricht. Die jährliche Obergrenze der langfristigen variablen Vergütung beträgt 48.000,00 €.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Dreifache, sein Stellvertreter das Doppelte.

Für die Tätigkeiten in einem Ausschuss erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr eine jährliche feste Vergütung in Höhe von 15.000,00 €. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält für seine Tätigkeit das Doppelte.

Auf alle Vergütungen an den Aufsichtsrat ist zusätzlich Umsatzsteuer zu zahlen.

Bezüge des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2015

Die Vergütung der einzelnen im Geschäftsjahr 2015 tätigen Aufsichtsratsmitglieder stellt sich wie folgt dar:

- Dr. Martin Abend 283.359,38 € (davon 189.000,00 € erfolgsunabhängig und 94.359,38 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 278.900,00 €, davon 189.000,00 € erfolgsunabhängig und 89.900,00 € erfolgsabhängig)
- Carl Ferdinand Oetker 188.906,26 € (davon 126.000,00 € erfolgsunabhängig und 62.906,26 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 145.500,00 €, davon 101.100,00 € erfolgsunabhängig und 44.400,00 € erfolgsabhängig)
- Dr. Eckhard Brüggemann 79.453,13 € (davon 48.000,00 € erfolgsunabhängig und 31.453,13 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 77.900,00 €, davon 47.900,00 € erfolgsunabhängig und 30.000,00 € erfolgsabhängig)
- Halil Duru 79.453,13 € (davon 48.000,00 € erfolgsunabhängig und 31.453,13 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 44.800,00 €, davon 27.500,00 € erfolgsunabhängig und 17.300,00 € erfolgsabhängig)
- Dr. K. F. Arnold Hertzsch 94.453,13 € (davon 63.000,00 € erfolgsunabhängig und 31.453,13 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 85.200,00 €, davon 55.200,00 € erfolgsunabhängig und 30.000,00 € erfolgsabhängig)
- Dieter Koch 94.453,13 € (davon 63.000,00 € erfolgsunabhängig und 31.453,13 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 92.900,00 €, davon 62.900,00 € erfolgsunabhängig und 30.000,00 € erfolgsabhängig)
- Constantin Meyer 94.453,13 € (davon 63.000,00 € erfolgsunabhängig und 31.453,13 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 85.200,00 €, davon 55.200,00 € erfolgsunabhängig und 30.000,00 € erfolgsabhängig)
- Dr. Ute Pantke 79.453,13 € (davon 48.000,00 € erfolgsunabhängig und 31.453,13 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 44.800,00 €, davon 27.500,00 € erfolgsunabhängig und 17.300,00 € erfolgsabhängig)
- Jens Steegers 79.453,13 € (davon 48.000,00 € erfolgsunabhängig und 31.453,13 € erfolgsabhängig)
(Vorjahr: 44.800,00 €, davon 27.500,00 € erfolgsunabhängig und 17.300,00 € erfolgsabhängig)

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats sind darüber hinaus keine weiteren Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen im Rahmen ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglieder gewährt worden; allerdings besteht für alle Aufsichtsratsmitglieder im Rahmen einer Gruppenversicherung eine so genannte D&O-Versicherung mit einem Selbstbehalt der Aufsichtsratsmitglieder, der dem gesetzlichen Rahmen des Selbstbehalts der Vorstandsmitglieder entspricht.

Vergütung des Beirats

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Beirats der STADA Arzneimittel AG erhalten die Beiratsmitglieder eine Sitzungspauschale von 600 € pro Sitzung zuzüglich der Erstattung von Auslagen.

NACHTRAGSBERICHT

Zwischen dem Ende des Geschäftsjahres 2015 und dem Unterzeichnungsdatum des Lageberichts und des Abschlusses für 2015 erfolgte kein Ereignis mit einer Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der STADA Arzneimittel AG.

CHANCENBERICHT

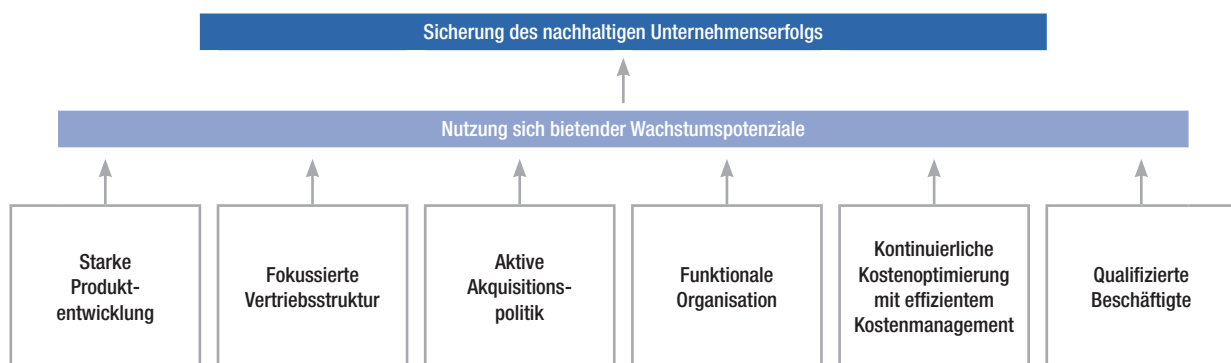
Die STADA Arzneimittel AG hält als börsennotierte Muttergesellschaft direkt und indirekt die Anteile an den zum STADA-Konzern gehörenden Gesellschaften.

Das operative Geschäft der STADA AG stellt einen Teil des globalen Geschäfts des STADA-Konzerns dar. Einen signifikanten Einfluss auf das Ergebnis und das Risikoprofil von STADA haben die Serviceleistungen aus der Funktion der AG als Muttergesellschaft bzw. Holding des STADA-Konzerns, die Warenlieferungen an andere Konzerngesellschaften mit einschließen. Das Ergebnis und entsprechend die Chancen und Risiken der STADA AG werden darüber hinaus durch die der Beteiligungen geprägt. Einen vollständigen Einblick gewährt der Abschluss des STADA-Konzerns.

Chancenmanagement

Zur Sicherung des kurz-, mittel- und langfristigen unternehmerischen Erfolgs besteht im Unternehmen ein kontinuierliches Chancenmanagement. Im Rahmen dessen zielt STADA darauf ab, neue Wachstumsmöglichkeiten zu eruieren und zu erschließen sowie bestehende Wachstumspotenziale zu sichern und auszubauen. Grundlage für die Nutzung sich bietender Wachstumsopportunitäten und damit zur Sicherung des nachhaltigen Erfolgs sind die strategischen Erfolgsfaktoren von STADA. Zu ihnen zählen insbesondere eine starke Produktentwicklung, eine fokussierte Vertriebsstruktur, eine aktive Akquisitionspolitik inklusive eines erfahrenen Integrationsmanagements, ein funktional organisiertes Unternehmen mit kurzen Entscheidungswegen, ein effizientes Kostenmanagement sowie qualifizierte Beschäftigte.

Wesentliche strategische Erfolgsfaktoren der STADA Arzneimittel AG



Die zentral organisierte und dezentral gesteuerte regionale Organisations- und Managementstruktur in den vertriebsnahen Bereichen führt dazu, dass Trends und Anforderungen frühzeitig erkannt und analysiert werden, um Möglichkeiten gezielt nutzen zu können. Unterstützt wird sie durch intensive Markt- und Wettbewerbsbeobachtungen sowie einen engen Kontakt zu wichtigen Institutionen. Darüber hinaus verfügt STADA über zentral organisierte Prozesse zur Chancenerkennung. Hierzu gehört u.a. der Bereich Unternehmensentwicklung zur Identifizierung geeigneter Akquisitionsobjekte.

Auch künftig wird STADA das Produkt-Portfolio in den beiden Kernsegmenten Generika und Markenprodukte weiter ausbauen. Neben den mit der Neueinführung von Produkten erreichten Umsätzen und Erträgen besteht die Chance, einen besseren Margenmix und Skaleneffekte zu erzielen, sofern Produkte mit einer besseren Marge als der des Unternehmensdurchschnitts eingeführt werden können. Hierbei kann STADA auf eine nachhaltige Entwicklungs- und Zulassungsstärke zurückgreifen, die sich jedes Jahr anhand der hohen Zahl von Neueinführungen zeigt und die auch künftig auf hohem Niveau fortgeführt werden soll. Angesichts dessen, dass sich der Bereich Markenprodukte in der Regel durch attraktivere Margen und weniger regulatorische Eingriffen auszeichnet als der Bereich Generika, plant STADA die Entwicklungsaktivitäten insbesondere im Kernsegment Markenprodukte weiter auszubauen. Dies wird in enger Abstimmung mit dem „Center of OTC Excellence“ erfolgen, das die zunehmende strategische Ausrichtung des Unternehmens auf Markenprodukte, auch im Hinblick auf eine weitere Internationalisierung, unverändert unterstützt. Mit einer „Time and cheap to market“-Strategie verfolgt STADA das Ziel, Produkte sowohl zum frühestmöglichen Zeitpunkt als auch zu möglichst optimalen Herstellungskosten einzuführen. Darüber hinaus hat STADA in der Vergangenheit mit Blick auf Kosteneinsparungen die Zahl der Eigenentwicklungen von strategisch wichtigen und umsatzstarken Produkten zunehmend erhöht. Dies wird auch in Zukunft der Fall sein. Einen weiteren Bestandteil der Produktentwicklung stellen die unter Wettbewerbs- und Margengesichtspunkten immer wichtiger werdenden Biosimilars dar. Mit Blick auf die bestehenden Potenziale dieses Bereichs verfolgt STADA auch künftig konsequent die Strategie, Biosimilars selektiv von hochspezialisierten Partnern einzulizenzieren und aus Risiko- und Kostengründen bewusst auf Eigenentwicklungen zu verzichten. Zum gezielten Ausbau des Biosimilar-Portfolios prüft STADA kontinuierlich Angebote zur Einlizenzierung von weiteren Biosimilars für verschiedene Indikationen, die sich mittlerweile auch auf Biosimilars für monoklonale Antikörper erstrecken, deren Patente ab 2020 ablaufen.

Die fokussierte Vertriebsstruktur der STADA Arzneimittel AG ist darauf ausgerichtet, die Produkte aus dem Unternehmens-Portfolio angepasst an die unterschiedlichen regulatorischen und wettbewerblichen Rahmenbedingungen zu vertreiben. Dies ermöglicht STADA, die grundsätzlich international abgestimmten Vertriebsaktivitäten fokussiert auf den jeweiligen lokalen Markt auszurichten und kurzfristig auf etwaige Marktveränderungen zu reagieren.

Im Zuge der aktiven Akquisitionspolitik beabsichtigt STADA die Geschäftsaktivitäten im Unternehmen zu erweitern, um das organische Wachstum durch externe Impulse voranzutreiben. Mit Blick auf die zunehmenden Sparzwänge der Gesundheitssysteme sieht der Vorstand insbesondere bei den Markenprodukten weitere Wachstumschancen, da sie sich in der Regel durch attraktivere Margen und weniger regulatorische Eingriffe als Generika auszeichnen.

Einen hohen Stellenwert werden mit Blick auf weiteres Wachstum auch künftig die funktionalen Berichtsstrukturen mit kurzen Entscheidungswegen bei gleichzeitig starker regionaler Präsenz einnehmen. Dies betrifft insbesondere die Vertriebsaktivitäten, da die Fähigkeit, sich kurzfristig auf strukturelle, regulatorische oder wettbewerbliche Veränderungen einstellen zu können, bei der Reduzierung von Risiken wie auch der Wahrnehmung von Chancen eine wichtige Rolle spielt. Angesichts dessen wird der Konzern in Einzelfällen unverändert eine aggressive Preispolitik verfolgen, sofern damit eine bessere Marktposition bzw. ein höherer Marktanteil erreicht werden kann. Voraussetzung ist hierfür jedoch, dass die Geschäftsaktivitäten profitabel sind bzw. es in einem absehbaren Zeitraum werden.

Unter Ertragsgesichtspunkten wird einem effizienten Kostenmanagement auch in Zukunft eine wichtige Funktion zukommen. Im Rahmen der kontinuierlichen Kostenoptimierung wird ein Fokus auf den Herstellungskosten und allen damit verbundenen Kosten liegen, da sie die mit Abstand größte Kostenposition darstellen. Hierfür setzt STADA auf den kontinuierlichen Ausbau der beiden Beschaffungsbüros im chinesischen Schanghai und im indischen Mumbai, da diese Märkte eine wichtige Bezugsquelle für eine kostengünstige Beschaffung von Wirkstoffen darstellen. Mit dem Ziel, Chancen zur Kostenreduzierung zu nutzen, wird STADA auch weiterhin Lieferanten am Marktrisiko beteiligen und Anbieter aus Niedrigkostenländern beauftragen. Darüber hinaus wird STADA auch künftig die Verlagerung der Produktion von Produkten in konzerneigene Fertigungsstätten ausbauen, sofern dies zur Kostenoptimierung beiträgt.

Eine weitere wesentliche Chance stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar, da sie mit ihrer hohen Expertise, ihrer langjährigen Erfahrung und ihrem großen Engagement auch in Zukunft einen wesentlichen Anteil an dem nachhaltigen Erfolg der STADA Arzneimittel AG haben werden. Die Erweiterung der zahlreichen freiwilligen Leistungen wie bspw. die geplante Einführung eines Wertkontenmodells, das die Flexibilität für die Beschäftigten deutlich erhöht und den modernen Anforderungen von Arbeitnehmern gerecht wird, führt zu einer weiteren Steigerung der Attraktivität von STADA als Arbeitgeber. Diese und weitere Maßnahmen sollen auch künftig dazu beitragen, qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen zu gewinnen und zu binden.

RISIKOBERICHT

Als international tätiges Pharmaunternehmen ist STADA Teil einer globalen Geschäftswelt und dementsprechend einer Vielzahl von Risiken in einem dynamischen Marktumfeld ausgesetzt. Unter Risiken versteht STADA mögliche zukünftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer negativen Abweichung von den von STADA prognostizierten Unternehmenszielen führen könnten.

Das Management von Risiken ist bei STADA als eine permanente Aufgabe unternehmerischer Tätigkeit definiert. Aus diesem Grund hat der Vorstand von STADA ein in die wertorientierte Steuerung und die bestehende Organisationsstruktur des Konzerns integriertes, kontinuierliches Risikomanagement-System implementiert, das auf einem weltweit anerkannten Rahmenkonzept, dem vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) entwickelten „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“ (2004), basiert. Damit ist das Risikomanagement-System integraler Bestandteil der Geschäftsprozesse und Unternehmensentscheidungen.

Grundlage für die Risikostrategie ist die Unternehmensstrategie von STADA. Sie zielt darauf ab, den Vorstand in die Lage zu versetzen, frühzeitig Risiken zu erkennen, um rechtzeitig steuernd eingreifen zu können. Die Risikostrategie findet in allen Geschäftssegmenten des STADA-Konzerns Anwendung.

Risikomanagement

Als in Deutschland ansässige Aktiengesellschaft unterliegt STADA den deutschen Rechtsvorschriften zum Risikomanagement wie bspw. § 91 Abs. 2 AktG. Der Vorstand hat ein unternehmens- und konzernweites Risikomanagement-System eingerichtet, um die Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften sowie ein effektives Management von Risiken sicherzustellen. Ziel des Risikomanagement-Systems ist es, für STADA signifikante und bestandsgefährdende Risiken systematisch und regelmäßig zu identifizieren, deren Auswirkungen auf die STADA Arzneimittel AG und den Konzern zu bewerten und mögliche Maßnahmen zu eruieren, die im Bedarfsfall rechtzeitig eingeleitet werden können. Daneben soll das Risikomanagement-System hinreichende Sicherheit gewährleisten, dass die Ziele von STADA, insbesondere die finanziellen, operativen und strategischen Ziele, planmäßig erreicht werden können. Das Risikomanagement-System bildet bei STADA ein wesentliches Element im unternehmerischen Entscheidungsprozess und ist daher als integraler Bestandteil der Geschäftsprozesse im gesamten STADA-Konzern implementiert. Der unternehmensweit einheitliche, integrierte Ansatz zum Management von Risiken soll die Effektivität des konzernweiten Risikomanagements sicherstellen und die Aggregation von Risiken sowie eine transparente Berichterstattung ermöglichen.

Die wesentlichen Elemente des konzernweiten und damit die STADA Arzneimittel AG als Muttergesellschaft einschließenden Risikomanagement-Systems sind:

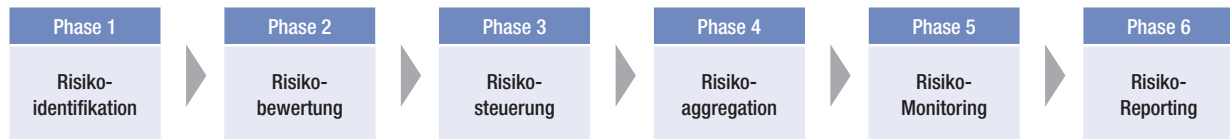
1. der im Unternehmen vertikal und horizontal integrierte Fachbereich Risk Management, der für die Konzeption und Weiterentwicklung des Risikomanagement-Systems (inklusive der konzernweiten Einrichtung der Risikomanagement-Software „R2C – Risk to Chance“), die Methoden und Verfahren zur Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Unterstützung der dezentralen Risikobeauftragten verantwortlich ist;
2. die konzernweit in allen Unternehmenseinheiten integrierten dezentralen Risikobeauftragten, die die Risiken (inklusive Maßnahmen) identifizieren und bewerten sowie im Risikomanagement-System dokumentieren und aktualisieren (Bottom-up-Kommunikation);
3. schriftliche und mündliche Abfragen (Top-down-Kommunikation) bei den dezentral verantwortlichen Risikobeauftragten durch den Fachbereich Risk Management zu aktuellen Themen und zur Risikolage in den einzelnen Bereichen im Konzern;
4. das unternehmensspezifische Handbuch des Risikomanagements, in dem die Risikobegriffe, die Risikopolitik und das Risikomanagement-System inklusive des Risikomanagement-Prozesses und der Verantwortlichkeiten definiert sind;
5. das Risikoberichtswesen auf der Ebene des Konzerns und der Einzelgesellschaften.

Das konzernweite Risikomanagement von STADA umfasst die STADA Arzneimittel AG und auch nicht einbezogene Konzerngesellschaften mit einer Beteiligungshöhe von mindestens 50%. Sofern von Beteiligungen mit einer Beteiligungshöhe von unter 50% erkennbare Risiken für den Konzern ausgehen, werden auch diese Risiken im Risikomanagement-System des Konzerns erfasst.

Im Risikomanagement-System werden ausschließlich Risiken erfasst. Eine Erfassung von Chancen im Risikomanagement-System analog den Risiken erfolgt nicht. Die Identifikation und Bewertung von Chancen erfolgt in den entsprechenden Geschäftsfeldern. Die Chancen sind im Chancenbericht innerhalb des Lageberichts dieses Geschäftsberichts abgebildet.

Risikomanagement-Prozess

Der Risikomanagement-Prozess umfasst bei STADA die Phasen Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoaggregation, Risiko-Monitoring und Risiko-Reporting.



Phase 1: Risikoidentifikation

In der Phase „Risikoidentifikation“ werden in allen Unternehmenseinheiten und Tochtergesellschaften von STADA systematisch alle möglichen zukünftigen Entwicklungen oder Ereignisse erhoben, die erhebliche Auswirkungen auf das Geschäftsmodell von STADA haben könnten oder das Risikoprofil von STADA verändern würden. Diese möglichen zukünftigen Entwicklungen oder Ereignisse werden nach ihrer Erhebung einer Kategorie im unternehmensspezifischen Risikoatlas zugeordnet. Die Identifikation dieser Einzelrisiken erfolgt zum einen durch Self-Assessment der Risikobeauftragten (bottom up) und zum anderen durch schriftliche und mündliche Abfragen durch den Fachbereich Risk Management (top down). Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Risk Management und den Risikobeauftragten in den einzelnen Geschäftsbereichen und weltweiten Standorten soll sicherstellen, dass, neben der inhaltlichen Konsistenz der Einzelrisiken, ein durchgängiges Risikomanagement über Abteilungs- und Ländergrenzen hinweg stattfinden kann.

Phase 2: Risikobewertung

In der Phase „Risikobewertung“ wird nach einer Analyse der Ursache-Wirkungs-Struktur durch den jeweiligen Risikoverantwortlichen, einzeln oder in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Risk Management, eine Bewertung für jedes identifizierte Einzelrisiko durchgeführt. Die Bewertung der Einzelrisiken erfolgt quantitativ auf der Basis von Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung und soll sowohl mögliche direkte Schäden als auch mögliche indirekte Folgen durch den möglichen Eintritt des Einzelrisikos berücksichtigen. In einem weiteren Schritt wird jedes bewertete Einzelrisiko einer Plausibilitätsprüfung durch den Fachbereich Risk Management unterzogen. Die bei der Plausibilitätsprüfung identifizierten Inkonsistenzen werden in Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Risk Management und dem verantwortlichen Risikobeauftragten diskutiert und bereinigt.

Phase 3: Risikosteuerung

In der Phase „Risikosteuerung“ werden durch den Risikoverantwortlichen, einzeln oder in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Risk Management, mögliche Maßnahmen zur Risikovermeidung, -reduktion, -transferierung und/oder -kompensation identifiziert. Bei den identifizierten Maßnahmen kann es sich sowohl um ursachenbezogene (präventive) als auch um wirkungsbezogene (reaktive) Maßnahmen handeln. In einigen Fällen kann auch die Akzeptanz des Einzelrisikos als Maßnahme zugelassen werden. In einem weiteren Schritt wird jede identifizierte Maßnahme einer Plausibilitätsprüfung durch den Fachbereich Risk Management unterzogen. Die bei der Plausibilitätsprüfung identifizierten Inkonsistenzen werden in Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Risk Management und dem verantwortlichen Risikobeauftragten diskutiert und bereinigt.

Phase 4: Risikoaggregation

In der Phase „Risikoaggregation“ werden durch den Fachbereich Risk Management in einem ersten Schritt die Risikoursachen der Einzelrisiken analysiert. Im Anschluss an die Analyse werden Einzelrisiken mit identischer bzw. ähnlicher Risikoursache zur Erhöhung der Transparenz in einem Risikoaggregat zusammengefasst. Die Risikobeschreibungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten der in einem Risikoaggregat zusammengefassten Einzelrisiken werden, nach eingehender Analyse, aufeinander abgestimmt.

Phase 5: Risiko-Monitoring

In der Phase „Risiko-Monitoring“ werden die Entwicklung der Risiken sowie die Durchführung und die Effektivität der identifizierten Maßnahmen durch den Risikoverantwortlichen kontinuierlich überwacht, der durch den Fachbereich Risk Management unterstützt wird. Bei einzelnen potenziell hoch risikobehafteten Geschäftsprozessen begleitet der Fachbereich Risk Management beobachtend auch die operative Umsetzung.

Phase 6: Risiko-Reporting

In der Phase „Risiko-Reporting“ wird durch den Fachbereich Risk Management aus den identifizierten Einzelrisiken und den Risikoaggregaten quartalsweise jeweils ein empfängerorientierter Risikobericht für den Vorstand, die Vice Presidents und die Geschäftsführer erstellt und zeitnah zur Verfügung gestellt. Der Risikobericht für den Vorstand geht auch an den Aufsichtsrat. Signifikante Einzelrisiken und Risikoaggregate aus dem empfängerorientierten Risikobericht werden zwischen Vorstand und Aufsichtsrat besprochen und ggf. werden weitere Maßnahmen zur Risikobewältigung adressiert. Bei zwischen zwei Berichtszeitpunkten im Rahmen des Risikomanagement-Systems neu auftretenden signifikanten Einzelrisiken oder Risikoaggregaten werden Vorstand und ggf. Aufsichtsrat unmittelbar durch eine Ad-hoc-Berichterstattung informiert.

Das von STADA betriebene Risikomanagement-System wird regelmäßig durch die Interne Revision auf Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und konzerninternen Richtlinien überprüft und beurteilt. Zusätzlich überprüft und beurteilt der Abschlussprüfer von STADA im Rahmen seiner Jahresabschlussprüfung das in das Risikomanagement-System integrierte Risikofrüherkennungssystem auf seine grundsätzliche Eignung, bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkennen zu können. Der Abschlussprüfer hat bestätigt, dass das Risikofrüherkennungssystem von STADA den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess (§ 289 Abs. 5 HGB)

Das interne Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (IKRMS) ist Bestandteil des Risikomanagement-Systems von STADA. Es verfolgt das Ziel, durch Implementierung von angemessenen und wirksamen Verfahren und Kontrollen die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung (Buchführung, Einzel- und Konzernabschlüsse sowie Lageberichte) im Sinne einer Übereinstimmung mit den einschlägigen Rechnungslegungsvorschriften sowie die Einhaltung interner Richtlinien sicherzustellen. Dabei greifen eine zentrale systemische Organisation und Steuerung sowie eine jeweils regionale Verantwortung einzelner Teilprozesse ineinander.

Die Verantwortung für die Einführung und Funktionsfähigkeit des IKRMS obliegt dem Vorstand der STADA Arzneimittel AG. Die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKRMS wird vom Vorstand mindestens zu jedem Geschäftsjahresende beurteilt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt auf der Grundlage von einheitlichen Bilanzierungsrichtlinien, die von der Abteilung Rechnungswesen vorgegeben werden, und einem einheitlichen Kontenplan. Neuerungen im Bereich der Rechnungslegungsstandards werden fortlaufend überwacht. Soweit diese für STADA relevant sind, werden die Bilanzierungsrichtlinien und der Kontenplan entsprechend angepasst.

Die primären Kontrollfunktionen für die wesentlichen Rechnungslegungsprozesse werden dabei von den jeweiligen programmimmanenten Plausibilitätsprüfungen übernommen. Die eingesetzten Softwaresysteme sind durch entsprechende Einrichtungen im IT-Bereich gegen unbefugte externe Zugriffe geschützt. Darüber hinaus stellen interne Genehmigungsverfahren sicher, dass nur die jeweils relevanten Personen Zugriff auf die einzelnen Systeme haben.

Außerhalb der durch Software unterstützten Systeme werden manuelle Stichproben zur Plausibilitätsprüfung sowie zur Prüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit von Daten und Berechnungen auf allen Ebenen der Gesellschaft durchgeführt. Im Rahmen der Tätigkeit der Internen Revision als weiteres Element des internen Überwachungssystems werden Angemessenheit und Wirksamkeit des IKRMS regelmäßigen Prüfungen unterzogen, um so die Zuverlässigkeit und Funktionsfähigkeit der Kontrollmechanismen sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagement-Systems und die Einhaltung interner Richtlinien sicherzustellen.

Als Kontrollorgan überwacht auch der Aufsichtsrat über seinen Prüfungsausschuss regelmäßig den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des Kontrollsystems, des Risikomanagement-Systems und des internen Revisionsystems sowie der Abschlussprüfung.

Der Umfang und die Ausrichtung des eingerichteten IKRMS sind insgesamt auf unternehmensspezifische Anforderungen von STADA ausgelegt. Nach Ansicht des Vorstands verfügt STADA über ein angemessenes und ausreichendes Überwachungssystem, das die für den Konzern notwendigen Elemente eines IKRMS umfasst. Im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Betrachtung eines jeden IKRMS sind jedoch Einschränkungen bezüglich dessen Wirksamkeit hinzunehmen. Des Weiteren können – auch bei Existenz von als wirksam erachteten Kontrollmechanismen – Fehler bzw. eine unzutreffende Einschätzung von Risiken nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Beurteilungszeitraum

Als Beurteilungszeitraum für diesen Risikobericht ist, sofern im Einzelfall nicht eine andere Zeitspanne angegeben ist, grundsätzlich ein Zeitraum von 24 Monaten in der Zukunft zu Grunde gelegt. Die Einschätzung der Einzelrisiken bezieht sich auf den 31. Dezember 2015. Relevante Änderungen nach dem Bilanzstichtag, die eine veränderte Darstellung der Risikolage von STADA erforderlich gemacht hätten, lagen nicht vor. Prinzipiell kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich im Geschäftsverlauf während des Beurteilungszeitraums der Einzelrisiken weitere, auch wesentliche Einzelrisiken ergeben, die zu den nachfolgend genannten Einzelrisiken hinzutreten können.

Bewertung der Risikokategorien

Die aus heutiger Sicht des STADA-Vorstands antizipierbaren relevanten Risiken für die Geschäftstätigkeit der STADA Arzneimittel AG umfassen die im Folgenden in Risikokategorien zusammengefassten Einzelrisiken. Durch die Zusammenfassung gleichartiger Einzelrisiken werden die Einzelrisiken stärker aggregiert, als sie zur internen Steuerung mit Hilfe der Risikomanagement-Software verwendet werden. Wenn nicht anders angegeben, betreffen alle beschriebenen Einzelrisiken in unterschiedlichem Ausmaß alle Unternehmenssegmente (Generika, Markenprodukte und Handelsgeschäfte).

Um zu ermitteln, welche Risikokategorien am ehesten für STADA bestandsgefährdenden Charakter aufweisen, werden die Einzelrisiken gemäß ihrer geschätzten bzw. abgeleiteten Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkung bezogen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von STADA klassifiziert. Die Skalen zur Messung dieser beiden Indikatoren sind in den nachfolgenden Tabellen dargestellt:

Eintrittswahrscheinlichkeit			Stufe
0% <	Eintrittswahrscheinlichkeit	≤ 2%	sehr niedrig
2% <	Eintrittswahrscheinlichkeit	≤ 10%	niedrig
10% <	Eintrittswahrscheinlichkeit	≤ 30%	spürbar
30% <	Eintrittswahrscheinlichkeit	≤ 50%	mäßig
50% <	Eintrittswahrscheinlichkeit	≤ 70%	wahrscheinlich
70% <	Eintrittswahrscheinlichkeit		hoch

Auswirkung			Stufe
0 € ≤	Auswirkung	≤ 800 T €	unwesentlich
800 T € <	Auswirkung	≤ 2.500 T €	spürbar
2.500 T € <	Auswirkung	≤ 5.000 T €	moderat
5.000 T € <	Auswirkung	≤ 10.000 T €	bedeutend
10.000 T € <	Auswirkung		erheblich

STADA bewertet und berichtet nur Einzelrisiken quantitativ auf der Basis der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Auswirkung des Risikos, unabhängig von ihrer Risikokategorisierung. Eine interne Steuerung findet daher nur auf der Ebene der Einzelrisiken und nicht auf der Ebene aggregierter Risikokategorien statt. Zum Zweck der Darstellung in diesem Risikobericht werden nachfolgend die Auswirkungen der bewerteten Einzelrisiken in Jahreswerte umgerechnet. Die umgerechneten Einzelrisiken werden jeweils in einer aggregierten Risikokategorie zusammengefasst und in „hoch“, „mittel“ oder „gering“ gewichtet.

Die nachfolgenden Risiken werden grundsätzlich als Nettorisiken, also als Risiken inklusive der ergriffenen Maßnahmen zur Risikobewältigung, dargestellt.

Umfeld- und Branchenrisiken

STADA ist im Gesundheits- und Pharmamarkt in Marktregionen bzw. Marktsegmenten tätig, die sich u.a. durch hohe Preissensibilität, kontinuierlichen Margendruck, intensiven Wettbewerb und sich stetig verändernde regulatorische Rahmenbedingungen auszeichnen. Von wesentlicher Bedeutung für STADA sind Risiken, die im Zusammenhang mit Änderungen der Marktbedingungen ausgehend von einem starken Wettbewerb oder im Zusammenhang mit Veränderungen durch von STADA nicht beeinflussbare Strukturen und Mechanismen in den einzelnen nationalen Märkten der jeweiligen Marktregionen oder der Marktsegmente stehen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den STADA-Kernsegmenten Generika und Markenprodukte.

Einige Wettbewerber können auf Grund ihrer finanziellen und/oder organisatorischen Ressourcen und/oder Produktionskapazitäten und/oder Vertriebsstärke und/oder Marktmacht die Marktbedingungen in für STADA negativer Weise beeinflussen. Dies betrifft insbesondere solche Aktivitäten der Wettbewerber, die die Preisstellung (bspw. bei Ausschreibungen von Rabattverträgen), den Sortiments- und Serviceumfang und/oder die Liefer- und Rabattkonditionen beeinflussen, um die eigene Wettbewerbsposition zu sichern oder auszubauen. Des Weiteren können die Marktbedingungen auch durch das Auftreten von neuen Wettbewerbern beeinflusst werden.

Gleichzeitig ist eine Veränderung der Marktbedingungen ebenso durch eine steigende Nachfragemacht von einzelnen Kunden oder Kundengruppen (wie bspw. Ärzten, Apothekern, Patienten, Krankenkassen, Einkaufsringen, Apothekenketten, Großhandlungen, Versandhändlern) möglich, die eine Verschärfung des Preis-, Service- und/oder Konditionenwettbewerbs sowie ungünstigere Rahmenbedingungen bei Ausschreibungen von Rabattverträgen zur Folge haben können.

Dies kann dazu führen, dass STADA vor die Alternative gestellt wird, in einzelnen nationalen Märkten der jeweiligen Marktregionen entweder zu nicht kostendeckenden Preisen zu verkaufen oder auf wesentliche Umsätze zu verzichten und eine Wertberichtigung sowie Vernichtung von nicht mehr benötigten Lagerbeständen in Kauf zu nehmen. Der Ausfall dieser Umsätze kann zu einer Verschlechterung der Ertragslage bei bestehenden Umsätzen bspw. durch eine geringere Auslastung bestehender Kapazitäten oder eine verschlechterte Mengenstaffel bei Fremdbezug führen.

Prinzipiell ist STADA bereit, Chancen zu nutzen und in einzelnen Märkten der jeweiligen Marktregionen und/oder bei einzelnen Produkten oder Produktgruppen ggf. Verluste in Kauf zu nehmen, bspw. in Marktregionen mit großem Wachstumspotenzial für Umsatz und/oder Ertrag oder mit strategischer und/oder operativer Notwendigkeit zum Erhalt oder zum Ausbau der eigenen Marktposition. Diese Verluste können infolge des Wettbewerbs, des Kundenverhaltens oder staatlicher Regulierung auch höher als erwartet ausfallen.

STADA betreibt eine aktive Risikominimierung, indem das Marktgeschehen aller Marktteilnehmer umfassend beobachtet wird und auf Basis der Beobachtungen Handlungsalternativen aufgezeigt werden.

STADA stuft diese Risikokategorie als „mittel“ ein.

Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie von STADA ist maßgeblich auf Wachstum und Internationalisierung im Gesundheits- und Pharmamarkt in den Kernsegmenten Generika und Markenprodukte ausgelegt. Unter Kosten- und Risikoaspekten ist STADA grundsätzlich nicht in der Forschung nach bzw. Vermarktung von neuen pharmazeutischen Wirkstoffen aktiv, sondern konzentriert sich auf die Entwicklung und Vermarktung von Produkten mit – in der Regel pharmazeutischen – Wirkstoffen, die frei von gewerblichen Schutzrechten, insbesondere Patenten, sind.

Mit der Wachstumsstrategie von STADA ist das Risiko verbunden, dass STADA Schwierigkeiten im Zusammenhang mit bestimmten betrieblichen und/oder finanziellen Anforderungen entstehen, die operativ nicht oder nicht in ausreichendem Umfang erfüllt werden können. Sollten die sachlichen und personellen Kapazitäten, die internen Strukturen, die Steuerungsinstrumente sowie die Finanzmittel von STADA mit der Wachstumsstrategie des Konzerns nicht Schritt halten, kann sich dies für STADA wesentlich nachteilig auswirken.

In der Vergangenheit oder in der Zukunft erworbene Unternehmen, Produkte oder erworbene oder selbst erstellte andere Wirtschaftsgüter können möglicherweise nicht wie geplant oder nur zu höheren als den ursprünglich erwarteten Kosten in den Konzern integriert und/oder beabsichtigte Synergieeffekte möglicherweise nicht oder nicht in der beabsichtigten Höhe erzielt werden. Ferner können

akquirierte Gesellschaften und/oder Produkte möglicherweise nicht die erwarteten Resultate am Markt erzielen. Darüber hinaus können akquirierte Produkte möglicherweise nur mit unerwarteten Schwierigkeiten in neue Märkte eingeführt werden oder sich in ihren bestehenden Marktpositionen behaupten. Jeder der vorgenannten Sachverhalte kann insbesondere zu Wertminderungen von Vermögensgegenständen führen.

Die Umsetzung der im Grundsatz wachstumsorientierten Unternehmensstrategie setzt eine signifikante Fremdfinanzierung voraus. Bei der Finanzierung der laufenden Geschäftsaktivitäten sowie insbesondere der beabsichtigten künftigen Expansion besteht damit das Risiko, dass sich STADA nicht oder nur zu ungünstigen Bedingungen Kapital oder Kredite beschaffen kann.

Prinzipiell setzen sich international tätige Unternehmen wie STADA – vor allem indirekt durch ihre Beteiligung an den ausländischen Tochtergesellschaften – dem Risiko aus, bei der Geschäftstätigkeit den von Region zu Region und ggf. von Land zu Land unterschiedlichen und sich ändernden rechtlichen sowie steuerrechtlichen Rahmenbedingungen, dem jeweiligen spezifischen Marktumfeld sowie außerhalb des Euro-Raums den unterschiedlichen Währungen differenziert und mit möglicherweise erheblichem Aufwand Rechnung tragen zu müssen.

Für STADA ist es möglicherweise schwierig, nach dem Recht eines Landes, in dem STADA Geschäfte betreibt, ihre eigenen Ansprüche zu bezahlbaren Kosten und ohne wesentlich nachteilige Auswirkungen auf das Geschäft in diesem Land durchzusetzen. Stellt sich wider Erwarten heraus, dass dies in einem Land, in dem STADA geschäftlich aktiv ist, nicht der Fall ist, so kann dies wesentlich nachteilige Auswirkungen für die Geschäftstätigkeit in diesem Land, aber auch bei international vernetzten Geschäftsprozessen für den Konzern insgesamt haben.

Da STADA Waren und Dienstleistungen innerhalb des Konzerns überträgt bzw. erbringt, besteht das Risiko, dass die Finanzbehörden in einzelnen Ländern die jeweiligen Verrechnungspreise anders bewerten und nachträgliche Steuerforderungen gegenüber einer Gesellschaft des STADA-Konzerns erheben.

Zusätzlich besteht das Risiko, dass für die internationalen Geschäftstätigkeiten der Beteiligungen von STADA relevante Rahmenbedingungen – insbesondere steuerrechtliche Rahmenbedingungen – durch nationale oder supranationale Regulation in für STADA wesentlich nachteiliger Weise geändert werden. Zudem besteht im Rahmen der Internationalisierung das Risiko, dass sich das politische Umfeld in einzelnen Ländern im Allgemeinen und für STADA bzw. die Geschäftstätigkeit des Konzerns im Speziellen wesentlich nachteilig verändert, bspw. durch internationale Spannungen oder durch innere politische Entwicklungen in einzelnen Ländern, in denen STADA geschäftlich tätig ist. Ferner können Teile der Geschäftstätigkeit von STADA, vor allem in den Bereichen Produktentwicklung und Beschaffung, Bezug zu den USA haben und dort gegenüber anderen Ländern nach Einschätzung der Gesellschaft erhöhten rechtlichen Risiken unterliegen, insbesondere in den Bereichen Haftung und Patentstreitigkeiten. Dies kann dort mit erheblichen Kosten, vor allem für Rechtsberatung, verbunden sein. Gleiches gilt für Streitigkeiten in den USA bezüglich vertraglicher Vereinbarungen mit Dritten sowie der Verletzung der Vertraulichkeit von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Des Weiteren liegt ein prinzipielles unternehmensstrategisches Risiko, so auch von STADA, darin, dass sich die Märkte, Marktregionen und Marktsegmente, auf die sich ein Unternehmen strategisch konzentriert, anders als erwartet entwickeln. Auch wenn STADA alle Anstrengungen unternimmt, diese Erwartungen im Vorfeld sorgfältig zu analysieren, und dabei teilweise auch auf externe Daten und Einschätzungen zurückgreift, können Einschätzungsfehler von STADA, bspw. auf Grund ungenügender Datenlage, unerwarteter regulatorischer oder wettbewerblicher Einflüsse, neuer technologischer Entwicklungen oder veränderter gesellschaftlicher und makro- bzw. mikroökonomischer Trends, nicht ausgeschlossen werden, die mit erheblichen wesentlich nachteiligen Auswirkungen auf den Konzern oder einzelne Konzerngesellschaften verbunden sein können.

STADA stuft diese Risikokategorie als „gering“ ein.

Regulatorische Risiken

Der Gesundheits- und Pharmamarkt ist durch eine Vielzahl von Vorschriften gekennzeichnet. Die Änderung oder Aufhebung bestehender oder der Erlass neuer Vorschriften (insbesondere Vorschriften auf nationaler oder supranationaler Ebene in Bezug auf die Marktstruktur, Preisgestaltung und/oder Zulassung von Produkten des öffentlichen Gesundheitswesens bspw. durch Gerichtsentscheidungen oder Gesetzesänderungen) kann erhebliche wirtschaftliche und strategische Auswirkungen auf den Geschäftserfolg von STADA haben. Für STADA von wesentlicher Bedeutung sind Vorschriften auf nationaler oder supranationaler Ebene, die Marktstruktur, Preisgestaltung und/oder Zulassung von Produkten des öffentlichen Gesundheitswesens betreffen.

Daher besteht für das Geschäftsmodell von STADA das Risiko, dass sich von dem Unternehmen im Vertrauen auf den Fortbestand von bestehenden Marktstrukturen getätigte Investitionen nach regulatorischen Eingriffen als nicht werthaltig erweisen oder bestehende Marktpositionen sogar gefährdet sind. Dies betrifft bspw. die einzelnen nationalen Vertriebsstrukturen von STADA, die an den national unterschiedlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Vermarktung sowie den Vertrieb von und den Handel mit pharmazeutischen Produkten ausgerichtet sind, aber auch Veränderungen der direkten oder indirekten Nachfragemacht von einzelnen Kunden oder Kundengruppen oder geändertes Nachfrageverhalten.

Auf vielen Märkten der jeweiligen Marktregionen sind die Preise pharmazeutischer Produkte staatlicher Kontrolle und Regulation ausgesetzt. In einigen Märkten nehmen die Regierungen auch direkt Einfluss auf die Preisbildung. Dies kann dazu führen, dass durch nationale Vorschriften die Preise pharmazeutischer Produkte direkt (bspw. durch gesetzliche Preissenkungen) oder indirekt (bspw. durch Festbeträge, Zwangsabgaben, Bestimmungen bzw. Vorgaben zur Rabattgewährung, Schaffung von einen intensiveren Wettbewerb stimulierenden Rahmenbedingungen) reguliert oder durch supranationale Vorschriften beeinflusst werden. Der Preisdruck durch staatliche Erstattungssysteme kann die Profitabilität einzelner Produkte schmälern und im Einzelfall die Markteinführung eines neuen Produkts unrentabel machen. Des Weiteren besteht das Risiko, dass die staatlichen Gesamtausgaben innerhalb des Pharmamarkts eines Landes auf einen maximalen Betrag gedeckelt werden könnten und, sollte dieser Maximalbetrag überschritten werden, von allen Marktteilnehmern und somit auch von STADA direkt oder auch indirekt rückwirkend Zwangsabgaben zu leisten sind. Dies kann die Profitabilität in den betroffenen Ländern schmälern. STADA geht davon aus, dass das Ausmaß der Preisregulierung und des Preisdrucks weiter bestehen bleibt oder sich sogar noch vergrößert.

Prinzipiell besteht für alle Produkte im Gesundheitsmarkt, insbesondere jedoch für pharmazeutische Produkte, das Risiko der Ausgrenzung oder Reduzierung der Kostenerstattung durch regulatorische Eingriffe im Rahmen der jeweiligen nationalen Gesundheitssysteme. Dies kann dazu führen, dass die Profitabilität einzelner Produkte geschmälert und im Einzelfall die Markteinführung eines neuen Produkts unrentabel wird.

Zusätzlich besteht für pharmazeutische Produkte das Risiko, dass arzneimittelrechtliche Rahmenbedingungen oder Bestimmungen zu gewerblichen Schutzrechten oder andere für den Ausbau des Produkt-Portfolios relevante Bestimmungen durch nationale oder supranationale Vorschriften in für STADA wesentlich nachteiliger Weise geändert werden. Gleichartige Risiken bestehen auch für andere teilregulierte Produktkategorien im Gesundheitsmarkt wie z.B. Medizinprodukte.

Eine exakte Prognose zu Einführung und Ausmaß von etwaigen Änderungen nationaler oder supranationaler Regelungen sowie deren Auswirkungen auf für STADA relevante Marktstrukturen und/oder Geschäftsprozesse ist nicht möglich, da Einführung und Ausmaß solcher Regelungen vom politischen Prozess in dem jeweiligen Land oder von gerichtlichen Entscheidungen abhängen und nach dem Inkrafttreten solcher Regelungen die Auswirkungen von den Reaktionen der jeweils betroffenen Marktbeteiligten in wesentlichem Maße mit beeinflusst werden. Veränderungen des regulatorischen Umfelds in den Hauptabsatzmärkten von STADA werden fortlaufend analysiert. Je nach Ausmaß der staatlichen Regulation könnte es notwendig werden, das Geschäftsmodell anzupassen.

STADA stuft diese Risikokategorie als „mittel“ ein.

Risiken des Produkt-Portfolios

Eine wesentliche Rolle für die Wettbewerbsposition und den Unternehmenserfolg spielt bei STADA der kontinuierliche Ausbau des Produkt-Portfolios. Damit verbunden ist das Risiko, dass Produkte, die entgegen den Planungen dem Produkt-Portfolio von STADA hinzugefügt werden sollen, durch unerwartete Ereignisse und/oder fehlerhafte Ausführungen der den Markteintritt vorbereitenden Aktivitäten wie bspw. Produktentwicklung und Zulassung nicht oder verspätet oder nur zu höheren Entwicklungs- und/oder Herstellungskosten als ursprünglich angenommen zur Markteinführung gebracht werden können. Ursache dafür können zusätzliche Anforderungen der Zulassungsbehörden, direkte staatliche Preisfestsetzung oder eine zusätzliche Zulassung für die Erstattung durch das jeweilige nationale Gesundheitssystem sein. Risiken bei Entwicklungs- und Zulassungsprozessen für neue Produkte werden fortlaufend identifiziert und bewertet.

Zudem ist auch bei der Entwicklung und Zulassung bei jedem einzelnen Produkt die genaue Beachtung einschlägiger rechtlicher Vorschriften von großer Bedeutung. Bei Generika gilt dies in besonderem Maß für die Beachtung von gewerblichen Schutzrechten (wie bspw. Patenten, SPCs und so genannten Bezugnahmesperren). Werden einzelne rechtliche Vorschriften verletzt, kann dies zu einer Verzögerung oder sogar Verhinderung der Ausbietung eines neuen Produkts durch rechtliche Schritte von Wettbewerbern oder Zurückweisung durch die Zulassungsbehörden führen. Sofern STADA unter der Annahme der rechtlichen Unbedenklichkeit Produkte angeboten hat und sich im Zuge gerichtlicher Entscheidungen herausstellt, dass diese Annahme irrig war, so besteht das Risiko, dass STADA eingeführte Produkte mit erheblichen Kosten vom Markt nehmen muss, vorhandene und zurückgenommene Bestände wertberichtigen und vernichten muss sowie auch signifikante Schadensersatzleistungen, unter anderem auch bei Verletzung gewerblicher Schutzrechte, erbringen muss.

Trotz intensiver Tests ist es möglich, dass potenzielle Nebenwirkungen oder anfänglich verborgene Mängel bei bestehenden Produkten erst nach der Zulassung oder bei der Vermarktung entdeckt werden oder dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse oder Auswertungen zu einer ungünstigeren Risiko-Nutzen-Analyse führen können, wodurch das Produkt ganz oder teilweise vom Markt genommen werden muss. Ein solcher Vertriebsstopp kann in freiwilliger Selbstverantwortung oder auch durch rechtliche und behördliche Schritte begründet sein. Zudem könnten Gerichtsverfahren und damit verbundene Schadensersatzforderungen auf Grund potenzieller Nebenwirkungen oder anfänglich verborgener Mängel das Ergebnis erheblich belasten.

STADA stuft diese Risikokategorie als „gering“ ein.

Rechtliche Risiken

Die Geschäftstätigkeit von STADA ist mit Risiken behaftet, die sich aus bestehenden oder möglichen zukünftigen Rechtsstreitigkeiten ergeben. Risiken, die im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten auftreten, werden fortlaufend identifiziert, bewertet und kommuniziert.

Die Geschäftstätigkeit von STADA ist insbesondere im Kernsegment Generika mit dem erhöhten Risiko von Streitigkeiten um gewerbliche Schutzrechte (insbesondere Patente und SPCs) sowie um die angebliche Verletzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen verbunden, die von Dritten gegenüber STADA oder von STADA gegenüber Dritten eingeleitet werden könnten. Zum Schutz der als vertraulich zu behandelnden Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verwendet STADA Vertraulichkeitsvereinbarungen mit Beschäftigten, externen Kooperationspartnern, Leistungserbringern oder bestimmten anderen Vertragspartnern. Es kann jedoch nicht gewährleistet werden, dass diese Vereinbarungen und andere Schutzmaßnahmen für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einen wirkenden Schutz darstellen oder verletzt werden. Als Folge davon könnten erhebliche Kosten entstehen, insbesondere wenn derartige Verfahren in den USA erfolgen. Außerdem könnten erhebliche Schadensersatzverpflichtungen drohen und/oder die Vermarktung von Produkten könnte vollständig oder zeitweise untersagt werden.

Sofern ein ernst zu nehmendes Risiko einer späteren Inanspruchnahme besteht, bildet STADA für evtl. entstehende Schadensersatzansprüche produktbezogene, aus Sicht von STADA angemessene Rückstellungen, die im Konzern zum 31.12.2015 insgesamt 1,1 Mio. € betragen (31.12.2014: 0,3 Mio. €). STADA kann prinzipiell nicht gewährleisten, dass diese gebildeten Rückstellungen im Einzelfall und in der Summe ausreichend sind.

Die Geschäftstätigkeit von STADA ist mit dem Risiko von Haftungsansprüchen verbunden. Sollten einzelne Produkte des Unternehmens fehlerhaft sein und/oder unerwünschte Nebenwirkungen hervorrufen oder einzelne Dienstleistungen oder Tätigkeiten des Konzerns in fehlerhafter Weise ausgeführt werden, könnte dies zu erheblichen Schadensersatzverpflichtungen führen und die Einschränkung oder Aufhebung der Zulassung der betroffenen Produkte oder die Aufhebung der Genehmigung der Dienstleistung zur Folge haben. Es kann prinzipiell nicht gewährleistet werden, dass die vom Konzern abgeschlossenen Versicherungen nach Art und Umfang ausreichend sein werden, um den Konzern vor allen möglichen Schadensersatzansprüchen oder Verlusten zu schützen.

Zudem unterliegt STADA dem Risiko der Rechtsprechung, die in wesentlich nachteiligerer Weise als von STADA zunächst erwartet ausfallen kann. Dieses Risiko bezieht sich sowohl auf Verfahren, in denen STADA selbst Prozessbeteiligte ist, als auch auf Verfahren Dritter, bei denen Urteile indirekte wesentlich nachteilige Auswirkungen auf STADA bzw. das für STADA relevante Marktumfeld haben könnten. Dies gilt insbesondere für Urteile im Wettbewerbs- und Kartellrecht, im Steuerrecht, im Patentrecht und zur Umsetzung einzelner regulativer Vorschriften der Gesundheitsversorgung auf nationaler und/oder supranationaler Ebene.

STADA stuft diese Risikokategorie als „mittel“ ein.

Leistungswirtschaftliche Risiken

Die Produktionsstätten der STADA sind dem Risiko fehlerhafter oder ineffizient ablaufender Planungs- und Produktionsprozesse sowie dadurch oder durch externe Einflüsse bedingter Produktionsstörungen und -ausfälle ausgesetzt. Dies könnte sich wesentlich nachteilig auf die Kosten, die Wettbewerbsfähigkeit, die Lieferfähigkeit und die damit verbundenen Absatz-, Umsatz- und Ertrags-erwartungen sowie das Ansehen bei Kunden auswirken.

Auch wenn STADA alle Anstrengungen unternimmt, ausschließlich sichere Geschäftsprozesse – insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung, Produktion und Logistik – auszuführen, so kann prinzipiell nicht ausgeschlossen werden, dass es bei solchen Prozessen zu unerwarteten Störungen kommt, die die Gesundheit von Mitarbeitern von STADA oder Dritten gefährden und/oder Umweltschäden hervorrufen können, da STADA bei der Entwicklung, Herstellung und Prüfung von Produkten des Konzern-Portfolios, insbesondere bei Arzneimitteln, regelmäßig mit Stoffen arbeitet, die Gefahrstoffcharakter aufweisen. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass im Schadensfall die dafür getroffenen Vorsorgemaßnahmen und Versicherungen keine ausreichende Deckung gewähren.

Einzelne nationale Märkte zeichnen sich im Kernsegment Generika zunehmend durch sehr hohe Volumenvolatilitäten aus, die sich im Umfeld von Ausschreibungen durch staatliche Institutionen oder Krankenkassen regelmäßig ergeben. Auch wenn STADA alle Anstrengungen unternimmt (z.B. durch Szenariokalkulationen und eine spezifische operative Aufstellung der jeweiligen Lieferkette), Lieferengpässe und/oder einen unbeabsichtigten Bestandsaufbau zu vermeiden, so können solche Ereignisse angesichts des umfangreichen Portfolios dennoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Bei den Geschäftsprozessen von STADA sind insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung, Beschaffung und Produktion, Verpackung, Logistik und Vertrieb, aber zunehmend auch in anderen Bereichen in erheblichem Umfang externe Zulieferer, Lohnhersteller, Vertriebslizenznehmer oder sonstige Auftragnehmer integriert. Darüber hinaus bedient sich STADA in verstärktem Umfang der Möglichkeit, durch Kooperationen Leistungen durch Dritte erbringen zu lassen. Außerdem hat STADA deutsche Apotheken bei derzeit zwei Markenprodukten speziell dafür lizenziert, von STADA gelieferte teilverpackte Produkte in der eigenen Apotheke endzuverpacken. Mit jeder Einbindung von Dritten in die eigenen Geschäftsprozesse ist das Risiko verbunden, dass einzelne Geschäfts-

oder Kooperationspartner ihren Verpflichtungen nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommen oder den Vertrag mit der Gesellschaft kündigen und STADA dadurch wesentliche Nachteile entstehen. Außerdem könnte STADA für Pflichtverletzungen der Geschäfts- und Kooperationspartner einstehen müssen.

STADA ist abhängig von der globalen Entwicklung der Einkaufspreise für benötigte Wirk- oder Hilfsstoffe und – soweit die Produkte in Lohnherstellung gefertigt werden – von den mit Lohnherstellern auszuhandelnden Lieferpreisen, die – auch produktspezifisch – stark schwanken können. STADA setzt zur Begrenzung des Risikos marktbedingter Margenverluste durch fallende Absatzpreise gegenüber Lieferanten teilweise Instrumente ein, die diese am Marktpreisrisiko beteiligen, wie bspw. Preisgleitklauseln, die eine Kopplung von Bezugspreisen an aktuelle Absatzpreise garantieren, Nachverhandlungen oder die Vereinbarung von Sonderbeschaffungspreisen für spezielle Absatzmengen, etwa im Rahmen von Ausschreibungen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass Steigerungen der Beschaffungskosten und/oder Versorgungsengpässe bei einzelnen Produkten zu wesentlich nachteiligen Auswirkungen auf den Umsatz und/oder die Margen führen können.

Eine Vielzahl von Verträgen der STADA AG enthalten – insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung und Produktion sowie bei Vertriebsrechten – so genannte „Change of Control“-Klauseln, die in der Regel beiden Vertragsparteien branchenübliche wechselseitige Sonderkündigungsrechte für zwischen den Parteien geschlossene Vereinbarungen für den Fall einräumen, dass bei einem Vertragspartner ein so genannter Kontrollwechsel (Änderung des Mehrheitsbesitzes) erfolgt, bspw. nach einem erfolgreichen Übernahmeangebot. Für den Fall eines Kontrollwechsels bei STADA könnte es sich wesentlich nachteilig für STADA auswirken, wenn Vertragspartner von solchen Sonderkündigungsrechten Gebrauch machen, insbesondere wenn diese Kündigungen einen über Einzelfälle hinausgehenden Umfang annehmen.

STADA stuft diese Risikokategorie als „mittel“ ein.

Personalrisiken

STADA ist in hohem Maße auf das Engagement, die Motivation und die Fähigkeiten seiner Beschäftigten angewiesen. Der Ausfall von Fach- und Führungskräften in Schlüsselpositionen könnte wesentlich nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft haben. Der weitere Erfolg des Unternehmens ist außerdem davon abhängig, auch in Zukunft, ungeachtet der demographischen Herausforderungen, im Wettbewerb mit anderen Unternehmen qualifizierte Beschäftigte gewinnen und langfristig binden zu können. Länder- und industriespezifische Fluktuationsrisiken müssen vorausschauend identifiziert und gezielt adressiert werden, um erfolgs- und geschäftskritische Fähigkeiten und Kompetenzen im Unternehmen zu halten. STADA begegnet diesen Risiken zum einen durch weltweit eingeführte Personalentwicklungs- und Nachfolgeprozesse, nach denen das Potenzial der Beschäftigten systematisch erkannt und gefördert wird. Darüber hinaus setzt STADA gezielte Entwicklungsmaßnahmen ein, um sowohl junge als auch erfahrene hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Karriereentwicklung zu unterstützen und erfolgskritische Kompetenzen im Unternehmen zu entwickeln und zu halten.

Es ist das ausdrückliche Ziel von STADA, alle Geschäftsprozesse und Aktivitäten ausschließlich im Rahmen der jeweils gültigen Gesetze abzuwickeln. Im Rahmen des bei STADA eingerichteten Compliance-Systems werden dazu alle Beschäftigten regelmäßig und im Umfang angepasst an ihren jeweiligen Verantwortungsbereich geschult und unterwiesen. Dennoch kann es nicht ausgeschlossen werden, dass Beschäftigte bei der Abwicklung von Geschäftsprozessen in Abweichung von den Konzernvorgaben einer vollständigen Compliance fahrlässig oder vorsätzlich gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen und dass sich solche Verstöße wesentlich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit des Unternehmens und/oder einzelner Tochtergesellschaften sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von STADA auswirken, bspw. nach Aufdeckung solcher Gesetzesverstöße durch auferlegte Schadensersatz- und/oder Kompensations- und/oder Strafzahlungen, Ausschluss von Ausschreibungen oder Schaden in der Reputation.

STADA stuft diese Risikokategorie als „gering“ ein.

Risiken in Bezug auf die Informationstechnologie

Die strategischen Ziele von STADA sind nur durch eine optimale Ausrichtung und angemessene Unterstützung durch die Nutzung einer Vielzahl von IT-Systemen und -Prozessen zu erreichen. In diesem Zusammenhang hat STADA kontinuierlich Investitionen zu leisten, um diese komplexen und leistungsfähigen Systeme auf sich ändernde Geschäftsprozesse angemessen auszuliegen.

Dabei bilden die genutzten IT-Anwendungen in der Prozesssteuerung die Basis für die vertragsgerechte Lieferung der Produkte an die Kunden der STADA AG. Sollten bei den informationstechnischen Prozessen des Unternehmens trotz aller Vorsorgemaßnahmen Insuffizienz und/oder Ineffizienz auftreten, könnte dies wesentlich nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftsprozesse von STADA haben. Auch Schwankungen in der Qualität der internen IT-Services können zum Ausfall geschäftskritischer IT-Anwendungen führen, die einen direkten Einfluss auf die Lieferfähigkeit von STADA hätten. Ebenso könnte der Ausfall eines Rechenzentrums die Servicequalität beeinträchtigen bzw. zu einem vollständigen Ausfall kritischer Applikationen führen.

Das Internet als Tatmittel und der Missbrauch digitaler Technologien als Begehungsform neuer Arten der Kriminalität, d.h. insgesamt die Computerkriminalität (E-Crime), entwickelt sich mit großer Geschwindigkeit und stellt eine weitere Herausforderung dar. Daraus können sich Bedrohungen wie der Ausfall zentraler IT-Systeme, die Preisgabe von vertraulichen Daten aus Entwicklung und Geschäftstätigkeit, die Manipulation von IT-Systemen in der Prozesssteuerung oder eine erhöhte Belastung und/oder Beeinträchtigung von IT-Systemen durch Virusattacken ergeben. Dieses Szenario beinhaltet auch die vorübergehende Übernahme von exponierten Systemen durch Hacker sowie daraus folgend den möglichen Widerruf von Arzneimittelzulassungen auf Grund mangelbehafteter Validierung relevanter IT-Systeme. Solch ein unberechtigter Datenzugriff, Datenmissbrauch oder Datenverlust könnte ebenfalls wesentlich nachteilige Auswirkungen auf den Konzern haben.

Derzeit wird bei STADA die schrittweise Umstellung verschiedener informationstechnischer Systeme (IT-Systeme) auf ein integriertes SAP-System vorgenommen. Prinzipiell besteht bei der Einführung neuer oder der Umstellung bestehender IT-Systeme ein erhöhtes Risiko für das Auftreten nicht vorhersehbarer Ereignisse, die während der Startphase und auch während der Integrations- und Ausbauphase den Ablauf der Geschäftsprozesse wesentlich nachteilig beeinflussen und sich somit wesentlich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit der STADA auswirken könnten.

STADA stuft diese Risikokategorie als „gering“ ein.

Konjunkturelle Risiken

Der Geschäftserfolg von STADA und ihren Beteiligungen hängt in der Regel auch von konjunkturellen Einflüssen ab, da ein Konjunkturabschwung regelmäßig den ohnehin herrschenden Kostendruck in einzelnen nationalen Gesundheitssystemen verstärken kann und damit möglicherweise Geschwindigkeit und Ausmaß regionaler regulatorischer Maßnahmen zur Kostendämpfung deutlich erhöht. Infolgedessen sind für STADA wesentlich nachteilige Ausgestaltungen insbesondere für die verschreibungspflichtigen Arzneimittel, bspw. staatlich angeordnete Preissenkungen, nicht auszuschließen.

Des Weiteren sind Absatz und Umsatz solcher Produkte bzw. Produktlinien besonders konjunkturabhängig, bei denen der Konsument die Kosten dieser Produkte nicht im Rahmen des jeweiligen nationalen Versicherungssystems erstattet bekommt, sondern diese ganz oder zu einem überwiegenden Teil selbst trägt. Dies gilt im STADA-Produkt-Portfolio insbesondere für Arzneimittel zur Selbstmedikation, für Produkte ohne Arzneimittelcharakter sowie für angebotene Dienstleistungen und für verschreibungspflichtige Medikamente in Marktregionen mit Ländern ohne umfassendes staatliches Gesundheitssystem, wie bspw. Russland in der Marktregion CIS/Osteuropa.

Ein weiteres wesentliches Risiko für STADA besteht im Bereich Finanzwirtschaft. Den Unternehmenserfolg in diesem Bereich wesentlich beeinflussende Parameter, wie bspw. Finanzierungsmöglichkeiten, Zinssätze, Inflationsraten, Währungsrelationen und Kundenliquidität, können starken konjunkturellen Einflüssen unterliegen und damit den Geschäftserfolg von STADA im Falle einer Konjunkturschwäche auch wesentlich nachteilig beeinflussen. Zudem sind für die Akquisitionspolitik von STADA liquide Finanzmärkte zur Refinanzierung eine wichtige Voraussetzung. Im Falle von Störungen der Finanzmärkte – seien sie global oder regional in für STADA wichtigen Marktregionen – sind wesentlich nachteilige Auswirkungen für STADA nicht auszuschließen.

Seit dem Beginn des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine in 2014 wird die Entwicklung von STADA insbesondere in dem zu der Marktregion CIS/Osteuropa gehörenden russischen Markt von diesem Konflikt belastet. Dies wirkte sich im Geschäftsjahr 2015 zum einen durch eine Kaufzurückhaltung der russischen Verbraucher und Großhändler nachteilig auf STADA aus. Zum anderen führte es zu einer teilweise deutlichen Abwertung der Währungen russischer Rubel, ukrainische Griwna und kasachischer Tenge. Derzeit ist nicht absehbar, wie lange die politischen Unruhen anhalten werden. Sollte sich die Krise weiter fortsetzen, könnte dies weitere negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Finanzlage des STADA-Konzerns haben (vgl. „Finanzielle Risiken“).

Ein weiteres Risiko besteht in der Werthaltigkeit der in der Bilanz enthaltenen Vermögensgegenstände, insbesondere der Geschäfts- oder Firmenwerte und der sonstigen immateriellen Vermögensgegenstände. Sie unterliegen sorgfältigen und detaillierten Prüfungen. Bei Vorliegen bestimmter Anhaltspunkte werden sowohl immaterielle Vermögensgegenstände als auch Sachanlagen einem anlassbezogenen Werthaltigkeitstest unterzogen. Grundsätzlich kann hier nicht ausgeschlossen werden, dass es bei der Überprüfung der Werthaltigkeit, bspw. durch das Auftreten von neuen Erkenntnissen bei Zulassungen oder die Veränderung der Marktbedingungen in den einzelnen Marktregionen oder in einzelnen Ländern einer Marktregion, zur Feststellung eines entsprechenden Wertminderungsbedarfs kommen kann.

Im Fall einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise können sich die vorstehend geschilderten konjunkturabhängigen Risiken erheblich verschärfen.

STADA stuft diese Risikokategorie als „gering“ ein.

Finanzielle Risiken

Im Rahmen des Möglichen begegnet STADA finanziellen Risiken mit finanzpolitischen Methoden und einem spezifischen Risikomanagement.

Die Grundzüge der Finanzpolitik und des finanziellen Risikomanagements werden mindestens einmal jährlich im Rahmen des Budgetprozesses vom Vorstand festgelegt bzw. bestätigt. Darüber hinaus bedürfen alle Transaktionen oberhalb einer vom Vorstand festgelegten Relevanzschwelle der vorherigen Genehmigung durch den Vorstand. Zusätzlich wird der Vorstand regelmäßig über Art, Umfang und Betrag der aktuellen Risiken informiert. Diese Risiken umfassen mit Blick auf Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und geplante Transaktionen insbesondere Risiken aus Veränderungen von Wechselkursen und Zinssätzen. Ziel des finanziellen Risikomanagements ist es, Marktrisiken aus laufenden operativen und finanzorientierten Aktivitäten zu begrenzen. Hierzu werden je nach Einschätzung des finanziellen Risikos ausgewählte derivative und nicht derivative Sicherungsinstrumente eingesetzt. Grundsätzlich werden jedoch nur finanzielle Risiken besichert, die signifikante Auswirkungen auf den Cashflow haben.

Liquiditätsrisiken bestehen, wenn STADA nicht über ausreichende Liquidität verfügt. Diese können bspw. durch den Ausfall bestehender Cash-Positionen, mangelnde Verfügbarkeit von Kreditmitteln, den reduzierten Zugang zu den Finanzierungsmärkten oder Schwankungen im operativen Geschäftsverlauf entstehen. Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und finanziellen Flexibilität von STADA durch einen ausreichenden Bestand an Liquiditätsreserven und freien Kreditlinien. STADA finanziert sich über kurz- und langfristige Kredite bei Banken, Schuldscheindarlehen, Anleihen und Factoring.

Darüber hinaus verfügt STADA über einen soliden operativen Cashflow und über weitere bilaterale Kreditverträge bei verschiedenen Banken (Kreditlinien), die im Bedarfsfall genutzt werden können.

Die Bilanz- und Konzernwährung von STADA ist der Euro. Auf Grund der internationalen Ausrichtung der Geschäftstätigkeit ist STADA jedoch Risiken aus Wechselkursschwankungen ausgesetzt.

Diese Risiken bestehen in möglichen Wertänderungen, insbesondere bei Forderungen und Verbindlichkeiten in einer anderen Währung als der jeweiligen funktionalen Währung, durch Schwankungen der Wechselkurse (Transaktionsrisiko).

Risiken aus währungsbedingten Zahlungsstromschwankungen begegnet STADA durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente, die ausschließlich zur Absicherung der aus operativen Tätigkeiten, Finanztransaktionen und Investitionen resultierenden Währungsrisiken eingesetzt werden.

STADA nutzt neben natürlichen Absicherungen (Natural Hedges) grundsätzlich unterschiedliche derivative Finanzinstrumente, um den Risiken von auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenständen, Verbindlichkeiten und erwarteten zukünftigen Devisenströmen zu begegnen. Im Berichtsjahr setzte STADA u.a. Devisenterminkontrakte und Zins-/Währungsswaps ein. Die Fälligkeit von Terminkontrakten richtet sich dabei nach dem erwarteten Zahlungsstrom der Gesellschaft. Die Restlaufzeit der Kontrakte beträgt aktuell bis zu zwei Jahre.

Grundsätzlich ist nicht auszuschließen, dass sich Absicherungsstrategien gegenüber Währungsrisiken als unzureichend, falsch oder suboptimal herausstellen.

Zinsrisiken bestehen für STADA bei Finanzanlagen und Finanzschulden, hauptsächlich in der Euro-Zone.

Um die Auswirkungen von bedeutsamen Zinsschwankungen zu minimieren, managt STADA das Zinsrisiko für die auf Euro lautenden Finanzverbindlichkeiten mit derivativen Sicherungsgeschäften. Dabei ermittelt STADA bestehende Zinsänderungsrisiken anhand von Sensitivitätsanalysen, die die Effekte von Änderungen der Marktzinssätze auf Zinszahlungen, Zinserträge und -aufwendungen sowie auf das Eigenkapital darstellen.

Eine Sensitivitätsanalyse gemäß den Regelungen des IFRS 7 hat ergeben, dass im Geschäftsjahr 2015 eine Erhöhung der Marktzinssätze um 100 Basispunkte zu einer Ergebnisbelastung in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) und eine Verringerung der Marktzinssätze um 100 Basispunkte ebenfalls zu einer Ergebnisbelastung in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: Ergebnisentlastung von 0,4 Mio. €) geführt hätte.

Im Geschäftsjahr 2015 bestanden zur Absicherung des Zinsrisikos Cashflow-Hedges in Form von Zinsswaps.

Zu Spekulationszwecken werden derivative Finanzinstrumente weder gehalten noch begeben.

Außerdem kann STADA einem Ausfallrisiko im operativen Geschäft oder aus Finanzierungsaktivitäten ausgesetzt sein, wenn Vertragspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Zur Vermeidung von Ausfallrisiken im Finanzierungsbereich gibt es zum einen entsprechende Kreditmanagementprozesse und zum anderen werden entsprechende Geschäfte in der Regel nur mit Kontrahenten einwandfreier Bonität abgeschlossen.

Ausfallrisiken bestehen auch auf Grund von Liefer- und Leistungsbeziehungen. STADA wickelt in aller Regel Geschäfte gegenüber einer Vielzahl von Debitoren nicht gegen Barzahlung, sondern auf Rechnung ab. Damit ist das prinzipielle, teilweise auch konjunkturabhängige Geschäftsrisiko des Debitorenausfalls verbunden. Aus diesem Grund strebt STADA nur Geschäftsverbindungen mit Geschäftspartnern einwandfreier Bonität an. Darüber hinaus sichert sich STADA teilweise durch geeignete Maßnahmen wie Bürgschaften/Garantien, Kreditversicherungen oder die Übertragung von Vermögensgegenständen gegen das Ausfallrisiko ab. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass diese Maßnahmen nicht ausreichend sind und es in signifikantem Umfang zum Ausfall einzelner Debitoren und somit zu Belastungen aus einmaligen Sondereffekten kommen kann. Im operativen Bereich werden überfällige Forderungen fortlaufend überwacht und potenzielle Ausfallrisiken durch die Bildung von Wertberichtigungen antizipiert. Außerdem besteht das Risiko, dass in einem schwierigen konjunkturellen und finanziellen Umfeld nationale Gesundheitssysteme Zahlungen an STADA oder Geschäftspartner von STADA verzögert oder überhaupt nicht leisten und dass damit direkt oder indirekt erhöhte Ausfallrisiken entstehen.

Des Weiteren bestehen im Rahmen einer hypothetischen Risikobetrachtung sonstige Preisänderungsrisiken in Bezug auf Börsenkurse. Allerdings weist STADA zum Bilanzstichtag keine zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögensgegenstände, deren beizulegender Zeitwert anhand von Börsenkursen ermittelt wird, zum Bilanzstichtag mehr aus.

STADA bedient sich seines internationalen Netzwerks und führt strategische Konzernfunktionen zentral über die STADA Arzneimittel AG aus. Dadurch kommt einem übergreifenden steuerlichen Verrechnungspreismodell für die Vergütung der entsprechenden konzerninternen Leistungen eine zunehmende Bedeutung zu. Mögliche Risiken aus einer Nichtanerkennung dieser Verrechnungspreise für steuerliche Belange werden durch die Einleitung von entsprechenden Verständigungsverfahren und eine übergreifende Definition von Verrechnungspreisen in Form einer Konzernrichtlinie begrenzt. Eine Nichtanerkennung von Verrechnungspreisen kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Des Weiteren hat STADA Verpflichtungen im Zusammenhang mit Pensionszusagen. Der Barwert der Versorgungsverpflichtungen kann sich durch Veränderungen relevanter Bewertungsparameter, zum Beispiel Veränderungen des Zinssatzes oder der zukünftigen Gehaltssteigerung, wesentlich erhöhen. Es besteht somit das Risiko, dass sich die relevanten Bewertungsparameter in für STADA ungünstiger Weise verändern und weitere Zuführungen fällig werden.

Insgesamt ist nicht auszuschließen, dass die vorstehend beschriebenen von STADA eingesetzten finanzpolitischen Methoden und das spezifische finanzwirtschaftliche Risikomanagement sich als nicht ausreichend erweisen könnten, um alle finanzwirtschaftlichen Risiken und damit verbundenen möglichen wesentlichen Nachteile für STADA abzuwenden.

STADA stuft diese Risikokategorie als „mittel“ ein.

Andere Risiken

STADA als Konzern und die STADA-Tochtergesellschaften in den Marktregionen bzw. Märkten tragen wie jedes Unternehmen weitere allgemeine Geschäftsrisiken wie bspw. das Risiko von unerwarteten Störungen der Infrastruktur, Streiks, Unfällen, Naturkatastrophen, Sabotage, kriminellen Aktivitäten, Terrorismus, Kriegen und anderen unvorhersehbaren wesentlich nachteiligen Einflüssen. Soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll, sichert sich STADA dagegen durch den Abschluss entsprechender Versicherungen ab. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass diese Versicherungen nicht ausreichend sind.

STADA stuft diese Risikokategorie als „gering“ ein.

Zusammenfassende Beurteilung der Risiken

Risikokategorie	Risikoeinstufung durch STADA
Umfeld- und Branchenrisiken	mittel
Unternehmensstrategische Risiken	gering
Regulatorische Risiken	mittel
Risiken des Produkt-Portfolios	gering
Rechtliche Risiken	mittel
Leistungswirtschaftliche Risiken	mittel
Personalrisiken	gering
Risiken in Bezug auf die Informationstechnologie	gering
Konjunkturelle Risiken	gering
Finanzielle Risiken	mittel
Andere Risiken	gering

Sollten einzelne oder mehrere dieser vorgenannten oder im Geschäftsverlauf neu hinzukommenden Risiken auftreten, kann sich dies jeweils wesentlich nachteilig auf die Geschäftstätigkeiten des Konzerns auswirken. Insbesondere könnten damit jeweils wesentlich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von STADA verbunden sein.

Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken auf Grundlage des eingesetzten Risikomanagements. Auf Grund der unverändert angespannten Situation in der CIS-Region ist das Risikoumfeld von STADA unverändert. Trotzdem sind aus heutiger Sicht keine Risiken erkennbar, die entweder einzeln oder in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Konzerns gefährden könnten.

PROGNOSEBERICHT

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick

Für 2016 erwartet der IWF einen leichten Anstieg des globalen Wirtschaftswachstums. Getragen wird dieser Anstieg von einer moderaten, aber ungleichen Verbesserung in den entwickelten Ländern und – trotz einer weiter rückläufigen Entwicklung in China – leichten Erholung in den Schwellenländern, insbesondere in Ländern mit derzeit schwieriger Wirtschaftslage wie Brasilien, Russland und einigen Ländern des Nahen Ostens. Auch für den Euro-Raum wird eine anhaltende moderate Erholung bzw. ein leichtes Wachstum prognostiziert. Einer lockeren Geldpolitik, deutlich niedrigeren Ölpreisen sowie einer Euro-Abwertung stehen die Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die demographische Entwicklung sowie eine nachlassende Produktivität entgegen. Während aus einigen Schwellenländern in Asien und der Region Mittlerer Osten Unterstützung kommt, wird für die Region CIS (Commonwealth of Independent States) eine Stabilisierung der Wirtschaftsleistung erwartet. Insbesondere Russland steht vor dem Hintergrund von Wirtschaftssanktionen und stark rückläufigem Ölpreis ein weiteres schwieriges Jahr bevor, auch wenn sich die Situation nach der tiefen Rezession in 2015 verbessern sollte.

Für das Jahr 2016 geht der IWF von folgenden Annahmen¹⁾ aus:

- weltweites Wirtschaftswachstum in 2016 mit 3,4% leicht über Vorjahr (3,1%), getrieben sowohl durch moderate Verbesserungen in den entwickelten Ländern (+2,1%; Vorjahr: +1,9%) sowie den Schwellenländern (+4,3%; Vorjahr +4,0%); das Wachstum im Euro-Raum bleibt aber mit +1,7% ohne große Dynamik, Deutschland wächst mit +1,7% in etwa auf Vorjahresniveau (+1,5%)
- Schwellenländerwachstum mit leicht verbesserter Performance: ASEAN-5 mit +4,8% in etwa auf Vorjahresniveau (+4,7%); CIS mit +0,0% gegenüber Vorjahr stabilisiert (-2,8%); Russland kommt mit -1,0% nicht aus der Rezession, stabilisiert sich aber deutlich (Vorjahr: -3,7%); Region Emerging and Developing Europe mit +3,1% nur leicht unter Vorjahr

Branchenspezifischer Ausblick

Das Wachstum der Gesundheitsmärkte wird allgemein vom Bevölkerungswachstum, der demographischen Entwicklung und vom medizinischen Fortschritt unterstützt. Das prognostizierte Wachstum in den Schwellenländern sollte die Kaufkraft der Patienten und damit auch die Nachfrage nach in der Regel nicht erstattungsfähigen Markenprodukten weiter stärken. So prognostiziert IMS Health für den internationalen OTC-Markt bis 2020 ein jährliches Wachstum bis zu 3,6%²⁾. Die Vorhersagen für den europäischen OTC-Markt werden von Experten auf ein Plus von bis zu 2,5% beziffert. Unterstützung kommt durch die steigende Anzahl von so genannten Selbstoptimierern insbesondere in den westlichen Industrienationen, die auf Selbstmedikation setzen und bereit sind, dafür zunehmend Geld auszugeben. Dies gilt auch für Anwendungen im überdurchschnittlich wachsenden Markt der ästhetischen Dermatologie. Allerdings sind durch den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, den rückläufigen Ölpreis und der damit zusammenhängenden Abwertung des russischen Rubel die Risiken im Zusammenhang mit der Konsumentenstimmung und den Verbraucherausgaben gestiegen. Zum anderen basieren die Wachstumschancen für die Generika-Branche weiterhin auf spezifischen Treibern wie kontinuierlich auslaufenden Patenten und – im Rahmen der Sparzwänge im Gesundheitswesen – auf Anreizen bzw. Gesetzen zur stärkeren Verschreibung kostengünstiger Generika. Diese führen insbesondere in Ländern mit noch geringer Penetration zu einem signifikanten Absatzwachstum. Auf der anderen Seite geht STADA davon aus, dass sich weitere regulatorische Maßnahmen zur Kostensenkung im Gesundheitswesen, insbesondere vor dem Hintergrund der angestrebten Haushaltskonsolidierung im Euro-Raum, durch Preisdruck belastend auf die Umsatzentwicklung in einzelnen nationalen Märkten auswirken werden. Zusätzlich wird die stabil hohe Anzahl von Ausschreibungen im Segment Generika das Umsatzpotenzial dämpfen. Insgesamt gehen Marktforschungsinstitute wie IMS von einem jährlichen Umsatzwachstum des weltweiten Generika-Markts von bis zu 7,9% bis 2020 aus. Da so genannte

1) Quelle: International Monetary Fund: World Economic Outlook January 2016.

2) IMS Market Prognosis, September 2015; IMS Market Prognosis Global, September 2015; IMS Syndicated Analytics Service (September) 2015; prepared for STADA February 2016.

Biogenerika einen immer größeren Anteil an den zukünftigen Gesundheitskosten einnehmen werden, setzt STADA seit einigen Jahren konsequent auf den Ausbau eines Biosimilar-Portfolios. Um aber Risiken insbesondere bei der Entwicklung und Produktion dieser komplexeren Produkte zu minimieren und sich auf seine Marketing- und Vertriebskompetenz zu konzentrieren, verfolgt STADA einen Einlizenzierungsansatz mit spezialisierten Partnern.

Die sich daraus ergebenden Chancen und Risiken sind im entsprechenden Kapitel dargestellt.

Prämissen der Prognose

Im Wesentlichen wurden folgende Annahmen für die Prognose getroffen:

- weitgehend unveränderte regulatorische Marktbedingungen in den wichtigsten Märkten der jeweiligen Marktregionen, mit Ausnahme der zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung bekannten regulatorischen Änderungen und Markteinschätzungen
- Optimierung der Bezugspreise für Vormaterialien
- Möglichkeit, neue Produkte weiterhin zeitnah zum Patentablauf in den Markt zu bringen
- weitere Reduzierung des durchschnittlichen gewichteten Zinssatzes durch anstehende langfristige Refinanzierung
- weitgehend unveränderte steuerliche Rahmenbedingungen in den Ländern, in denen Beteiligungen der STADA AG tätig sind
- weitgehend unveränderte Währungsrelationen und Zinskonditionen für Aktivitäten im Konzern, die im Wesentlichen über das Beteiligungsergebnis indirekten Einfluss auf den Erfolg der STADA AG haben

Zusammenfassender Ausblick

Für das Jahr 2016 erwartet der Vorstand insgesamt einen sich gegenüber dem Vorjahr weiter verstärkenden Umsatzrückgang.

Bei den Erlösen aus Warenlieferungen an Dritte wird von einer schwächeren Umsatzentwicklung ausgegangen. Durch die Entscheidung, nur noch mit einem Tochterunternehmen in Deutschland für die Rabattverträge im Tendergeschäft zu bieten, und die sukzessiv über mehrere Jahre auslaufenden Verträge werden für das Generika-Geschäft rückläufige Umsätze erwartet. Diese werden zwar teilweise durch die unverändert bietende Tochtergesellschaft ALIUD Pharma aufgefangen, jedoch verschiebt sich der Gewinn infolge eines Abführungsvertrags in das Finanzergebnis. Auch für konzerninterne Umsatzerlöse wird auf Grund der weiterhin gedämpften Endverbraucherstimmung in Russland und auf Basis der aktuellen Rubelschwäche mit rückläufigen Umsätzen gerechnet. Bei Vergütungen für strategische Leistungen wird ein leichter Anstieg erwartet.

Das deutsche Generika-Geschäft ist seit der Einführung von Rabattverträgen einem permanenten Margendruck ausgesetzt. Bereits in 2014 entschied der Vorstand, dass zur Steigerung der Ertragskraft in Zukunft nur noch eine von bis dato zwei deutschen Gesellschaften an den Ausschreibungen für Rabattverträge teilnimmt. Dies hat auf Grund sukzessiv auslaufender Verträge zwar rückläufige Umsätze in der STADA AG zur Folge, wird aber wie bereits in 2015 auch in 2016 die operative Leistung der deutschen Generika-Gesellschaften, u.a. durch einen verbesserten Produktmix, entscheidend stärken.

Unter Berücksichtigung all dieser Entwicklungen geht der Vorstand für das Geschäftsjahr 2016 von einer leichten Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr aus. Allerdings können eine Eskalation des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland sowie eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Russland direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der STADA Arzneimittel AG haben.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289a HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB (Corporate Governance Bericht, Entsprechenserklärung) wird auf der Website der STADA Arzneimittel AG unter www.stada.de/investor-relations/corporate-governance.html publiziert.

ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN

Gemäß § 315 Abs. 4 HGB ist STADA zu folgenden Angaben im Geschäftsbericht verpflichtet:

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals, mit Aktien verbundene Rechte und Pflichten/Beschränkungen, die die Übertragung von Aktien betreffen

Das Grundkapital betrug zum 31.12.2015 162.090.344,00 €, eingeteilt in 62.342.440 vinkulierte, auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,60 € je Aktie.

Bei den Aktien der Gesellschaft handelt es sich ausnahmslos um vinkulierte Namensaktien, die satzungsgemäß nur mit Zustimmung des Vorstands der Gesellschaft übertragen und im Aktienregister eingetragen werden und laut Satzung jeweils eine Stimme in der Hauptversammlung gewähren. Als Aktionär gilt nur derjenige, der als solcher im Aktienregister eingetragen ist, und nur solche Personen sind berechtigt, an Hauptversammlungen der Gesellschaft teilzunehmen und ihre Stimmrechte auszuüben. Dabei stehen keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe Sonderrechte zu.

Die im Rahmen des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms von Mitarbeitern erworbenen Aktien unterliegen einer dreijährigen Veräußerungssperre.

Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder/Satzungsänderungen

Der Vorstand wird ausschließlich nach den gesetzlichen Vorschriften bestellt und abberufen (§§ 84, 85 AktG).

Die Satzung sieht für die Bestellung und Abberufung einzelner und sämtlicher Mitglieder des Vorstands keine Sonderregelungen vor. Für Bestellung und Abberufung ist allein der Aufsichtsrat zuständig. Er bestellt Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen zulässig. Nach § 9 der Satzung besteht der Vorstand aus zwei oder mehr Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder und kann zudem stellvertretende Vorstandsmitglieder benennen.

Die Satzung kann grundsätzlich durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden.

Die Änderung wird mit der Eintragung der Satzungsänderung in das Handelsregister wirksam. Änderungen der Satzung bedürfen gemäß § 179 Absatz 1 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung, der, soweit die Satzung keine andere Mehrheit vorsieht, gemäß § 179 Absatz 2 AktG eine Mehrheit von drei Vierteln des bei der Abstimmung vertretenen Grundkapitals erfordert. Soweit die Änderung des Unternehmensgegenstands betroffen ist, darf die Satzung jedoch nur eine größere Mehrheit vorsehen. Die Satzung macht in § 23 Absatz 1 von der Möglichkeit der Abweichung gemäß § 179 Absatz 2 AktG Gebrauch und sieht vor, dass Beschlüsse, soweit nicht zwingende Vorschriften des Aktiengesetzes etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst werden und, soweit das Aktiengesetz zur Beschlussfassung eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vorschreibt, mit einfacher Kapitalmehrheit des vertretenen Kapitals, soweit dies gesetzlich zulässig ist, gefasst werden. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat ist ferner gemäß § 32 der Satzung ermächtigt, Abänderungen und Ergänzungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, zu beschließen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die Hauptversammlung hat am 05.06.2013 den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 04.06.2018 einmal oder mehrmals um bis zu 77.134.304,00 € durch Ausgabe von bis zu 29.667.040 Stück vinkulierten Namensaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Den Aktionären steht das gesetzliche Bezugsrecht zu. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten, in der Ermächtigung näher bezeichneten Fällen auszuschließen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktienausgabe, insbesondere den Ausgabebetrag, festzulegen. Bislang hat der Vorstand von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus hat die Hauptversammlung am 05.06.2013 den Vorstand ermächtigt, bis zum 04.06.2018 einmal oder mehrmals auf den Inhaber und/oder auf den Namen lautende Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechte und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombination dieser Instrumente) (zusammen „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 1.000.000.000,00 € mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern bzw. Gläubigern von Schuldverschreibungen Options- bzw. Wandlungsrechte auf insgesamt bis zu 26.610.900 Stück vinkulierte Namensaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu 69.188.340,00 € nach näherer Maßgabe der Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren. Zur Bedienung dieser Schuldverschreibungen hat die Hauptversammlung am 05.06.2013 das Grundkapital um bis zu 69.188.340,00 € durch Ausgabe von bis zu 26.610.900 Stück vinkulierten Namensaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe bedingt erhöht. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen (Bedingtes Kapital 2013). Bislang hat der Vorstand von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Bei der Gesellschaft bestand zudem ein Bedingtes Kapital 2004/I, aus dem im Geschäftsjahr 2015 noch insgesamt 1.715.740 Bezugsaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,60 € je Bezugsaktie – das entspricht einem Betrag von insgesamt 4.460.924,00 € – ausgegeben wurden. Da die Bedingte Kapitalerhöhung 2004/I nur insoweit durchgeführt wird, als die Inhaber von Optionsscheinen von ihren Optionsrechten Gebrauch machen, und da am 26.06.2015 die Frist zur Optionsausübung abgelaufen ist (Endfälligkeit), hat das verbleibende Bedingte Kapital 2004/I seinen Zweck verloren und wurde daher aus der Satzung gestrichen.

Die Gesellschaft ist nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 05.06.2013 gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, vom 06.06.2013 bis zum 05.06.2018 eigene Aktien bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Bislang hat der Vorstand von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Wesentliche Vereinbarungen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels

Im Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control) als Folge eines Übernahmeangebots für die Gesellschaft bestehen, den üblichen Gepflogenheiten im Geschäftsverkehr entsprechend, Kündigungsmöglichkeiten für bestimmte Lieferverträge, die Kreditgeber mehrerer Kreditverträge, der begebenen Unternehmensanleihen und der begebenen Schuldscheindarlehen (vgl. „Wirtschaftsbericht – Geschäftsverlauf und Lage – Finanzlage“).

Zu der Vereinbarung der Gesellschaft mit Mitgliedern des Vorstands für den Fall eines Kontrollwechsels wird auf den Vergütungsbericht in diesem Geschäftsbericht verwiesen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der STADA Arzneimittel AG, Bad Vilbel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt, den 21. März 2016

PKF Deutschland GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Annika Fröde
Wirtschaftsprüferin



Santosh Varughese
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

der Aufsichtsrat der STADA Arzneimittel AG nahm im Geschäftsjahr 2015 die ihm nach Gesetz und Satzung zukommenden Aufgaben mit großer Sorgfalt wahr. Der Aufsichtsrat überwachte fortlaufend die Geschäftsführung der Gesellschaft und beriet den Vorstand regelmäßig bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für die Gesellschaft von grundlegender Bedeutung waren, bezog der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und unmittelbar ein. Der Aufsichtsrat ließ sich im Rahmen seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit vom Vorstand monatlich durch mündliche und schriftliche Berichte und umfassend über die Geschäftsentwicklung, die Strategie sowie die Unternehmensplanung einschließlich Finanz-, Investitions- und Personalplanung im Hinblick auf die Gesellschaft und den STADA-Konzern informieren. Die Mitglieder des Aufsichtsrats hatten stets Gelegenheit, sich in den Ausschüssen und im Plenum mit den vorgelegten Berichten und Beschlussvorschlägen des Vorstands kritisch auseinanderzusetzen und eigene Anregungen einzubringen. Insbesondere hat der Aufsichtsrat alle für die Gesellschaft bedeutsamen Geschäftsvorgänge auf Basis der Vorstandsberichte intensiv erörtert und auf Plausibilität überprüft. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat – auch zwischen den ordentlichen Sitzungen – über Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance. Ferner informierte der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden über den Gang der Geschäfte einschließlich Umsatzentwicklung und Rentabilität, wichtige Geschäftsvorfälle sowie Angelegenheiten von wesentlicher Bedeutung. Zudem überwachte der Aufsichtsrat den Rechnungslegungsprozess und die durch den Vorstand für das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem, das interne Revisionssystem sowie die Compliance getroffenen Maßnahmen. Der Vorstand erläuterte den Mitgliedern des Aufsichtsrats etwaige Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen im Einzelnen.

Alle Angelegenheiten, die laut Satzung und Geschäftsordnung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, lagen dem Aufsichtsrat vor. Der Aufsichtsrat behandelte und prüfte diese Vorgänge eingehend und beriet sie mit dem Vorstand, wobei regelmäßig der Nutzen, die Risiken und die Auswirkungen des jeweiligen Vorgangs im Mittelpunkt standen.

Sitzungen des Aufsichtsrats und Schwerpunkte der Tätigkeit

Der Aufsichtsrat hielt im Geschäftsjahr 2015 insgesamt acht Sitzungen ab, an denen jeweils alle neun Aufsichtsratsmitglieder teilnahmen. Regelmäßig tagte der Aufsichtsrat dabei zunächst allein und bat im Anschluss daran die Mitglieder des Vorstands um ihre Teilnahme und Berichterstattung.

Im vergangenen Geschäftsjahr beschäftigte sich der Aufsichtsrat im intensiven Austausch mit dem Vorstand mit der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und des Konzerns in den vier Marktregionen Deutschland, Zentraleuropa, CIS/Osteuropa und Asien/Pazifik & MENA, der grundsätzlichen Unternehmensstrategie, insbesondere mit Blick auf die Ausrichtung der beiden Kernsegmente Generika und Markenprodukte, der Unternehmensplanung der Gesellschaft und des Konzerns sowie der Lage des Konzerns, insbesondere der Vermögens- und Ertragslage. Regelmäßig diskutierte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand über die Finanz- und Liquiditätssituation unter besonderer Berücksichtigung der Investitionsvorhaben im Konzern, der Finanzierungsstrukturen und Refinanzierungsstrategie sowie der Entwicklung des Verschuldungsgrads. Häufiger Sitzungsgegenstand waren im vergangenen Geschäftsjahr auch die ökonomischen und politischen Entwicklungen in der Marktregion CIS/Osteuropa, insbesondere unter Berücksichtigung der infolge der CIS-Krise erfolgten Abwertungen des russischen Rubel, der ukrainischen Griwna und des kasachischen Tenge.

Der Aufsichtsrat ließ sich vom Vorstand regelmäßig über die Marktstrukturen, die Nachfrageentwicklung, die Wettbewerbssituation und die Preis-, Konditionen- und Rabatentwicklung in den einzelnen Marktregionen, darunter auch die Entwicklung der Marktanteile des Konzerns und der relevanten Wettbewerber, berichten. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die Auswirkungen regulatorischer

staatlicher Eingriffe auf den Konzern bzw. die jeweiligen Tochtergesellschaften und die notwendigen Reaktionen darauf, insbesondere im Heimatmarkt Deutschland mit Blick auf die Rabattverträge mit gesetzlichen Krankenkassen. Der Aufsichtsrat verschaffte sich zudem regelmäßig einen Überblick über die Produktentwicklung und das Produktportfolio des Konzerns. Er diskutierte mit dem Vorstand über Möglichkeiten der Kosten-, Steuer- und Prozessoptimierungen. Von Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Integration aller deutschen Logistikaktivitäten des Konzerns in die DHL als einen weltweit führenden Anbieter von Logistikdienstleistungen zum 01.06.2015.

Der Aufsichtsrat befasste sich darüber hinaus intensiv mit dem Risiko- und Chancenmanagement des Konzerns, den internen Kontroll- und Revisionssystemen, dem Compliance-Management-System, erwogenen, geplanten und vollzogenen Akquisitionen, Desinvestitionen und Kooperationen des Konzerns sowie mit der Integration von akquirierten Gesellschaften und Produkten in den Konzern.

Gegenstand einer intensiven Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2015 war außerdem die Neugestaltung des Vorstandsvergütungssystems zum 01.01.2016 sowie dessen vertragliche Umsetzung. Die Überprüfung der Vorstandsvergütung in regelmäßigen Abständen durch den Aufsichtsrat ist vom Aktiengesetz und dem Deutschen Corporate Governance Kodex vorgegeben. Dabei hat der Aufsichtsrat auch den Rat externer Vergütungsexperten eingeholt. Einzelheiten hierzu sind im Vergütungsbericht, der Teil des Lageberichts ist, dargestellt. Der Aufsichtsrat ist überzeugt, mit dem neuen Vergütungssystem eine einfache, transparente, leistungsgerechte und attraktive Grundlage für weiterhin sehr gute Vorstandsleistungen gelegt zu haben. Das neue System schafft einen Anreiz für eine erfolgreiche und nachhaltige Unternehmensführung, indem es die Vergütung der Vorstandsmitglieder an die (kurzfristige und langfristige) Entwicklung der Gesellschaft knüpft, vermeidet durch angemessene Obergrenzen aber übermäßig starke Anreize zu risikoorientiertem Verhalten. Außerdem kann der Aufsichtsrat zur Berücksichtigung der persönlichen Leistungen eines Vorstandsmitglieds in einem gewissen Rahmen eine Anpassung der Vergütung nach oben oder unten vornehmen. Auch das Aktionärs- und Investoreninteresse an einer stetigen und langfristig positiven Entwicklung der STADA-Aktie reflektiert das neue Vergütungssystem, indem der langfristige Teil der erfolgsabhängigen Vergütung, die so genannten LTIP-Deferrals, unmittelbar von der Entwicklung der STADA-Aktie im Vergleich zur Entwicklung des MDAX abhängt. Aus Sicht des Aufsichtsrats ist eine Kopplung an die Entwicklung der STADA-Aktie im Verhältnis zum Vergleichsindex MDAX ein besser geeigneter Indikator als die absolute Entwicklung der STADA-Aktie oder der Vergleich zu einer vom Aufsichtsrat selbst definierten Peergoup. Dies zeigt sich in Phasen negativer Markttrends, wenn eine im Vergleich weniger negative Entwicklung der STADA-Aktie zu einer Erhöhung der LTIP-Deferral-Auszahlungsbeträge führt und nicht wie bei einer absoluten Kopplung zu einer Reduzierung oder gar zu einem Verfall. In Zeiten allgemein guter Marktentwicklungen hingegen bewirkt nur eine überproportional positive Entwicklung der STADA-Aktie eine Erhöhung der LTIP-Deferral-Auszahlungsbeträge. Das neugestaltete Vorstandsvergütungssystem wird in der nächsten Hauptversammlung am 09.06.2016 zur Billigung vorgelegt.

In seiner Bilanzsitzung am **25.03.2015** befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere intensiv mit der Geschäftslage und der Ergebnisentwicklung im vorangegangenen Geschäftsjahr 2014 sowie mit dem Jahres- und Konzernabschluss zum 31.12.2014. Nach eingehender Überprüfung der Abschlussunterlagen und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer billigte der Aufsichtsrat auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Konzern- und den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen teil und berichtete vor Beschlussfassung über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Der Aufsichtsrat diskutierte und verabschiedete die Tagesordnung für die Hauptversammlung am 03.06.2015 und billigte den Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2014.

In seiner Sitzung am **05.05.2015** befasste sich der Aufsichtsrat nach Berichterstattung durch den Prüfungsausschuss sowie durch den Vorstand mit den Ergebnissen für das 1. Quartal des Geschäftsjahres 2015 und der aktuellen Geschäftsentwicklung. Daneben beschäftigte er sich u.a. mit der Ausrichtung des globalen Entwicklungsbereichs von STADA und aktuellen Akquisitionsprojekten.

Am Tag vor der Hauptversammlung, am **02.06.2015**, kamen die Mitglieder des Aufsichtsrats zu einer Sitzung zusammen. Neben dem Bericht des Vorstands zu aktuellen Entwicklungen in den einzelnen Vorstandsressorts wurde insbesondere die anstehende Hauptversammlung besprochen. Der Aufsichtsrat beschloss außerdem eine neue Geschäftsordnung für den Beirat.

In der Sitzung vom **05.08.2015** berichtete der Vorstand dem Aufsichtsrat u.a. über aktuelle M&A-Entwicklungen in der Pharmabranche sowie über die weltweite Marktentwicklung bestimmter auch für STADA interessanter Wirkstoffe. Neben einer Rückschau auf die Hauptversammlung 2015 wurden vom Vorstand ferner die Geschäftsergebnisse des 1. Halbjahres 2015 vorgestellt und unter Berücksichtigung des Berichts des Prüfungsausschusses besprochen. Des Weiteren setzte sich der Aufsichtsrat mit den Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auseinander und traf die Festlegungen nach dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen. Einzelheiten zu den vom Aufsichtsrat hiernach getroffenen Festlegungen sind im Kapitel „Corporate Governance Bericht inklusive Erklärung zur Unternehmensführung“ enthalten. Als weitere Themen besprach der Aufsichtsrat Personal- sowie Vorstandsangelegenheiten.

In seiner Sitzung vom **08.09.2015** beschloss der Aufsichtsrat nach Berichterstattung durch den Personalausschuss ohne Beisein der Vorstandsmitglieder die Verlängerung der Bestellung von Hartmut Retzlaff als Vorstandsvorsitzendem um fünf Jahre bis zum 31.08.2021 und stimmte dem Abschluss eines neuen Dienstvertrags zu. Der bisherige Vertrag wäre am 31.08.2016 ausgelaufen. Daneben befasste sich der Aufsichtsrat mit allgemeinen Personalangelegenheiten im Hinblick auf die Führungskräfte im Konzern.

In der Sitzung vom **08.10.2015** informierte sich der Aufsichtsrat beim Vorstand insbesondere über die Unternehmensstrategie des STADA-Konzerns. Neben Fragen der strategischen Ausrichtung in den beiden Kernsegmenten Generika und Markenprodukte wurden u.a. die Wachstums- und Vertriebsstrategie, die Qualitätssicherung sowie die IT-Strategie diskutiert. Des Weiteren beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit aktuellen Fragen der Corporate Governance und stimmte der Abgabe der jährlichen Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex zu.

Gegenstand der Sitzung vom **11.11.2015** waren u.a. die Ergebnisse der ersten 9 Monate des Geschäftsjahres 2015. Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat in dieser Sitzung außerdem über laufende Akquisitionsprojekte. Der Aufsichtsrat beschloss ohne Beisein der Mitglieder des Vorstands außerdem nach Berichterstattung durch den Personalausschuss die Verlängerung der Bestellung von Helmut Kraft als Vorstand für Finanzen um ein Jahr bis zum 31.12.2019 und stimmte dem Abschluss eines neuen Dienstvertrags zu. Der bisherige Vertrag wäre am 31.12.2018 ausgelaufen.

In seiner letzten Sitzung des Berichtsjahres am **17.12.2015** beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit der operativen Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016. Außerdem setzte er sich mit wesentlichen gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren des Konzerns im Geschäftsjahr auseinander. Ohne Beisein der Vorstandsmitglieder erörterte der Aufsichtsrat Vorstandspersonalia und Fragen der Vorstandsvergütung und beschloss die Zielvorgabe für die variable Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2016. Daneben befasste sich der Aufsichtsrat mit der Besetzung der Ausschüsse.

Besetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Besetzungen von Vorstand und Aufsichtsrat blieben im Geschäftsjahr 2015 unverändert.

In seiner Sitzung am **17.12.2015** wählte der Aufsichtsrat mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2016 je einen Arbeitnehmervertreter als weiteres Mitglied in den Prüfungsausschuss (Herrn Jens Steegers) und in den Personalausschuss (Herrn Halil Duru).

Arbeit der Ausschüsse

Die vom Aufsichtsrat gebildeten beratenden Ausschüsse, der Prüfungsausschuss und der Personalausschuss, unterstützten den Aufsichtsrat bei seiner Tätigkeit.

Der **Prüfungsausschuss** hielt im Geschäftsjahr 2015 vier Sitzungen ab (am **24.03.**, **04.05.**, **04.08.** und **10.11.**), an denen jeweils alle drei Ausschussmitglieder sowie die Mitglieder des Vorstands teilgenommen haben. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung sowie an der ersten Sitzung im 2. Halbjahr teil. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und der Aufsichtsratsvorsitzende standen darüber hinaus auch zwischen den Sitzungen mit dem Abschlussprüfer im Austausch.

Schwerpunkte der Ausschussarbeit waren insbesondere die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres 2014 nebst Lagebericht sowie Konzernlagebericht, der Gewinnverwendungsvorschlag und die Berichte des Abschlussprüfers sowie die Vorbereitung der Beschlussfassung des Aufsichtsrats zu diesen Punkten. Darüber hinaus wurden der verkürzte Konzernzwischenabschluss und Konzernzwischenlagebericht zum 30.06.2015 unter Berücksichtigung des Berichts des Abschlussprüfers über die prüferische Durchsicht ausführlich diskutiert. Auch die Zwischenfinanzberichte zum 1. Quartal 2015 und die ersten 9 Monate 2015 waren Gegenstand der Befassung des Ausschusses. Daneben beschäftigte sich der Prüfungsausschuss vor allem mit den Geschäftsergebnissen, den Kennzahlen, dem Rechnungswesen, den Konzernfinanzierungsgrundsätzen, dem internen Risikomanagement, der internen Revision sowie der Compliance im Konzern. Außerdem befassten sich die Ausschussmitglieder ausführlich mit aktuellen Rechts- und Rechnungslegungsentwicklungen, wie z.B. der Abschlussprüferreform.

Der **Personalausschuss** führte im Geschäftsjahr 2015 sieben Sitzungen durch (am **09.01.**, **09.03.**, **23.03.**, **04.05.**, **20.07.**, **07.10.** und **16.12.**). Er befasste sich eingehend mit den Vorarbeiten und dem Entwurf eines neuen Vergütungssystems für den Vorstand, mit der Vorbereitung der Personalentscheidungen des Aufsichtsratsplenums sowie den Entscheidungen zur Vorstandsvergütung und gab hierzu seine Empfehlungen ab. Gegenstand der Sitzungen waren auch die Beratung über die Wiederbestellung der Vorstandsmitglieder sowie Fragen zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen.

Angesichts der Größe des STADA-Aufsichtsrats mit sechs Vertretern der Anteilseigner hält der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss, wie ihn der Deutsche Corporate Governance Kodex in seiner Fassung vom 05.05.2015 empfiehlt, für strukturell entbehrlich. Insoweit wird in der jährlichen Entsprechenserklärung auch eine Abweichung von Ziffer 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex erklärt. Der Aufsichtsrat bildet jedoch ein Nominierungskomitee, bestehend aus den Vorsitzenden des Personalausschusses und des Prüfungsausschusses, das sich mit der Suche nach geeigneten Kandidaten für künftige Wahlvorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern befasst. Das Nominierungskomitee bereitete die Diskussion und die Beschlüsse des Plenums vor, die u.a. das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen zum Gegenstand hatten.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse informierten das Aufsichtsratsplenum in dessen ordentlichen Sitzungen regelmäßig und umfassend über ihre Arbeit.

Corporate Governance

Auch im Geschäftsjahr 2015 beschäftigten sich Aufsichtsrat und Vorstand mit der Weiterentwicklung der Corporate Governance im Unternehmen und berücksichtigten dabei den Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner aktuellen Fassung. Die auf Basis der Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 05.05.2015 von Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam am 08.10.2015 abgegebene Entsprechenserklärung 2015 gemäß § 161 Aktiengesetz ist in diesem Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Corporate Governance Bericht inklusive Erklärung zur Unternehmensführung“ abgedruckt und auf der Website der Gesellschaft unter www.stada.de bzw. www.stada.com im Bereich Investor Relations/Corporate Governance zusammen mit den Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre öffentlich zugänglich.

Im Berichtsjahr sind keine Interessenkonflikte aufgetreten, die dem Aufsichtsrat gegenüber offenzulegen waren und über die die Hauptversammlung zu informieren ist.

Jahres- und Konzernabschluss, Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss der STADA Arzneimittel AG und der Konzernabschluss zum 31.12.2015 sowie der Lagebericht und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2015 wurden von der PKF Deutschland GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Verantwortlicher Abschlussprüfer ist seit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2009 der Wirtschaftsprüfer Santosh Varughese. Die gesetzlichen Vorgaben und Rotationsverpflichtungen aus den §§ 319 und 319a HGB werden eingehalten. Neben diesen gesetzlichen Vorgaben soll der verantwortliche Abschlussprüfer zukünftig nicht länger als fünf Jahre tätig werden.

An der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers bestanden für den Aufsichtsrat keine Zweifel. Der Abschlussprüfer gab die nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte Unabhängigkeitserklärung ab. Die Prüfungsschwerpunkte legte der Aufsichtsrat im Rahmen der Beauftragung des Abschlussprüfers fest. Der Prüfungsausschuss prüfte den Jahres- und Konzernabschluss, den Lagebericht und Konzernlagebericht sowie den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und bezog dazu auch die Berichte des Abschlussprüfers über die Abschlussprüfung ein. In einer Sitzung des Prüfungsausschusses berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses beschäftigten sich ausführlich mit den Vorlagen des Vorstands und den Prüfungsberichten und besprachen diese mit dem Abschlussprüfer. Der Prüfungsausschuss erhob keine Einwände und empfahl dem Aufsichtsrat, die Abschlüsse und den Lagebericht sowie den Konzernlagebericht zu billigen und dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns zuzustimmen.

Auf der Grundlage der Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss prüfte der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss, den Lagebericht und den Konzernlagebericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 2015 sowie den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses berichtete dem Aufsichtsrat über die Arbeit und die Prüfungsergebnisse des Prüfungsausschusses. Der Abschlussprüfer berichtete dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und stand den Mitgliedern des Aufsichtsrats für Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat besprach die genannten Vorlagen und die Feststellungen des Abschlussprüfers ausführlich mit dem Abschlussprüfer und dem Vorstand. Auch nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung erhob der Aufsichtsrat gegen den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2015 keine Einwände und stimmte dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu. Der Abschlussprüfer stellte ferner fest, dass der Vorstand ein angemessenes Informations- und Überwachungssystem eingerichtet hat, das in seiner Konzeption und Handhabung geeignet ist, den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Der Aufsichtsrat billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Konzernabschluss. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schloss sich den im Lagebericht des Vorstands jeweils gegebenen Einschätzungen zur Geschäftssituation und zum Ausblick sowie dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns, der eine Dividende von 0,70 € je STADA-Aktie vorsieht, an.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns, dem Vorstand und dem Management für ihren großen Einsatz im Geschäftsjahr 2015.

Bad Vilbel, 22. März 2016



Dr. Martin Abend
Aufsichtsratsvorsitzender

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der STADA Arzneimittel AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der STADA Arzneimittel AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der STADA Arzneimittel AG beschrieben sind.

Bad Vilbel, 21. März 2016



H. Retzlaff
Vorstandsvorsitzender



H. Kraft
Vorstand Finanzen



Dr. M. Wiedenfels
Vorstand Unternehmensentwicklung
& Zentrale Dienste

GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS

Verwendung Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2015

Vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats fasst der Vorstand der STADA Arzneimittel AG, Bad Vilbel, im schriftlichen Umlaufverfahren einstimmig folgenden Beschluss:

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung der STADA Arzneimittel AG am 09. Juni 2016 folgende Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2015 vorschlagen:

in €	
Ausschüttung einer Dividende von 0,70 € je dividendenberechtigte Aktie (bei 62.256.520 dividendenberechtigten Aktien)	43.579.564,00
Vortrag auf neue Rechnung	15.559.824,83
Bilanzgewinn	59.139.388,83

Bad Vilbel, 23. März 2016



H. Retzlaff
Vorstandsvorsitzender



H. Kraft
Vorstand Finanzen



Dr. M. Wiedenfels
Vorstand Unternehmensentwicklung
& Zentrale Dienste

IMPRESSUM

Herausgeber	STADA Arzneimittel AG Stadastraße 2–18 61118 Bad Vilbel Telefon: 0 61 01/6 03-0 Fax: 0 61 01/6 03-2 59 E-Mail: info@stada.de Website: www.stada.de bzw. www.stada.com
Kontakt	STADA Arzneimittel AG STADA-Unternehmenskommunikation Telefon: 0 61 01/6 03-1 13 Fax: 0 61 01/6 03-2 15 E-Mail: communications@stada.de
Text	STADA Arzneimittel AG, Bad Vilbel Dieser Geschäftsbericht erscheint in Deutsch (Originalversion) und Englisch (nicht bindende Übersetzung) und unterliegt allein deutschem Recht.
Publikation	Der vollständige Bericht sowie aktuelle Informationen über den STADA-Konzern sind im Internet unter www.stada.de bzw. www.stada.com abrufbar.
Gestaltung und Realisierung	wagneralliance Kommunikation GmbH, Offenbach am Main
Fotos	shutterstock, New York, USA Fotolia, Amsterdam, Niederlande
Übersetzung	MBETraining & Translations, Wiesbaden

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Geschäftsbericht der STADA Arzneimittel AG (im Folgenden „STADA“) enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Einschätzungen und Prognosen der Unternehmensleitung der STADA und anderen derzeit verfügbaren Informationen beruhen. Sie beinhalten verschiedene bekannte wie auch unbekannt Risiken und Unsicherheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Entwicklung oder die Leistungen wesentlich von den in diesen zukunftsgerichteten Aussagen zum Ausdruck gebrachten oder implizierten Einschätzungen abweichen. Mit der Verwendung von Worten wie „erwarten“, „beabsichtigen“, „planen“, „vorhersehen“, „glauben“, „schätzen“ und ähnlichen Begriffen werden zukunftsgerichtete Aussagen gekennzeichnet. STADA ist zwar der Auffassung, dass die in den zukunftsgerichteten Aussagen wiedergegebenen Erwartungen angemessen sind, kann jedoch nicht gewährleisten, dass diese Erwartungen tatsächlich erfüllt werden. Zu den Risikofaktoren gehören insbesondere: der Einfluss der Regulierung der pharmazeutischen Industrie, die Schwierigkeit einer Voraussage über Genehmigungen der Zulassungsbehörden und anderer Aufsichtsbehörden, das Genehmigungsumfeld und Änderungen in der Gesundheitspolitik und im Gesundheitswesen verschiedener Länder, Akzeptanz von und Nachfrage nach neuen Arzneimitteln und neuen Therapien, die Ergebnisse klinischer Studien, der Einfluss von Wettbewerbsprodukten und -preisen, die Verfügbarkeit und die Kosten der bei der Herstellung pharmazeutischer Produkte verwendeten Wirkstoffe, Unsicherheit über die Marktakzeptanz innovativer Produkte, die neu eingeführt, gegenwärtig verkauft oder entwickelt werden, die Auswirkung von Änderungen der Kundenstruktur, die Abhängigkeit von strategischen Allianzen, Schwankungen der Wechselkurse und der Zinsen, operative Ergebnisse sowie weitere Faktoren, die in den Geschäftsberichten sowie in anderen Erklärungen der Gesellschaft erläutert werden. STADA übernimmt keine Verpflichtung zur Aktualisierung zukunftsgerichteter Aussagen.

Rundungen

Im allgemeinen Teil dieses Geschäftsberichts erfolgen in der Regel die Darstellungen von STADA-Kennzahlen in Millionen Euro, während im Anhang die entsprechenden Zahlen mit größerer Genauigkeit in der Regel in Tausend Euro angegeben werden. Aus den jeweiligen Rundungen können sich Differenzen einzelner Werte zwischen allgemeinem Teil und Anhang sowie gegenüber der tatsächlich in Euro erzielten Zahl ergeben, die naturgemäß keinen signifikanten Charakter haben können.

